



GUTES LEBEN IM SAARLAND.

**29. Ordentlicher Landesparteitag
der SPD Saar**

**am
Freitag, 09. Oktober
und
Samstag, 10. Oktober**

**Gebläsehalle
Neunkirchen**

Tagungsunterlagen

An die

- Delegierten
- Gastdelegierten
- Gäste
- sowie Medienvertreterinnen und Medienvertreter

beim 29. Ordentlichen Landesparteitag der SPD Saar am 09. und 10. Oktober 2015

Liebe Parteitagsgäste,

liebe Genossinnen und Genossen,

herzlich willkommen zum

**29. Ordentlichen Landesparteitag der SPD Saar
am Freitag, den 09. Oktober 2015 (Beginn 17 Uhr)
und Samstag, den 10. Oktober 2015 (Beginn 9 Uhr)
in der Gebläsehalle in Neunkirchen,
An den Hochöfen 1, 66538 Neunkirchen.**

Im vorliegenden Antragsbuch finden sich alle Personal- und Sachanträge zu unserem Parteitag.
Alle Informationen gibt es auch online unter www.spd-saar.de.

Bei Rückfragen stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle unter

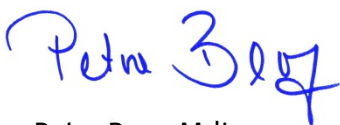
Telefon: 0681/95448-0

oder

E-Mail: landesverband@spd-saar.de

gerne zur Verfügung.

Solidarische Grüße



Petra Berg, MdL

Generalsekretärin der SPD Saar

Gutes Leben im Saarland.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,



die SPD regiert und die Menschen profitieren von unserer sozialdemokratischen Politik im Land. Gute Arbeit, faire Chancen, neue Energie und moderne Familienpolitik sind Ergebnisse unserer Arbeit innerhalb der Landesregierung.

Das Saarland ist wieder sozialer geworden, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei uns hohen Stellenwert. Darüber hinaus sichern wir mit einer zielgerichteten Industriepolitik und dem modernsten Mittelstandsförderungsgesetz den Wirtschaftsstandort Saarland und somit saarländische Arbeitsplätze.

Wir sind die tragende Säule dieser Landesregierung. Wir haben bewiesen, dass wir regieren und gestalten können. In den Fokus unserer Arbeit wird in den nächsten Monaten moderne und soziale Familienpolitik rücken. Die Lebensentwürfe der Menschen werden immer bunter und vielfältiger – ein starres Verharren in alten Mustern ist nicht mehr zeitgemäß.

Junge Familien, unabhängig ob Regenbogenfamilie oder Patchwork, sind wichtig für die Zukunft unseres Landes – sie sind unsere Zukunft. Wir müssen den Kindern deshalb beste Erziehung und Bildung schon in frühen Jahren zukommen lassen und später gute Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bieten.

Das Saarland ist auf einem guten Weg. Wir haben viel erreicht, was den Ausbau von Krippenplätzen anbetrifft und somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert.

Zu gutem Leben gehören aber noch viele andere wichtige Dinge, wie Naherholung, gute Infrastruktur, eine intakte Umwelt, Frieden und Sicherheit und vieles mehr.

Auf diesem Landesparteitag wird sich die SPD deshalb mit einer Vielzahl dieser wichtigen Themen befassen, die uns im alltäglichen Leben beschäftigen. Wir haben Ziele und Visionen, wie wir unser Land für die Zukunft gestalten wollen.

Wir wollen ein Saarland, das lebenswert und familienfreundlich ist. Wir wollen ein Saarland, das wirtschaftlich den Herausforderungen von morgen gerecht wird und gleichzeitig moderne und gute Arbeit ermöglicht. Wir wollen ein Saarland, das bunt und vielfältig ist und den Menschen ein neues Zuhause in Sicherheit und Frieden bietet.

Wir haben viel erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun!

Mit solidarischen Grüßen



Heiko Maas

Organisatorische Hinweise

zum 29. Ordentlichen SPD-Landesparteitag
am 09. und 10. Oktober 2015, Neunkirchen, Gebläsehalle (An den Hochöfen 1)

1. Tagungszeit

Der Parteitag beginnt **am Freitag, 09. Oktober um 17.00 Uhr** und endet gegen 21 Uhr. Im Mittelpunkt am Freitag stehen unter anderem die Rechenschaftsberichte, die Neuwahl des Landesvorsitzenden sowie der Beginn der Antragsberatung.

Am Samstag, 10. Oktober startet der Parteitag um **9 Uhr** mit weiteren Wahlen: der stellvertretenden Landesvorsitzenden, der Generalsekretärin, des Schatzmeisters sowie der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes und von Delegierten. Außerdem wird die Antragsberatung weitergeführt. Dazwischen erwarten wir gegen **11 Uhr OLAF SCHOLZ** zu einer **politischen Grundsatzrede**. Im Anschluss wird **die Verleihung der Max-Braun-Medaille** vorgenommen.

ACHTUNG: Wegen des engen Zeitplanes und der Vielzahl der unterschiedlichen Wahlgänge beginnen wir mit dem Parteitag sowohl freitags als auch samstags **pünktlich zu den angegebenen Zeiten**. Der Parteitag wird samstags spätestens gegen 17 Uhr beendet sein. Wir haben uns auch diesmal für eine Kopplung mit Freitag und Samstag entschieden, damit der Sonntag euch und euren Familien gehört.



Kinderbetreuung: Der Parteitag bietet allen Kindern von Delegierten eine Betreuung an. Bitte gebt unter **0681 – 954480** bis Montag, **28. September** Bescheid, ob ihr das Angebot in Anspruch nehmen wollt.



Barrierefreier Zugang: Um einen barrierefreien Zugang zum Landesparteitag zu ermöglichen, bitten wir euch uns mitzuteilen, welchen Unterstützungsbedarf ihr habt (Reservierung für RollstuhlfahrerInnen, GebärdendolmetscherInnen o.ä.). Eure Ansprechpartnerin in dieser Sache ist

Marina Hett

Telefon: 0681 954 48 28 oder E-Mail: marina.hett@spd.de.



Die Räumlichkeiten der Gebläsehalle sind barrierefrei erreichbar.

2. Tagungsunterlagen

- a) Heute senden wir euch zu:
- die organisatorischen Hinweise,
 - die Vorschläge des Landesvorstandes für die Tagesordnung, die Geschäftsordnung und die Konferenzgremien,
 - die bis zum satzungsgemäßen Antragsschluss eingegangenen Sach- und Personalanträge.
- b) Vor dem Parteitag erhaltet Ihr mit gesonderter Post, als Internet-Verweis oder als Tischvorlage:
- die Empfehlungen der Antragskommission,
 - die Rechenschaftsberichte und
 - eventuelle Änderungsanträge.

3. Tagungsort

Die Gebläsehalle liegt im Herzen der Neunkircher City im Alten Hüttenareal direkt gegenüber des Saarpark-Centers.

Adresse:

An den Hochöfen 1
66538 Neunkirchen

ÜBER DIE A8

Fahren Sie die Autobahn A8 an der Ausfahrt 23 Richtung Neunkirchen City ab. Sie gelangen auf die B41, die Sie kurz darauf wieder verlassen und rechts auf die L124 (Westspange) Richtung Innenstadt abbiegen. Bleiben Sie auf der Hauptstraße und nach ca. 2 km erreichen Sie die Gustav-Regler-Straße. Das Parkdeck West des Saarpark-Centers befindet sich auf der linken Seite direkt gegenüber des Saarpark-Centers. Die Gebläsehalle befindet sich im Alten Hüttenareal direkt dahinter.

AUS OTTWEILER ODER LANDSWEILER KOMMEND

Verlassen Sie aus Richtung Landsweiler oder Ottweiler kommend den Kreisell in Richtung Innenstadt und bleiben Sie nach der Eisenbahnunterführung auf der L115 (Lindenallee). Fahren Sie weiter geradeaus über den Kreisell bis zur großen Kreuzung Lindenallee/Gustav-Regler-Straße und biegen Sie dann nach rechts in die Gustav-Regler-Straße ab. Die Gebläsehalle befindet sich auf der rechten Seite im Alten Hüttenareal am Wasserturm und das Parkdeck West des Saarpark-Centers direkt dahinter ebenfalls auf der rechten Seite.

4. Hinweise für Delegierte

Delegierte, die nicht teilnehmen können, informieren bitte umgehend ihre/n Ortsvereinsvorsitzende/n und den Ersatzdelegierten und reichen ihre Tagungsunterlagen weiter. Alle Delegierten, die am Parteitag teilnehmen, erinnern wir daran, dass sie ihr Parteibuch oder ihre SPD Card mitbringen müssen.

5. Parken

Im Allgemeinen steht die **oberste Ebene** des Parkdecks West des Saarpark-Centers Teilnehmern von **Veranstaltungen, die nach 21 Uhr enden kostenfrei** zur Verfügung. Dies trifft auf den Freitag unseres Landesparteitages zu.

Da der Parteitag am Samstag gegen spätestens 17 Uhr enden wird, ist hier bei Benutzung des Parkdecks West die Parkgebühr zu entrichten.

Achtung: Die unteren Parkebenen des Parkhauses West sowie alle anderen Saarpark-Center-Parkplätze schließen sowohl Freitag als auch Samstag um 20 Uhr. Hier ist eine Ausfahrt nach dem Landesparteitag am Freitag generell nicht möglich!

Behindertenparkplätze sind dort ebenfalls ausgewiesen. Die Gebläsehalle ist über eine Fußgängerbrücke direkt vom Parkdeck barrierefrei zu erreichen.

Weitere Parkplätze finden Sie zwischen den Hochöfen und an der Saarbrücker Straße.

6. Catering

Die Verpflegung des Parteitages übernimmt der Caterer der Gebläsehalle.

Vorlage zu Top 1.1.: Vorschlag des Landesvorstandes zur Tagesordnung

Beginn: FREITAG, 09. Oktober, 17 Uhr

1. Eröffnung und Konstituierung durch Petra Berg, Generalsekretärin
 - 1.1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
 - 1.2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - 1.3. Wahl des Präsidiums
 - 1.4. Wahl der Antragskommission
 - 1.5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - 1.6. Wahl der Zählkommission
2. Rede von Heiko Maas, SPD-Landesvorsitzender
3. Berichte
 - 3.1. des Landesvorstandes
 - 3.2. des Schatzmeisters
 - 3.3. der Revisoren
4. Aussprache zu TOP 2 und 3.1 bis 3.3
5. Entlastung des Landesvorstandes
6. Wahl des/der Landesvorsitzenden
7. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen

Ca. 21 Uhr Unterbrechung des Parteitages

Fortsetzung des Parteitages: SAMSTAG, 10. Oktober, 9 Uhr

8. Begrüßung
9. Rede Anke Rehlinger: „Gutes Leben im Saarland.“
10. Wahl der stellv. Landesvorsitzenden
11. Wahl des/der Generalsekretär/in
12. Wahl des/der Schatzmeister/in
13. Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Landesvorstandes
14. Wahl der 17 Delegierten für den Bundesparteitag
15. Wahl der 8 Delegierten für den Parteikonvent
16. Wahl der 10 Delegierten für die SaarLorLux-Internationale
17. Rede Olaf Scholz
18. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen
19. Ehrung Max-Braun-Medaille 2015
20. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission
 - Vorsitzende/r
 - zwei stellvertretende Vorsitzende
 - vier BeisitzerInnen
21. Wahl der RevisorInnen
22. Schlusswort des/r Landesvorsitzenden

Ca. 17 Uhr Ende des Parteitages

Vorlage zu TOP 1.2.

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Der Landesvorstand schlägt vor:

G E S C H Ä F T S O R D N U N G

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Ortsvereinen gewählten Delegierten.
2. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei und die Wahlordnung keine andere Handhabung vorschreiben.
3. Ist ein Kandidat oder eine Kandidatin oder sind mehrere Kandidaten und Kandidatinnen für ein Parteiamt aufgestellt, so ist gewählt, wer die Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat.
Erhält kein Kandidat oder keine Kandidatin die Mehrheit der gültigen Stimmen, so findet ein weiterer Wahlgang statt, in dem die einfache Mehrheit entscheidet.

Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das Los.
4. In Wahlgängen, in denen gleichzeitig mehr als eine Person zu wählen ist (Listenwahl), können auf einem Stimmzettel höchstens so viele Kandidaten und/oder Kandidatinnen gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind.

Ein Stimmzettel ist gültig, wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste gewählt ist. Gewählt sind die Kandidaten und Kandidatinnen mit der höchsten Stimmenzahl.

Im Übrigen gilt die Wahlordnung der SPD.
5. Die Redezeit bei den Diskussionen beträgt fünf (5) Minuten.
6. Die Diskussionsredner und -rednerinnen erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter und Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.

-
8. Die Berichterstatter oder Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Abänderungsanträge zu Sachanträgen aus der Mitte des Parteitages sind schriftlich dem Präsidium vorzulegen.
 9. Abstimmungen erfolgen zu den Empfehlungen der Antragskommission. Wird die Empfehlung abgelehnt, erfolgt die Abstimmung über den Antrag.
 10. Initiativanträge zu Sachfragen werden nur behandelt, wenn sie sich auf aktuelle Probleme beziehen, die vor Ablauf der Antragsfrist noch nicht behandelt werden konnten.

Initiativanträge zu Sach- und Personalfragen müssen von fünfzig (50) Stimmberechtigten aus vier (4) Kreisverbänden unterstützt werden.
 11. Das Präsidium gibt zu Beginn des Parteitages die Frist zum Einreichen von Initiativanträgen bekannt.
 12. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller und Antragstellerinnen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner und Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner oder Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
 13. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

Vorlage zu TOP 1.3.

Vorschlag zu: Präsidium

Antragssteller: Landesvorstand

Roland Henz	KV Saarlouis
Dr. Magnus Jung	KV St. Wendel
Stefan Krutten	KV Merzig-Wadern
Dr. Steffen-Werner Meyer	KV Neunkirchen
Stefan Pauluhn	KV Saarpfalz
Isolde Ries	KV Saarbrücken-Stadt
Margriet Zieder-Ripplinger	KV Saarbrücken-Land

Vorlage zu TOP 1.4.

Vorschlag zu: Antragskommission

Antragssteller: Landesvorstand

Ulrich Commerçon (Sprecher)	Landesvorstand
Stefan Rauber	Landesvorstand
Peter Engstler	KV Saarlouis
Christian Freichel	KV Merzig-Wadern
Jens Gräser	KV Neunkirchen
Denise Klein	KV Saarbrücken-Land
Torsten Lang	KV St. Wendel
David Lindemann	KV Saarpfalz
Bernd Weber	KV Saarbrücken-Stadt

Personalsvorschläge

Vorlage zu den TOP 6, 10, 11, 12 und 13: Neuwahl des Landesvorstandes

Funktion	Bewerber/in	Ortsverein	Antragsteller
Vorsitzende/r	Maas, Heiko	Elm	Kreisverband Saarlouis, Landesvorstand
Stellvertreter/innen	Britz, Charlotte	Alt-Saarbrücken	Kreisverband Saarbrücken-Stadt, Landesvorstand
	Rehlinger, Anke	Nunkirchen	Kreisverband Merzig-Wadern, Landesvorstand
	Roth, Eugen	Merchweiler	Kreisverband Neunkirchen, Landesvorstand
	Schneidewind, Rüdiger	Homburg-Kirrberg	Kreisverband Saarpfalz, Landesvorstand
Schatzmeister	Rase, Georg	Güdingen	Kreisverband Saarbrücken-Stadt, Landesvorstand
Generalsekretär/in	Berg, Petra	Diefflen	Kreisverband Saarlouis, Landesvorstand
Beisitzer/innen	Altesleben, Bettina	Bisten	Kreisverband Saarlouis, Landesvorstand
	Altmeyer, Rudolf	Dudweiler	Kreisverband Saarbrücken-Stadt, Landesvorstand
	Clivot, Michael	Walsheim	Kreisverband Saarpfalz, Landesvorstand
	Döring, Pia	Ottweiler	Kreisverband Neunkirchen, Landesvorstand
	Henkel, Sandra	St. Wendel	Kreisverband St. Wendel, Landesvorstand

	Klein, Denise	Ritterstraße	Kreisverband Saarbrücken-Land, Landesvorstand
	Krutten, Stefan	Oppen	Kreisverband Merzig-Wadern, Landesvorstand
	Ostheimer, Volker Dr.	Bexbach-Mitte	Kreisverband Saarpfalz, Landesvorstand
	Petry, Christian	Welschbach	Kreisverband Neunkirchen, Landesvorstand
	Rampeltshammer, Luitpold Dr.	Gersweiler	AfA Landesvorstand, Landesvorstand
	Sauer, Dunja	Oberwürzbach	Kreisverband Saarpfalz, Landesvorstand
	Schmidt, Stephan Dr.	Fischbach	Kreisverband Saarbrücken-Land, Landesvorstand
	Steinmetz, Thomas	Oberthal	Kreisverband St. Wendel, Landesvorstand
	Strumm, Rudolf	Burbach	AG 60 plus Landesvorstand, Landesvorstand
	Thul, Sebastian	NK - Hangard	Kreisverband Neunkirchen, Landesvorstand
	Weis, Philipp	Limbach	Juso Landesverband, Landesvorstand
	Ylinivia-Hoffmann, Anne	Überherrn u. Wohnstadt	Kreisverband Saarlouis, Landesvorstand
	Zieder-Ripplinger, Margrit	St. Nikolaus	Kreisverband Saarbrücken-Land, Landesvorstand

Übersicht Direktmandate Bundesparteitag

Die SPD Saar stellt beim SPD-Bundesparteitag derzeit 24 Delegierte.

17 dieser Mandate werden auf dem Landesparteitag gewählt (TOP 14). Darüber hinaus erhält jeder Kreisverband ein Direktmandat, das er auf seinem Kreisparteitag frei bestimmen kann. Bei der Wahl der übrigen Delegierten ist auch hier die Gesamt-Quotierung zu beachten.

Reinhold Jost	KV Saarlouis
Dr. Magnus Jung	KV St. Wendel
Stefan Krutten	KV Merzig-Wadern
Dr. Steffen-Werner Meyer	KV Neunkirchen
Stefan Pauluhn	KV Saarpfalz
Jürgen Renner	KV Saarbrücken-Stadt
Rainer Zibold	KV Saarbrücken-Land

Vorlage zu TOP 14: Wahl der Delegierten für Bundesparteitage

Bewerber/innen	Ortsverein	Antragsteller
Albrecht, Timo	Siersburg	Kreisverband Saarlouis
Altesleben, Bettina	Bisten	Kreisverband Saarlouis
Arweiler, Pascal	Köllerbach	Kreisverband Saarbrücken-Land
Barke, Jürgen	Lebach-Mitte	Kreisverband Saarlouis
Berg, Petra	Diefflen	Kreisverband Saarlouis
Blatt, Christiane	Ludweiler	Kreisverband Saarbrücken-Land
Braun, Gabriele	Malstatt	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Britz, Charlotte	Alt-Saarbrücken	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Clivot, Michael	Walsheim	Kreisverband Saarpfalz
Commerçon, Ulrich	Schafbrücke	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Döring, Pia	Ottweiler	Kreisverband Neunkirchen

Ebrahimi, Moschgan	Malstatt	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Fischer, Sabine	Hirzweiler	Kreisverband Neunkirchen
Frey, Tim-Dustin	Bübingen	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Fritz, Anita	Heusweiler	Kreisverband Saarbrücken-Land
Hartz, Kai	Ommersheim	Kreisverband Saarpfalz
Heckmann, Dieter	Sulzbach-Innenstadt	Kreisverband Saarbrücken-Land
Henkel, Sandra	St. Wendel	Kreisverband St. Wendel
Hiry, Johannes	Fürweiler	Kreisverband Saarlouis
Jost, Isabelle	Hüttersdorf	Kreisverband Saarlouis
Kerner, Dorothea	St. Arnual	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Klein, Denise	Ritterstraße	Kreisverband Saarbrücken-Land
Krause, Koba	Luxemburg	OV Luxemburg
Kurtz, Hans-Peter	Differten	Kreisverband Saarlouis
Lang, Torsten	Ostertal	Kreisverband St. Wendel
Latz, Ralf	Malstatt	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Lauer, Christoph	Ensdorf	Kreisverband Saarlouis
Lauer, Patrik	Nalbach-Mitte	Kreisverband Saarlouis
Lindemann, David	Homburg-Mitte	Kreisverband Saarpfalz
Morsch, Anke Dr.	Berschweiler	Kreisverband St. Wendel
Petry, Christian	Welschbach	Kreisverband Neunkirchen
Rase, Georg	Güdingen	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Rehlinger, Anke	Nunkirchen	Kreisverband Merzig-Wadern
Ries, Isolde	Gersweiler	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Roth, Eugen	Merchweiler	Kreisverband Neunkirchen
Schäfer, Alena	Lisdorf	Kreisverband Saarlouis
Schmidt, Stephan Dr.	Fischbach	Kreisverband Saarbrücken-Land
Spengler-Staub, Edgar	Güdingen	Schwuso Landesvorstand

Straßberger, Ellen	St. Ingbert	Kreisverband Saarpfalz
Thul, Sebastian	NK – Hangard	Kreisverband Neunkirchen
Waluga, Günter	Schiffweiler	Kreisverband Neunkirchen
Weber, Volker	Marpingen	Kreisverband St. Wendel
Winkel, Heinz-Hermann	Friedrichsthal	Kreisverband Saarbrücken-Land
Ylinivia-Hoffmann, Anne	Überherrn u. Wohnstadt	Kreisverband Saarlouis
Zieder-Ripplinger, Margrit	St. Nikolaus	Kreisverband Saarbrücken-Land

Vorlage zu TOP 15: Wahl der 8 Delegierten für Parteikonvent

Bewerber/innen	Ortsverein	Antragsteller
Barke, Jürgen	Lebach-Mitte	Kreisverband Saarlouis
Berg, Petra	Diefflen	Kreisverband Saarlouis
Braun, Dieter	Rodenhof	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Clivot, Michael	Walsheim	Kreisverband Saarpfalz
Döring, Pia	Ottweiler	Kreisverband Neunkirchen
Fischer, Sabine	Hirzweiler	Kreisverband Neunkirchen
Girlinger, Dagmar	Ludweiler	Kreisverband Saarbrücken-Land
Jost, Reinhold	Siersburg	Kreisverband Saarlouis
Kerner, Dorothea	St. Arnual	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Krutten, Stefan	Oppen	Kreisverband Merzig-Wadern
Lang, Torsten	Ostertal	Kreisverband St. Wendel
Lauer, Patrik	Nalbach-Mitte	Kreisverband Saarlouis
Lindemann, David	Homburg-Mitte	Kreisverband Saarpfalz
Mast, Franz-Josef	St. Ingbert-Mitte	Kreisverband Saarpfalz
Morsch, Anke Dr.	Berschweiler	Kreisverband St. Wendel

Raber, Maximilian	St. Ingbert-Mitte	Kreisverband Saarpfalz
Rehlinger, Anke	Nunkirchen	Kreisverband Merzig-Wadern
Renner, Jürgen	St. Johann	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Ries, Isolde	Gersweiler	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Roth, Eugen	Merchweiler	Kreisverband Neunkirchen
Servas, Claudia	Bildstock	Kreisverband Saarbrücken-Land
Straßberger, Ellen	St. Ingbert	Kreisverband Saarpfalz
Thul, Sebastian	NK – Hangard	Kreisverband Neunkirchen
Waluga, Günter	Schiffweiler	Kreisverband Neunkirchen
Weis, Philipp	Limbach	Juso Landesverband
Ylinivia-Hoffmann, Anne	Überherrn u. Wohnstadt	Kreisverband Saarlouis
Ziebold, Rainer	Heusweiler	Kreisverband Saarbrücken-Land

Vorlage zu TOP 16: Wahl der 10 Delegierten SaarLorLux Internationale

Bewerber/innen	Ortsverein	Antragsteller
Altesleben, Bettina	Bisten	Kreisverband Saarlouis
Berg, Petra	Diefflen	Kreisverband Saarlouis
Clivot, Michael	Walsheim	Kreisverband Saarpfalz
Henz, Roland	Steinrausch	Kreisverband Saarlouis
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia	Uchtelfangen	Kreisverband Neunkirchen
Jenni, Birgit	St. Wendel-Urweiler	Kreisverband St. Wendel
Jung, Christine	St. Johann	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Krause, Koba	Luxembourg	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Krutten, Stefan	Oppen	Kreisverband Merzig-Wadern
Kurtz, Hans-Peter	Diefferten	Kreisverband Saarlouis
Leinen, Josef	Köllerbach	Kreisverband Saarbrücken-Land

Roth, Eugen	Merchweiler	Kreisverband Neunkirchen
Stritter, Hans Georg	Mettlach	Kreisverband Merzig-Wadern
Thiel, Siegfried	St. Ingbert	Kreisverband Saarpfalz
Uder, Hans-Josef	Orscholz	Kreisverband Merzig-Wadern
Zieder-Ripplinger, Margrit	St. Nikolaus	Kreisverband Saarbrücken-Land

Vorlage zu TOP 19: Max-Braun-Medaille

Bewerber/innen	Ortsverein	Antragsteller
Schmidt, Horst	Burbach	Kreisverband Saarbrücken-Stadt
Kany, Oskar	Bliesransbach	Kreisverband Saarbrücken-Land
Knecht, Annemie	Schaffhausen	Kreisverband Saarlouis
Lang, Albert	Büschfeld	Kreisverband Merzig-Wadern
Moser, Horst	Spiesen-Elversberg	Kreisverband Neunkirchen
Kaiser, Klaus-Dieter	Türkismühle	Kreisverband St. Wendel
Becker, Josef	Oberwürzbach	Kreisverband Saarpfalz

Vorlage zu TOP 20: Wahl der Schiedskommission

	Bewerber/in	Ortsverein	Antragsteller
Vorsitzende/r	Wohlfarth, Jürgen	Alt-Saarbrücken	Kreisverband Saarbrücken-Stadt, Landesvorstand
2 Stellvertreter/innen	Finé, Horst	Riegelsberg	Kreisverband Saarbrücken-Land, Landesvorstand
	Winter, Peter	Beaumarais	Kreisverband Saarlouis, Landesvorstand
4 weitere Mitglieder	Caspar, Thomas	Merzig	Kreisverband Merzig-Wadern, Landesvorstand
	Laub, Werner	Marpingen	Kreisverband St. Wendel, Landesvorstand
	Schreiner, Sabine	Hüttigweiler	Kreisverband Neunkirchen, Landesvorstand
	Straßberger, Ellen	St. Ingbert	Kreisverband Saarpfalz, Landesvorstand

Vorlage zu TOP 21: Wahl der 3 Revisoren/innen

Bewerber/innen	Ortsverein	Antragsteller
Ahnert, Sascha	Wiebelskirchen	Kreisverband Neunkirchen, Landesvorstand
Disteldorf, Jörg	Mettlach	Kreisverband Merzig-Wadern, Landesvorstand
Rohnert, Christa	Michelbach	Kreisverband Saarlouis, Landesvorstand

Übersicht der Sachanträge

Nummer	Antragsteller	Titel	Seite
<u>Arbeit und Soziales (AS)</u>			
AS1	KV Merzig-Wadern	Öffentlich geförderte Beschäftigung muss verstärkt werden	25
AS2	KV Neunkirchen	Rente	27
AS3	AG 60plus	Altersgrenzen	29
AS4	ASJ	Ehre, wem Ehre gebührt – Engagement für unsere Gesellschaft stärker wertschätzen, Ehrenamt	30
AS5	Landesvorstand SPD Saar	Aktiv alt werden	34
AS6	Jusos	Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!	37
AS7	Jusos	Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen	39
AS8	AfA	NEIN zu Eingriffen in das Eingliederungssystem der Jobcenter!	40
AS9	AG SelbstAktiv	Bindung der finanziellen Förderung des Landes an Barrierefreiheit	42
AS10	KV Saarbrücken-Stadt	Sozialer Wohnungsbau, dauerhafte Unterbringung anerkannter Flüchtlinge	43
<u>Bildung (B)</u>			
B1	KV Merzig-Wadern	Echte Religionsfreiheit für Schüler_innen	45
B2	Jusos	Echte Religionsfreiheit für Schüler_Innen	46
B3	Jusos	Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!	47
B4	Jusos	Verbesserung von Schulausstattungen	49

Nummer	Antragsteller	Titel	Seite
B5	Jusos	Schwimmunterricht im Saarland ausbauen	50
B6	Jusos	Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit	51
B7	Landesvorstand SPD Saar	Für eine Offensive zum Lesen und Schreiben lernen	53
B8	Landesvorstand SPD Saar	Gesunde Schule Saarland – Einführung eines Schul- entwicklungsprogramms	55
B9	AfB	Studienorientierungskonzept für allgemeinbil- dende Schulen	59
B10	AfB	Möglichkeit gebundener Ganztagsklassen für be- rufliche Vollzeitschulen	61
B11	AfB	Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe im Saarland	62
B12	AfB	Digitale Bildung als verbindliche Querschnittsauf- gabe an saarländischen Schulen	63
Europa (EU)			
EU1	KV Saarbrücken- Stadt	TTIP 1	64
EU2	KV Saarbrücken- Land	TTIP 2	67
EU3	KV Neunkirchen und OV	TTIP 3	69
EU4	OV Oppen	TTIP, TISA und CETA	70
EU5	Jusos	TTIP 4	73
EU6	AfA und ASG	TTIP 5	75
EU7	KV Saarbrücken- Stadt	Sperrklausel	77
EU8	KV Saarbrücken- Land	Gebühren für Daten-Roaming abschaffen – Digita- len Binnenmarkt für unsere Großregion schaffen	78
EU9	Landesvorstand SPD Saar	Umdenken in der EU-Flüchtlings- und Asylpolitik	80
EU10	Jusos	Refugees welcome!	82

Nummer	Antragsteller	Titel	Seite
<u>Finanzen (F)</u>			
F1	KV Merzig-Wadern	Für eine gerechtere Erbschaftssteuer	83
<u>Familie und Partnerschaft (FP)</u>			
FP1	Landesvorstand SPD Saar	Familienarbeitszeit: mehr Zeit für Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf	85
FP2	Landesvorstand SPD Saar	Work-Life Balance	87
FP3	Landesvorstand SPD Saar	Öffnung der Ehe	89
FP4	Schwusos	Öffnung der Ehe zur Koalitionsfrage machen	91
FP5	Schwusos	Aktionsplan sexuelle Vielfalt	92
FP6	KV Neunkirchen	Jugendhilfe stärken. Kein Abbau von sozialer Infrastruktur	93
FP7	Jusos	Das Betreuungsgeld wurde vom Verfassungsgericht gekippt.	97
<u>Gesundheit (G)</u>			
G1	ASG	Akademisierung Hebammen	98
G2	ASG	Akademisierung Logopäden	100
G3	ASG	Erste Hilfe rettet Leben	102
G4	ASG	Organspende rettet Leben	103
G5	ASG	Zulassung zum Medizinstudium	105
G6	ASG	Befundung muss vergütet werden	107

Nummer	Antragsteller	Titel	Seite
G7	ASG	Finanzierung der Aufgaben im Gesundheitswesen	108
G8	ASG	Organisation einer ressortübergreifenden zeitnahen Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung	109
G9	ASG	Direktzugang als Modellprojekt	111
G10	ASG	Die Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema in den Fokus rücken	112
G11	ASG und Jusos	Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für Medizinstudenten	113
G12	Jusos	Therapiekostenübernahme bei Lipödemen	115
G13	KV Saarbrücken-Stadt	Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen	116
G14	Landesvorstand SPD Saar	Paritätische Finanzierung im Gesundheitssystem wieder herstellen	118
Inneres und Justiz (IJ)			
IJ1	KV Saarbrücken-Stadt	Transparenz verbessern – gegen den Ausverkauf der Demokratie!	119
IJ2	KV Saarbrücken-Stadt	Wahlrecht für alle im Ausland lebenden deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern	121
IJ3	KV Saarbrücken-Stadt	Vorratsdaten	122
IJ4	KV Saarpfalz	Öffentliche Petitionen auch im Saarland möglich machen!	123
IJ5	Jusos	Freiheit stärken, §166 StGB streichen	126
IJ6	Jusos	Gleiche Pflichten, Gleiche Rechte! – Die demokratische Partizipation aller Einwohner und	128
IJ7	Jusos	Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!	130
IJ8	Jusos	Modellprojekt zur Cannabis-Legalisierung im Saarland	132
IJ9	Jusos	Moderner Datenschutz sichert Freiheits- und Bürgerrechte	134
IJ10	ASF	Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen anerkennen	142

Nummer	Antragsteller	Titel	Seite
<u>Kommunales (KOM)</u>			
KOM1	KV Saarbrücken-Stadt	Kommunales Wahlrecht für nicht EU-Ausländer	144
KOM2	KV Saarpfalz	Zusammen stehen gegen Rechts	145
KOM3	Jusos	Nachhaltiges Landesbäderkonzept entwickeln – jetzt!	148
KOM4	AfA	Finanzierung Personaleinstellungen	150
KOM5	KV Saarbrücken-Land und AfA	Finanzierung Flüchtlingshilfe der Kommunen	151
KOM6	KV St. Wendel	Ländlicher Raum – ein starkes Stück Saarland	152
KOM7	KV St. Wendel	Verantwortung für Kommunen übernehmen – Reformen jetzt umsetzen	155
KOM8	AG SelbstAktiv	Stärkung der Rechte der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen	157
<u>Organisation (O)</u>			
O1	KV Saarbrücken-Stadt	Bildung einer SPD International	158
O2	AG 60plus	Bericht über die Behandlung von Anträgen	159
O3	AG 60plus	Information der Parteiorganisation	160
O4	OV St. Johann	Paritätische Doppelspitze	161
O5	Jusos	Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!	162
O6	Jusos	Aufgaben der Antragskommission der SPD klar definieren!	163
O7	Jusos	Kein Rückfall in Vorurteile und Fremdenhass – Parteiausschlussverfahren für Behauptung des	164

Nummer	Antragsteller	Titel	Seite
<u>Umwelt, Energie und Verbraucherschutz (UEV)</u>			
UEV1	KV Saarbrücken-Stadt	Fracking	165
UEV2	Jusos	Für ein neues Internationales Klimaabkommen	167
UEV3	Landesvorstand SPD Saar	Verbraucherschutz bei Kfz-Versicherungen im digitalen Zeitalter sicherstellen	169
UEV4	Landesvorstand SPD Saar	Ein wirtschaftlich starkes Saarland mit intakter Natur	171
UEV5	ASG	Genfood	174
UEV6	ASG	Verbot Glyphosat	176
<u>Wirtschaft und Strukturpolitik (WS)</u>			
WS1	KV Merzig-Wadern	Weinbau im Saarland fördern	177
WS2	Landesvorstand SPD Saar	Digitales Saarland – für eine zukunftsfeste digitale Infrastruktur	178
WS3	Landesvorstand SPD Saar	Digitales Saarland - Kommunales Rechenzentrum	181
WS4	Landesvorstand SPD Saar	„Forum Industrie und Wissenschaft“	182
WS5	Landesvorstand SPD Saar	Existenzgründungen im Saarland aktivieren	183
WS6	Landesvorstand SPD Saar	Industrie und Handwerk	184
WS7	Jusos	Gesetzlicher Mindestlohn für Auszubildende	186
WS8	Jusos	IPV6 – Gläsernes Internet – NEIN DANKE!	187
WS9	Jusos	Taktwechsel im ÖPNV	189
WS10	KV Saarlouis	Standort stärken – Für zukunftssichere Industrieregionen im Saarland	193

AS1

Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Öffentlich geförderte Beschäftigung muss verstärkt werden**

2

3 Das Auslaufen der bisherigen Förderung der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Perso-
4 nen mit eingeschränktem Leistungsvermögen durch das Bundesprogramm „Bürgerarbeit“ hat
5 nicht nur gravierende soziale Folgen, sondern schränkt auch in erheblichem Maße Angebote ein,
6 die für einkommensschwache Teile der Bevölkerung von großer Bedeutung sind.

7 Hinzu kommt, dass der starke Zustrom von Flüchtlingen die Kommunen vor erhebliche Probleme
8 stellt. Um die Versorgung von Flüchtlingen, aber auch von Hartz-IV-Empfängern oder Obdachlo-
9 sen mit Gütern des täglichen Bedarfs zu ermöglichen, müssen z.B. Sozialkaufhäuser, Möbelbö-
10 sen, Kleiderkammern und Werkstätten nicht nur erhalten werden, ihre Arbeitsmöglichkeiten
11 und Arbeitsfelder müssen vielmehr z.B. auch durch einfache handwerkliche Dienstleistungen er-
12 weitert werden.

13 Zurzeit wird ein nicht geringer Teil der im Zusammenhang mit der Betreuung und Versorgung
14 von Flüchtlingen anfallenden Arbeit von Ehrenamtlichen geleistet, die jedoch mit der ständig
15 wachsenden Zahl von Flüchtlingen an ihre persönliche Belastungsgrenze stoßen.

16 Eine Unterstützung durch Beschäftigte im Sozialen Arbeitsmarkt würde somit viele andere Be-
17 reiche entlasten, z.B. die kommunalen Leistungsträger.

18 Auch die beauftragten Institutionen von den Sozialämtern, Kommunalverwaltungen und Bau-
19 höfen bis hin zu den Sozialverbänden können die erforderlichen Leistungen kaum noch in ange-
20 messenem Umfang erbringen.

21 Die SPD im Kreis Merzig-Wadern fordert daher den nachhaltigen Aufbau eines dauerhaft öffent-
22 lich geförderten „sozialen Arbeitsmarktes“, um langzeitarbeitslosen Menschen eine berufliche
23 Perspektive zu schaffen und soziale Infrastruktur vor Ort zu sichern.

24 Um dies im erforderlichen Umfang zu finanzieren und um die Erfolgchancen der Arbeit auf Lan-
25 desebene mit dem Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für das Saarland – ASaar“ zu erhöhen
26 und zu verstetigen, fordert die SPD im Kreis Merzig-Wadern die Einführungen eines „Passiv-Ak-
27 tiv-Transfers“. Indem die durch die Beschäftigung eingesparten passiven Leistungen des Bundes

-
- 28 und der Kommunen in Eingliederungsmittel umgeschichtet werden, finanzieren wir Arbeit statt
29 Arbeitslosigkeit.

AS2	Antragsteller: Kreisverband Neunkirchen
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Rente**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen:

4

5 Die gesetzliche, deutsche Rentenversicherung ist das sicherste und beste Alterssicherungssystem der Welt: Die deutsche Rentenversicherung überstand zwei Weltkriege und wurde wesentlich herangezogen, um die Deutsche Einheit zu finanzieren. Auch die Finanz- und Bankenkrise des vergangenen Jahrzehnts nach der Pleite von Lehmann Brothers überstand sie, im Gegensatz zu vielen privaten Hedgefonds. Insbesondere für jüngere Generationen ist sie die sicherste und gerechteste Form der Altersversorgung, konkurrenzlos besser und günstiger als jede Form privater Alterssicherung.

12

13 Mit dem Rentenpaket des Jahres 2014 hat die Bundesregierung einige Leistungsverbesserungen beschlossen. Davon profitieren langjährig Versicherte, Erwerbsgeminderte und Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Das sind Schritte in die richtige Richtung und ein Erfolg der SPD in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, speziell der IG Metall und ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“.

18 Aber die Weichen bleiben in der Rentenpolitik nach wie vor falsch gestellt: Das Rentenniveau wird weiter sinken und die Regelaltersgrenzen steigen. Die private Vorsorge ist nicht in der Lage, die in der gesetzlichen Rente gerissenen Lücken zu schließen. Die Folgen sind absehbar: Lebensstandardsicherung im Alter ist für viele unserer Kolleginnen und Kollegen nicht mehr zu erreichen und Altersarmut wird wieder zu einem bedeutenden Risiko.

23

24 Es wundert nicht, wenn die Beschäftigten, d.h. unsere Kolleginnen und Kollegen, angesichts dieser Situation an ihrer Altersversorgung zweifeln. Das zeigt auch eine große Beschäftigtenbefragung der saarländischen Verwaltungsstellen der IG Metall: Aus Sorge um ihre Sicherheit im Alter wenden sich fast 90 Prozent der Befragten gegen die Absenkung des Rentenniveaus und über 90 Prozent wollen, dass die Rente mit 67 zurückgenommen wird.

29

30 Daher muss die SPD ihr Engagement für mehr Wahlmöglichkeiten beim Altersübergang und für Renten, von denen man leben kann und die Altersarmut vermeiden helfen, fortsetzen:

31

- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- Statt der Rente mit 67 fordert die SPD mehr Wahlmöglichkeiten beim Altersausstieg. Dazu gehört ein abschlagsfreier Rentenzugang für langjährig Versicherte, die abschlagsfreie Rente für Schwerbehinderte ab dem 62. Lebensjahr, eine neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit sowie ein verbesserter Zugang zur Erwerbsminderungsrente und die Streichung der Abschläge.
 - Statt der weiteren Absenkung des Rentenniveaus fordert die SPD die Anhebung des Rentenniveaus.
 - Die SPD fordert die Wiederankopplung der Renten an die Lohnentwicklung.
 - Statt die Lasten der Alterssicherung durch Privatisierung einseitig den Beschäftigten aufzubürden, fordert die SPD, die gesetzliche Rente zu stärken und die paritätische Finanzierung der Alters- und Erwerbssicherungsrente wieder sicherzustellen.
 - Alle Beschäftigten sind in die solidarische Altersversorgung einzubeziehen.
 - Weiterhin soll zur Stabilisierung der betrieblichen Säule der Altersversorgung die Regelung des §1b BetrAVG insoweit rückwirkend geändert werden, dass die Fristen zur Erreichung der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten von fünf auf ein Jahr reduziert und die Altersgrenze von 25 Jahren auf 20 Jahre abgesenkt wird. Dies erscheint aufgrund der häufiger werdenden Befristungen zu Beginn des Arbeitslebens bzw. der generell immer kürzer werdenden Betriebszugehörigkeiten angebracht, um die angebotenen betrieblichen Altersversorgungen nicht wirkungslos werden zu lassen. Der Vorstand der SPD im Land und im Bund wird beauftragt, für diese Forderungen eine bundesweite Kampagne zu organisieren und parlamentarische Mehrheiten zu organisieren

AS3	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft 60 plus
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Altersgrenzen**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, Gesetze und Vorschriften des Landes auf beste-
5 hende diskriminierende Altersgrenzen im Ehrenamt überprüfen zu lassen und diese gegebenen-
6 falls aufzuheben.

7

8 **Begründung**

9 Der demographische Wandel erfordert ein neues differenzierendes Altersbild.

10 Zur Umsetzung dieses Vorhabens gehört auch die Überprüfung der saarländischen Rechtsvor-
11 schriften auf altersdiskriminierende Altersgrenzen.

12 Oftmals sind einzelne Rechtsvorschriften diskriminierend, weil sie auf der pauschalierten An-
13 nahme fehlender oder nachlassender Fähigkeiten älterer Menschen basieren.

14 Die Vermutung des Gesetzgebers einer eingeschränkten Leistungsfähigkeit älterer Menschen
15 steht im klaren Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Kompetenz Älterer.
16 Sie ist sachlich nicht zu rechtfertigen und stellt eine Diskriminierung zu Lasten älterer Menschen
17 dar.

18 Es darf nicht der Verdacht entstehen, ältere Menschen bewusst von der Mitarbeit und der Mit-
19 verantwortung in unserer Gesellschaft einzuschränken.

AS4	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Ehre, wem Ehre gebührt – Engagement für unsere Gesellschaft stärker wertschätzen,**
2 **Ehrenamt rechtlich stärken**

3
4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Die SPD Saar spricht den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in allen Bereichen unserer Ge-
6 sellschaft ehrenamtlich engagieren, Dank und Anerkennung aus. Sie setzt sich dafür ein, beste-
7 hende Hindernisse für die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit aus dem Weg zu räumen
8 und neue Anreize hierfür zu schaffen. Dazu gehören

- 9 - eine stärkere Anerkennung des Ehrenamts in den sozialen Sicherungssystemen, insbe-
10 sondere im Rentenrecht, bei der Unfallversicherung und in der Grundsicherung für Ar-
11beitsuchende, im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit,
- 12 - die Angleichung der Steuerfreibeträge für sämtliche ehrenamtlichen Tätigkeiten und die
13 Gewährung einer Steuergutschrift,
- 14 - die Schaffung eines Gesetzes über Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und
15 Mitarbeiter ohne die Beschränkung auf die Jugendarbeit.

16
17 **Begründung**

18 Allein im Saarland leisten annähernd 300.000 Ehrenamtliche jährlich weit über 30 Millionen Ar-
19beitsstunden für das Allgemeinwohl. Damit ist das Saarland ein Miteinander-Land: Nirgendwo
20 ist die Vereinsdichte höher und bei dem Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung, der so
21 genannten Engagementquote, belegt das Saarland bundesweit kontinuierlich einen Platz in der
22 Spitzengruppe. All diese Menschen geben unserem Land ein soziales Gesicht.

23 Freiwilligenarbeit ist in vielen Bereichen von fundamentaler Bedeutung für das Gelingen einer
24 integrativen und sozialen Gesellschaft. Viele Bürgerinnen und Bürger helfen tagtäglich in Verei-
25 nen, Initiativen und karitativen Einrichtungen.

26 Besondere Bedeutung kommt aktuell dem Ehrenamt angesichts der Situation von Flüchtlingen
27 in unserem Land zu. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind überfüllt; die Verwaltungen der Kom-
28 munen arbeiten an der Belastungsgrenze.

29 Menschen, die in Kriegen ihr Zuhause, Familie und Freunde verloren haben und sich ohne Hab
30 und Gut auf den beschwerlichen Weg zu uns gemacht haben, vereinen dieselben Wünsche: Sie
31 möchten ein sicheres Zuhause finden; sie möchten in unserer Mitte ankommen.

32 Um diese Wünsche zu erfüllen, leistet das Ehrenamt einen wichtigen Beitrag. Gerade in der jet-
33 zigen Situation bedarf es jener Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Tag für Tag in die Erstaufnah-
34 meeinrichtungen gehen, mit den Kindern spielen, private Sprachkurse organisieren oder bei Be-
35 hördengängen helfen. Die Zahl derer, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzen und sich
36 mit ihrem Engagement auch einer Vielzahl von Flüchtlingsgegnern entgegenstellen, ist immens.
37 Die Wichtigkeit ehrenamtlichen Handelns zeigt sich jedoch auch abseits der derzeitigen Flücht-
38 lingsströme.

39 Zwar werden im Saarland durch die regional verbreitete Ehrenamtskarte und die Ehrenamtsver-
40 sicherung manche Vergünstigung und Erleichterung gewährt; diese genügen jedoch allein nicht,
41 um dem Wert ehrenamtlicher Arbeit gerecht zu werden. Dabei geht es nicht unbedingt nur da-
42 rum, materielle Anreize zu schaffen, sondern vielmehr durch gezielte Einzelmaßnahmen, die sich
43 querschnittsartig durch viele Politikbereiche ziehen, einen angemessenen Ausgleich für den per-
44 sönlichen, zeitlich, oftmals aber auch finanziellen Aufwand zu schaffen und somit Menschen aus
45 allen Einkommens-, Alters- und Bevölkerungsschichten die engagierte Ausübung eines Ehren-
46 amts zu ermöglichen.

47 Die SPD Saar setzt sich als Bestandteil eines solchen Maßnahmenkatalogs für Verbesserungen
48 auf den Gebieten des Steuer-, Arbeits- und Sozialversicherungsrechts ein.

49

50 1. Stärkere Würdigung des Ehrenamts in den sozialen Sicherungssystemen

51 Die Sozialversicherungssysteme haben für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger eine existenzi-
52 elle Bedeutung. Die Stärkung des Ehrenamts muss sich deswegen auch und vor allem in sozial-
53 versicherungsrechtlichen Angelegenheiten vollziehen.

54 So besteht im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung Handlungsbedarf. Denn hier ist eine
55 Absicherung des Ehrenamtes nur lückenhaft vorhanden. Dies wollen wir ändern. Ehrenamtliche
56 Tätigkeiten müssen vollständig unter den gesetzlichen Versicherungsschutz gestellt werden.
57 Nach der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung sind aber nur solche Personen gesetzlich unfall-
58 versichert, die ehrenamtlich im Gesundheitswesen oder in der Wohlfahrt tätig sind. Außerdem
59 kann die Satzung eines Unfallversicherungsträgers bestimmen, dass sich eine Versicherung auch
60 auf ehrenamtlich Tätige und bürgerschaftlich Engagierte erstreckt. Diese rein fakultativen bzw.
61 eng begrenzten Regelungen reichen uns nicht aus. Wir fordern daher eine generelle Versiche-
62 rungs-pflicht in der gesetzlichen Unfallversicherung für alle ehrenamtlich Tätigen.

63 Auch muss das Ehrenamt in der Grundsicherung für Arbeitssuchende („Hartz IV“) sowie der So-
64 zialhilfe bzw. der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung privilegiert werden. Denn
65 die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement hört oftmals weder bei Arbeitslosigkeit, noch
66 bei Krankheit oder im Alter auf. Grundsätzlich sind bei der Leistungsbemessung Einnahmen in
67 Geld oder Geldeswert zu berücksichtigen und vermindern die Anspruchshöhe. Dies gilt auch für
68 Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung eines Ehrenamtes gewährt werden. Wir for-
69 dern, dass diese – in aller Regel – geringen Geldbeträge bei der Bedarfsberechnung keine Berück-
70 sichtigung finden. Daher sind die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend zu ergänzen, dass

71 auch Aufwandsentschädigungen aus Ehrenämtern unter den dortigen Voraussetzungen nicht
72 als Einkommen zu berücksichtigen sind.

73 Ein besonderer Stellenwert kommt schließlich dem Rentenrecht zu. Dabei steht nicht nur die
74 Frage im Vordergrund, ob und in welchem Umfang ehrenamtliche Tätigkeiten bei der Bemessung
75 der Rentenhöhe Berücksichtigung finden können. Es geht vielmehr auch darum, dass Aufwandsentschädigungen aus dem Ehrenamt keine Anrechnung auf die bestehenden Einkommensgrenzen verschiedener Rentenarten finden dürfen, vor allem nicht auf Witwen- und Waisenrenten, aber auch nicht auf Erwerbsminderungsrenten. Denn wer sich ehrenamtlich engagiert, darf nicht dadurch bestraft werden, dass Aufwandsentschädigungen zur Minderung oder sogar zum Wegfall der Leistungen führen können. Dies ist für das kommunale Ehrenamt bereits anerkannt, wenn auch derzeit nur befristet auf die kommenden beiden Jahre. Diese Befristung muss ebenso wie die Einschränkung auf das kommunale Ehrenamt entfallen. Vielmehr sind die richtungsweisenden Regelungen auf jedwedes ehrenamtliche Engagement auszudehnen.

84

85 2. Gleiches Recht für alle – Angleichung der Steuerfreibeträge und Gewährung einer Steuergutschrift

87 Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Personen unterliegen bereits jetzt in der Regel steuerlichen Vergünstigungen. Die Höhe der Freibeträge ist aber abhängig von der Tätigkeit. Nebenberufliche Trainer, Ausbilder, Jugendbetreuer und Chorleiter dürfen beispielsweise 2400 Euro im Jahr steuerfrei hinzuverdienen. Die Pauschale für ehrenamtliche Helfer etwa beim Roten Kreuz beträgt dagegen nur 720 Euro jährlich.

92 Wir fordern eine Angleichung der pauschalen Freibeträge. Die bisherige Differenzierung zwischen „besonders gutem“ und „gutem“ Ehrenamt im Steuerrecht ist im Hinblick auf den hohen gesellschaftlichen Wert aller ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht hinnehmbar.

95

96 Wir fordern darüber hinaus, dass auch diejenigen in den Genuss von Steuervorteilen kommen, die für ihr ehrenamtliches Engagement – wie häufig - nicht einmal eine Aufwandsentschädigung erhalten. Wer sich in nennenswertem Umfang völlig unentgeltlich im gemeinnützigen, kirchlichen oder mildtätigen Bereich engagiert, soll künftig eine Steuergutschrift als eine Art „symbolische Aufwandsentschädigung durch den Staat“ erhalten.

101

102 3. Sonderurlaub für ehrenamtlich Tätige auch außerhalb der Jugendarbeit

103 Zeitnot ist eine der Hauptursachen dafür, dass Menschen ihr ehrenamtliches Engagement nicht so ausüben können, wie sie gerne möchten. Insbesondere bestehen oft Schwierigkeiten, berufliche Arbeitszeiten und Zeiten des Ehrenamtes zu vereinbaren. Häufig wäre vor allem die tagesweise Freistellung gerade für das interkulturelle bürgerschaftliche Engagement, beispielsweise in der Flüchtlingshilfe, die ehrenamtliche Reisebegleitung für Seniorinnen und Senioren, die ehrenamtliche Begleitung von Menschen mit Schwerbehinderung, die Opferhilfe in der Justiz oder

109 das Ehrenamt im Straf-vollzug notwendig. Gerade in diesen Bereichen sind Behördengänge, Pro-
110 zessbegleitungen oder Ausflüge meist nicht am Wochenende möglich, so dass dieses Engage-
111 ment mit üblichen Arbeitszeiten kollidiert.
112 Einen Anspruch der Beschäftigten auf bezahlte oder unbezahlte Freistellung von der Arbeit zur
113 Ausübung des Ehrenamtes, besteht derzeit jedoch nur in Einzelfällen, so etwa im Katastrophen-
114 schutz oder bei der Jugendarbeit. Eine Erweiterung der Freistellungsmöglichkeiten auf andere
115 Bereiche außerhalb der bereits bestehenden Regelungen, in denen das Ehrenamt eine wesentli-
116 che Stütze der professionellen sozialen Arbeit darstellt, ist längst überfällig, um auch den ehren-
117 amtlich Tätigen in diesen Bereichen die notwendige Unterstützung und Anerkennung zukom-
118 men zu lassen.

AS5

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Aktiv alt werden**

2

3 Die demografische Entwicklung in Deutschland in den nächsten Jahren ist Chance und Heraus-
4 forderung zugleich. So viele Menschen wie nie zuvor haben die Chance auf eine längere Phase
5 des aktiven Alters – gleichzeitig werden so viele Menschen wie nie zuvor im Alter auf Unterstüt-
6 zung angewiesen sein, insbesondere dann wenn sie in ihrem Quartier, ihrer Gemeinde oder ih-
7 rem Dorf bleiben wollen. Aber auch die Familienstrukturen verändern sich: die Zahl der Singles
8 steigt, Eltern leben nicht dort, wo ihre Kinder leben und arbeiten, eine steigende Zahl von älteren
9 Menschen hat keine eigenen Kinder, die sie unterstützen könnten.

10 Dieser Wandel ist in Deutschland nach Japan weltweit am schnellsten und am tiefgreifendsten.
11 Unsere Gesellschaft ist auf das Älterwerden noch nicht ausreichend vorbereitet. Dies liegt auch
12 an den unterschiedlichen Zuständigkeiten bei Bund, Ländern und Kommunen, die dazu führen,
13 dass die notwendigen Rahmenbedingungen nicht oder nur sehr langsam geschaffen werden.
14 Wenn wir Älteren Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen wollen, brau-
15 chen wir eine intensive Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen. Diese muss die Sozialversi-
16 cherungen, das bürgerschaftliche Engagement, ein flächendeckendes Quartiersmanagement
17 und den Ausbau der unterstützenden professionellen und bezahlbaren Infrastruktur beinhalten.
18 Politik für ältere Menschen muss auch als Teil einer übergreifenden Generationenpolitik verstan-
19 den werden. Wir brauchen eine ebenen-, bereichs- und generationenübergreifende Demogra-
20 fiestrategie.

21

22 *Aktives Alter*

23

24 Wir brauchen eine neue Kultur des Alterns, die der Vielfalt des Alters gerecht wird. Die steigende
25 Lebenserwartung der Menschen in unserem Land bringt eine längere Phase des aktiven Alters
26 nach der Erwerbsarbeit mit sich. Die Wünsche der Menschen, wie sie nach dem Erwerbsleben
27 ihren dritten Lebensabschnitt gestalten, sind sehr unterschiedlich. Mehr Zeit für sich selbst, eh-
28 renamtliches Engagement, Unterstützung der Kinder und Enkelkinder, Bildung, langsamer Über-
29 gang vom Erwerbsleben in den Ruhestand – dies alles ist gelebte Realität.

30 Bei alldem müssen wir die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, etwa in Bezug auf Le-
31 benserwartung oder Altersarmut, aber auch die kulturellen Unterschiede von älteren Menschen
32 im Blick behalten.

33 *Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen*

34

35 Zum aktiven Alter gehört selbstbestimmtes Altern. Jede und jeder soll für sich selbst bestimmen
36 können, was gut ist. Dazu gehört auch die Möglichkeit, alt zu werden im Quartier – und zwar gut
37 alt zu werden im Quartier. Die meisten Menschen wollen auch im Alter ein selbstbestimmtes
38 Leben in ihrem gewohnten und selbst gewählten Lebensumfeld führen.

39 Deshalb müssen wir das Selbstbestimmungsrecht älterer Menschen stärken und solange wie
40 möglich erhalten. Dies hat weitreichende Konsequenzen: für den Wohnungs- und Städtebau
41 ebenso wie für den öffentlichen Nahverkehr, für Freizeit- und Kulturangebote ebenso wie für
42 das Ehrenamt, für die soziale Infrastruktur, für die Gesundheits- und Pflegesituation ebenso wie
43 für haushaltsnahe Dienstleistungen.

44 Wenn wir den demografischen Wandel gestalten wollen, brauchen wir eine vorausschauende
45 sozialräumliche Planung, eine soziale Infrastruktur, die den notwendigen Unterstützungsbedarf
46 verlässlich abdeckt, und ehrenamtliches Engagement.

47 Die Lebenssituation der älteren Menschen ist vielfältig. Doch häufig beruhen aktuell vorherr-
48 schende Altersbilder noch auf der Wahrnehmung früherer Generationen und werden oft mit
49 Krankheit und Verfall in Verbindung gebracht. Was fehlt sind differenzierte und realistische Bil-
50 der vom Alter.

51 Dies gilt in besonderem Maße in der Arbeitswelt. Wir brauchen dringend Konzepte, wie wir die
52 Übergänge aus dem Erwerbsleben und in den Lebensphasen danach gestalten. Hier können die
53 Chancen des längeren Lebens für die Älteren selbst, aber auch für die Gesellschaft genutzt wer-
54 den.

55 Gleiches gilt für die ehrenamtliche Tätigkeit. Hier besteht im Quartier auch die Chance, als Er-
56 gänzung zu vorhandenen Angeboten ältere Menschen für ein Gemeinwesen-orientiertes Enga-
57 gement zu gewinnen sowie Plattformen für ehrenamtliches Engagement zu schaffen. Gerade
58 vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir die ehrenamtlichen Potentiale
59 älterer Menschen aktivieren.

60 Auch Bildung ist ein wichtiger Baustein des aktiven Alters. Die Wechselwirkungen zwischen Bil-
61 dung, Gesundheit und Teilhabe sind augenscheinlich: Wer sich weiterbildet, bleibt länger ge-
62 sund. Wer sich fit hält, ist aktiver. Wer aktiver ist, ist wiederum eher neugierig auf Anregungen,
63 auf Bildung.

64 Die Finanzierung dieser Aufgaben darf nicht an den unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen
65 Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern scheitern.

66 Alle profitieren, wenn z.B. in Prävention, Rehabilitationsmaßnahmen, barrierefreien Wohnraum,
67 soziale Infrastruktur, Infrastruktur für die Grundversorgung, Bildung usw. investiert wird. Des-
68 halb müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sozialräumliche Budgets ermöglicht

69 werden, die von allen Ebenen und den Sozialversicherungsträgern finanziert werden und von
70 denen alle profitieren, insbesondere die Menschen.

71

72 Dazu gehören:

- 73 • der Ausbau der Gemeinwesenarbeit und vernetzter Strukturen wie z.B. Mehrgeneratio-
74 nenhäuser;
- 75 • die Erweiterung und Bündelung lokaler Unterstützungsangebote;
- 76 • ein bezahlbarer Zugang zur Teilhabe, etwa für die Inanspruchnahme einer altersgerech-
77 ten Wohnung, einer Leistung der Daseinsvorsorge oder eines Netzwerkangebotes;
- 78 • ehrenamtliches Engagement nur als Ergänzung zur gewährleisteten Daseinsvorsorge;
- 79 • ein besseres Ineinandergreifen von Leistungen aus unterschiedlichen Sozialgesetzbü-
80 chern;
- 81 • bauliche Veränderungen im Wohn- und Städtebau sowie im öffentlichen Nahverkehr,
82 um Barrierefreiheit herzustellen;
- 83 • ein umfassendes Konzept, wie die Übergänge vom Berufsleben in den Ruhestand gestal-
84 tet werden können;
- 85 • eine Reform der Pflegeberufe und eine Aufwertung der sozialen Berufe.

AS6

Antragsteller: **Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)**

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!**

2

3 Ein großer Teil der Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung im Rahmen der
4 Agenda 2010 waren vor allem ein Geschenk für die Arbeitgeber*innen. Neben der Lockerung des
5 Kündigungsschutzes und der Erhöhungen der Sozialabgaben für Beschäftigte hat die
6 schröder'sche Politik außerdem eine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen ermög-
7 licht. Als eine Auswirkung hat sich Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse in den letzten 20 Jah-
8 ren fast verdreifacht.

9 Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen sind nach dem bestehenden Teilzeit- und
10 Befristungsgesetztes (TzBfG) möglich und eröffnen Arbeitgeber*innen die Möglichkeit, flexible
11 Arbeitsverträge ohne einen vorliegenden sachlichen Grund abzuschließen. Die Befristung ohne
12 sachlichen Grund kann dabei eine der folgenden drei Arten sein:

- 13 • die kalendermäßige Befristung bis zu zwei Jahren (§14, Abs. 2)
- 14 • die Befristung im Fall einer Unternehmensgründung (§14, Abs. 2a)
- 15 • die Befristung bei älteren Arbeitnehmern (§14, Abs. 3).

16

17 Neben der sachgrundlosen Befristung regelt das TzBfG auch die Möglichkeit befristete Arbeits-
18 verhältnisse mit einem sachlichen Grund abzuschließen. Ein sachlicher Grund für eine Befristung
19 kann dabei beispielweise Urlaubs- oder Krankheitsvertretung sein.

20 Wenn ein befristetes Arbeitsverhältnis abgelaufen ist, besteht für die/den Arbeitgeber*in die
21 Möglichkeit, dem/der Arbeitnehmer*in erneut einen befristeten Arbeitsvertrag anzubieten.
22 Diese erneute Befristung muss der/die Arbeitgeber*in je nach Befristungsverhältnis (sachgrund-
23 los, mit Sachgrund) Rechtfertigen. Diese Art von befristeten Arbeitsverträgen werden auch
24 Kettenverträge genannt. Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) erlaubt
25 grundsätzlich eine unbeschränkte Anzahl von aufeinanderfolgenden, befristeten Arbeitsverträ-
26 gen. Weiterhin ist außerdem eine Ausgliederung in deutlich niedrigere Entlohnungen im Rah-
27 men der Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses erlaubt.

28 Befristete Arbeitsverhältnisse stellen für die Betroffenen häufig eine starke psychische Belas-
29 tung dar. Nach Chadi und Hetschko beeinträchtigen befristete Arbeitsverträge das Wohlbefin-
30 den von Arbeitnehmer*innen erheblich. Den Hauptgrund dafür stellt die fehlende Arbeitsplatz-
31 sicherheit dar. Die Folgen für die Betroffenen sind Existenzängste, Stress und fehlende Planbar-
32 keit der eigenen Zukunft. Befristete Arbeitsverhältnisse erlauben weder privat, noch beruflich

33 eine langfristige Lebensperspektive zu entwickeln. Als Konsequenz fällt es Betroffenen beispiels-
34 weise oft schwer, Kreditverträge abzuschließen oder eine Wohnung zu mieten.

35 Neben der Belastung für die Betroffenen bedeuten befristete Arbeitsverträge, insbesondere
36 sachgrundlose Befristungen, weitere Einschränkungen. Befristete Arbeitnehmer*innen neigen
37 weniger dazu, sich gegen schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz und Lohndumping zur Wehr
38 zu setzen. Es besteht außerdem die Möglichkeit für Arbeitgeber*innen, tarifvertraglich verein-
39 barte Leistungen wie beispielsweise Probezeiten nach der Ausbildung auszuhebeln. Wenn in die-
40 sem Zusammenhang auch noch eine Entfristung in Aussicht gestellt wird, ist das Wohlergehen
41 der Betroffenen bis zur Entfristung sehr wahrscheinlich.

42 Somit verändern befristete Arbeitsverhältnisse auch das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitge-
43 ber*innen und Arbeitnehmer*innen zugunsten der Arbeitgeber*innen und schwächen die ge-
44 werkschaftliche Schlagkraft.

45 Während eine Befristung mit Sachgrund in Einzelfällen durchaus Sinn ergeben kann, stellen
46 sachgrundlose Befristungen ein unzumutbares Instrument zur Ausbeutung der Arbeitskraft von
47 Arbeitnehmer*innen dar. Sie widersprechen unserem Verständnis von guter Arbeit und ange-
48 messener Behandlung von Arbeitnehmer*innen.

49

50 Wir fordern deshalb:

- 51 • ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen bei Arbeitsverträgen.
- 52 • die Einschränkung von Kettenverträgen dahingehend, dass Arbeitnehmer*innen keine
53 vertraglich schlechteren Konditionen angeboten werden dürfen. Es müssen mindestens
54 die gleichen Arbeitsbedingungen angeboten werden.

55 Insbesondere fordern wir die SPD Landtagsfraktion auf zu prüfen ob eine kurzfristige Möglich-
56 keit der Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen auf Landesebene möglich ist.

57 Langfristig fordern wir den Parteivorstand der SPD Saar, die SPD Landtagsfraktion, sowie die
58 saarländischen Bundestagsabgeordneten auf, sich für die Umsetzung dieser Forderungen im
59 Bundestag einzusetzen.

AS7	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen**

2

3 Wir fordern:

4

- 5 ➤ Vereinfachung der Dokumentationspflicht von Pflegekräften
- 6 ➤ Angemessener Lohn für Pflegepersonal auch in der Ausbildung
- 7 ➤ einen festen und angemessenen Personalschlüssel für alle Einrichtungen
- 8 ➤ Beendigung der Kommerzialisierung von „Pflege“

9

10 Unsere Gesellschaft wird immer älter, der Bedarf an Pflegekräften steigt, doch die Politik reagiert
11 kaum auf die Versäumnisse der letzten Jahre im Pflegebereich.

12 Die Situation in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verschärft sich immer mehr.

13 Pflegekräfte bekommen immer mehr Verantwortung übertragen und müssen für den gleichen
14 Lohn mehr Leistung erbringen.

15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern dürfen
16 nicht länger unter einer hohen psychischen wie physischen Belastung ausgebeutet werden. Die
17 hohen Anforderungen führen das Personal an die Belastungsgrenzen, wodurch eine „Gute
18 Pflege“ nicht mehr zu gewährleisten ist.

19 Die komplexe Dokumentationspflicht nimmt dem Pflegepersonal notwendige Zeit, wodurch der
20 zu pflegende Mensch in den Hintergrund gerät.

21 Die kürzlich angekündigte Pflegereform, die eine Pflegekraft mehr pro Krankenhaus verspricht,
22 wird bei mehr als 72.000 fehlenden Planstellen ihre Wirkung völlig verfehlen.

23 Es wird Zeit, dass die Bundesregierung endlich die Versäumnisse der letzten Jahre aufholt und
24 eine gute Qualität der Pflege sichert, sodass die Pflegekräfte wie auch die Patienten und nicht
25 die Gewinnmaximierung der Unternehmen in den Mittelpunkt von Pflegeeinrichtungen und
26 Krankenhäusern rückt.

AS8

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen (AfA)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 Der SPD Landesparteitag Saar am 09 und 10. Oktober 2015 möge beschließen:

2 **NEIN zu Eingriffen in das Eingliederungssystem der Jobcenter!**

3

4 Die Förderrichtlinien für das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ vom Bundes-
5 ministerium für Arbeit und Soziales waren noch nicht bekannt, da wussten wir schon, das diese
6 neuen Förderrichtlinien aus dem Budget der Eingliederungshilfe bestritten wird!

7

8 Ein überwiegend gutes, aber wie immer zu kleines Programm, wird wieder die MitarbeiterInnen
9 der Jobcenter mehr belasten und wird zu Lasten von vorhandenen AGH`s umgesetzt!

10

11 Die Entnahme von 150 Mio. Euro ist, wie es in einer Stellungnahme des DGB`s zu lesen ist, „eine
12 Mängelverwaltung innerhalb eines insgesamt unterfinanzierten Hartz IV Systems“!

13 Diese fehlenden 150 Mio. Euro im Bundesgebiet führten im Regionalverband Saarbrücken zu
14 Streichung von ca. 400 Ein- Euro Jobs zum 30.06.15 !

15 Es stellt bei insgesamt sinkenden Aktivierungsgraden ein eigens ungelöstes Problem dar, da hier
16 eigentlich Fördermaßnahmen nicht durchgeführt wurden!

17

18 Auch der Passiv- Aktiv- Transfer zur Aktivierung zusätzlicher Gelder wird es in diesem Projekt
19 weiterhin nicht geben!

20 Das Bundesministerium, hier Frau Nahles, stellt sich stumm, obwohl dies von DGB, SPD, Städte-
21 und Gemeindetag und Sozialverbände seit Jahren eingefordert wird!

22 Hier sollten wir aber auch nicht unerwähnt lassen, dass auf Saarländebene ein wesentlich bes-
23 seres Zusammenarbeiten mit dem Arbeitsministerium stattfindet und ein Sonderprogramm des
24 saarländischen Arbeitsministeriums hier vieles vereinfacht und mitfinanziert. Dies wird aber we-
25 gen der Schuldenbremse immer schwieriger werden.

26

27 **Beschluss:**

28 Die Delegierten der SPD Landeskonzferenz Saar fordern Andrea Nahles, alle Bundestagsabgeord-
29 neten und die Regierung auf, Schluss zu machen mit immer mehr Streichungen im Hartz IV Sys-
30 tem!

-
- 31 Wir fordern alle auf, dass der Passiv-Aktiv-Transfer umgesetzt und so angelegt wird, dass die
32 Kommunen ihre eingesparten Unterhaltskosten ebenfalls mit in die Finanzierung eines 2. Ar-
33 beitsmarktes geben können!
- 34 Wir fordern, dass alle zusätzlichen Bundesprogramme zu 100% vom Bund finanziert werden!
- 35 Wir verurteilen und fordern die Rückgabe der entnommenen 150 Mio. Euro in das Eingliederungs-
36 rungsbudget der Jobcenter!
- 37
- 38 Sozialdemokratische Steuerpolitik sollte sich am Leistungsvermögen der Reichsten in der Gesell-
39 schaft orientieren (u.a. Vermögenssteuer), Streichungen im sozialen Bereich lehnen wir ab!

AS9

Antragsteller: AG SelbstAktiv – behinderte Menschen in der SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Bindung der finanziellen Förderung von Baumaßnahmen des Landes an Barrierefreiheit**

2

3 Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion und SPD-Landesvorstand

4

5 Die finanzielle Förderung von Baumaßnahmen durch die Landesregierung (alle Ressorts) ist
6 strikt an das Kriterium der Barrierefreiheit zu knüpfen. Obwohl diese Forderung nichts Anderes
7 darstellt als die finanzielle Förderung an die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorgaben zu
8 binden, ist sie trotzdem notwendig und sinnvoll. Die Praxis zeigt seit langem, dass bewusst oder
9 unbewusst gegen das Gebot der Barrierefreiheit verstoßen wird. Die Praxis zeigt auch, dass die
10 Verpflichtung zur Barrierefreiheit und die Möglichkeit davon abzuweichen sowohl von Planern
11 wie auch von Bauträgern und Bauherren großzügig ausgelegt wird. Häufig scheint auch nicht
12 klar zu sein, wer letztendlich für die Einhaltung der Verpflichtung zum barrierefreien Bauen ver-
13 antwortlich ist. Um all diesen Wegen zur Nichteinhaltung der gesetzlichen Verpflichtung zum
14 barrierefreien Bauen einen Riegel vorzuschieben, teure Nachbesserungen zu vermeiden, Bauver-
15 zögerungen, Rechtsstreitigkeiten und Sanktionen vorzubeugen, ist es geboten, eine Bezuschus-
16 sung ausdrücklich und mit Hinweis auf die möglichen Folgen der Nichtbefolgung an das Krite-
17 rium der Barrierefreiheit zu binden. In diesem Zusammenhang ist es geboten, ein Verfahren ver-
18 bindlich festzulegen, wie die Befolgung des Gebotes des barrierefreien Bauens sichergestellt
19 werden kann.

20

21 Im Übrigen verweist die AG SelbstAktiv – behinderte Menschen in der SPD – Saar darauf, dass
22 bereits im Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Saarland die Bindung finanzieller Zuschüsse
23 der Landesregierung für Bauvorhaben zwingend an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden
24 wird.

25

26 SelbstAktiv Saar fordert die SPD-Landtagsfraktion und den Landesvorstand auf, sich dafür ein-
27 zusetzen, dass die Vereinbarung im Koalitionsvertrag eingelöst wird, geltendes Recht umgesetzt
28 wird und damit ein wichtiger Teil der Vorgaben aus der UN-Behindertenrechtskonvention um-
29 gesetzt wird.

AS10	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Sozialer Wohnungsbau, dauerhafte Unterbringung anerkannter Flüchtlinge**

2

3 **Beschlussvorschlag:**

4 Der Landesparteitag fordert die saarländische Landesregierung und die Bundesregierung dazu
5 auf, systematische Anstrengungen für eine dauerhafte angemessene Unterbringung anerkannter
6 Flüchtlinge – über die Erstaufnahme hinaus – zu unternehmen.

7 Dazu ist insbesondere ein allgemeiner Wiedereinstieg in eine effektive soziale Wohnungs-
8 bauförderung auf Zuschussbasis notwendig. Der Bund muss dafür entsprechende Mittel bereit-
9 stellen.

10

11

12 **Begründung:**

13 In diesem Jahr erwartet die Bundesregierung 800.000 neue Flüchtlinge in Deutschland. Der An-
14 teil derjenigen, die in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt werden und damit längerfristig im
15 Lande bleiben lag im ersten Halbjahr 2015 bei rund 35%. Sie haben Anspruch auf Leistungen
16 nach SGB II, lassen ggf. ihre Familien nachziehen und suchen sich eine Wohnung auf dem allge-
17 meinen Wohnungsmarkt. Sie genießen Freizügigkeit und ein Großteil der Flüchtlinge wird in die
18 städtischen Zentren ziehen, im Saarland insbesondere in die Landeshauptstadt.

19

20 Die aktuelle Diskussion und die getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Unterbringung
21 von Flüchtlingen beziehen sich in erster Linie auf die Erstaufnahme und eine „erste Zeit“ nach
22 der Anerkennung. Große Anstrengungen sind aber auch für die dauerhafte Integration aner-
23 kannter Flüchtlinge in den Wohnungsmarkt von Nöten. Für eine gelingende gesellschaftliche In-
24 tegration ist es notwendig, dass Flüchtlinge in heterogenen, möglichst gewachsenen Wohnquar-
25 tieren Unterkunft finden, nicht in gesondert für Flüchtlinge errichteten Wohnanlagen. Daher ist
26 die Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung über den allgemeinen Wohnungsmarkt zu
27 lösen.

28

29 Der (Teil-)Wohnungsmarkt, auf dem anerkannte Flüchtlinge in der Regel nach einer Bleibe su-
30 chen ist derjenige kostengünstiger Wohnungen. Dieser Markt ist in den Städten ohnehin schon

31 vielfach angespannt. Der Neubau von Mietwohnungen in diesem Segment ist in den vergange-
32 nen 20 Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen. Es besteht vielfach Sanierungsbedarf im
33 Bestand. Die Bau- und Sanierungskosten sind zu hoch und die noch bestehenden Instrumente
34 der Wohnungsbauförderung bieten viel zu geringe Anreize – sowohl für öffentliche als auch für
35 private Baugesellschaften.

36

37 Zur Entspannung der Lage ist es unbedingt erforderlich, wieder eine funktionierende, auf das
38 untere Preissegment ausgerichtete systematische Wohnungsbauförderung einzuführen. Diese
39 darf sich nicht auf – unattraktive – Zinsvergünstigungen beschränken, sondern muss auf Zu-
40 schussbasis organisiert sein, um wirksam zu sein. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang
41 eine Diskussion über bautechnische Standards notwendig, die die Baukosten in der Vergangen-
42 heit deutlich haben steigen lassen.

43

44 Nur so kann vermieden werden, dass Flüchtlinge in Wohnungen „zweiter Klasse“ untergebracht
45 werden oder in Sammelunterkünften bleiben müssen, was ihrer Integration und Teilhabe zuwi-
46 derläuft. Durch eine Entspannung des Wohnungsmarkts im unteren Preissegment wird auch
47 eine Konkurrenz zwischen einkommensschwachen Einheimischen und Neuzuwanderern ver-
48 mieden. Dies ist wichtig für den sozialen Frieden im Land.

B1

Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Echte Religionsfreiheit für Schüler_innen**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Schüler_innen an saarländischen Schulen sollen bereits ab Vollendung des 14. Lebensjahres das
5 uneingeschränkte Recht haben, die Teilnahme am Religionsunterricht abzulehnen.

6 Hierzu werden die Saar-SPD und die SPD-Fraktion im saarländischen Landtag aufgefordert, sich
7 für eine entsprechende Änderung des Artikels 29, Absatz 2 der Verfassung des Saarlandes einzu-
8 setzen.

9

10 **Begründung**

11 Die Regelung in der Verfassung des Saarlandes zum Religionsunterricht an saarländischen Schu-
12 len machen es Schüler_innen unmöglich, vor der Vollendung des 18. Lebensjahres gegen den
13 Willen ihrer Eltern dem Religionsunterricht fernzubleiben.

14 In fast allen deutschen Ländern können Jugendliche mit Erlangen der Religionsmündigkeit (Voll-
15 endung des 14. Lebensjahres) frei darüber entscheiden, ob sie am Religionsunterricht teilneh-
16 men oder ggf. einen Ersatzunterricht wie Ethik besuchen. Lediglich in Bayern und hier im Saar-
17 land wird den Schüler_innen dieses Recht nicht zugestanden: Nur mit Erlaubnis der Eltern oder
18 durch einen Kirchenaustritt können Jugendliche dem Religionsunterricht fernbleiben, sofern sie
19 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

20 Wer frei darüber entscheiden kann, ob er/sie einer Religion zugehören möchte oder nicht, muss
21 auch das Recht haben sich gegen den Besuch des Religionsunterrichts und z.B. für den Ethikun-
22 terricht zu entscheiden – unabhängig vom Willen der Erziehungsberechtigten. Die unnötige Al-
23 tersunterscheidung dieser beiden Rechte ist nicht nachvollziehbar und sollte daher aus der Ver-
24 fassung des Saarlandes gestrichen werden.

B2

Antragsteller: Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen
(Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Echte Religionsfreiheit für Schüler_Innen**

2

3 Solange es in noch schulischen Religionsunterricht gibt fordern wir:

4 Schüler_innen an saarländischen Schulen sollen bereits ab Vollendung des 14. Lebensjahres das
5 uneingeschränkte Recht haben, die Teilnahme am Religionsunterricht abzulehnen.

6 Hierzu werden die Saar-SPD und die SPD-Fraktion im saarländischen Landtag aufgefordert, sich
7 für eine entsprechende Änderung des Artikels 29, Absatz 2 der Verfassung des Saarlandes einzu-
8 setzen.

9

10 **Begründung:**

11 Die Regelung in der Verfassung des Saarlandes zum Religionsunterricht an saarländischen Schu-
12 len machen es Schüler_innen unmöglich vor der Vollendung des 18. Lebensjahres gegen den
13 Willen ihrer Eltern dem Religionsunterricht fernzubleiben.

14 In fast allen deutschen Ländern können Jugendliche mit Erlangen der Religionsmündigkeit (Voll-
15 endung des 14. Lebensjahres) frei darüber entscheiden ob sie am Religionsunterricht teilnehmen
16 oder ggf. einen Ersatzunterricht wie Ethik besuchen. Lediglich in Bayern und hier im Saarland
17 wird den Schüler_innen dieses Recht nicht zugestanden: Nur mit Erlaubnis der Eltern oder durch
18 einen Kirchenaustritt können Jugendliche dem Religionsunterricht fernbleiben, sofern sie das
19 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

20 Wer frei darüber entscheiden kann, ob er/sie einer Religion zugehören möchte oder nicht, muss
21 auch das Recht haben, sich gegen den Besuch des Religionsunterrichts und z.B. für den Ethikun-
22 terricht zu entscheiden – unabhängig vom Willen der Erziehungsberechtigten. Die unnötige Al-
23 tersunterscheidung dieser beiden Rechte ist nicht nachvollziehbar und sollte daher aus der Ver-
24 fassung des Saarlandes gestrichen werden.

B3

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Inklusion in allgemeinbildenden Schulen ziel- und erfolgsgerecht umsetzen!**

2

3 Am 25. Juni 2014 hat der Landtag des Saarlandes das Gesetz zur Umsetzung der UN-Behinder-
4 tenrechtskonvention im Bereich der Bildung beschlossen. Dieses Gesetz besagt, dass alle schul-
5 pflichtigen Kinder und Jugendlichen, mit oder ohne Beeinträchtigung, das Recht haben, eine all-
6 gemeinbildende Regelschule zu besuchen. Seit Beginn des Schuljahres 2014/2015 findet dieses
7 Gesetz erstmals beim Besuch der Grundschule Anwendung; Kinder mit oder ohne Beeinträchti-
8 gung können seitdem gemeinsam die allgemeinbildende Grundschule besuchen. Mit dem Schul-
9 jahr 2016/2017 werden die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in die Umstrukturie-
10 rung mit einbezogen. Zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 sollen dann nach dem Vorhaben des
11 Bildungsministeriums des Saarlandes auch die beruflichen Schulen folgen.

12 Laut den aktuellsten Zahlen (2014) einer bildungsstatistischen Analyse der Bertelsmannstiftung
13 zum Fortschritt in der Umsetzung der Inklusion in allgemeinbildenden Regelschulen, besuchten
14 im Saarland 6.504 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf eine allgemeinbildende Schule im
15 Schuljahr 2012/2013. Diese Zahl wird aufgrund der Umsetzung der Inklusion in den weiterfüh-
16 renden allgemeinbildenden Schulen sowie in den beruflichen Schulen in den nächsten Jahren
17 weiter ansteigen.

18 Bezüglich der Lehrerausbildung im Saarland bietet die erste Phase der Ausbildung, das Studium,
19 so gut wie keine Möglichkeit, zukünftige Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit Inklusion ent-
20 sprechend auszubilden. Es fehlt an entsprechenden Modulen, die sich während der universitären
21 Ausbildung ganz konkret mit Inklusion in allgemeinbildenden Regelschulen befassen. Frühes-
22 tens während der Ausbildung am Studienseminar kommen angehende Lehrerinnen und Lehrer
23 erstmals mit Inklusion in Berührung.

24 Für eine Umsetzung der Inklusion, die den förderbedürftigen Kindern und Jugendlichen gerecht
25 werden, benötigt es aber entsprechend ausgebildetes Personal sowie Schulgebäude, die den Be-
26 dürfnissen von Kindern mit Beeinträchtigungen gerecht wird (z.B. Fahrstühle, größere Klassen-
27 räume etc.). Wir fordern daher bei der weiteren Umsetzung der Inklusion an allgemeinbildenden
28 Regelschulen:

- 29 • die qualifizierte (und evtl. verpflichtende) Fortbildung von Lehrkräften bezüglich des
30 Umgang mit Inklusion bzw. des Umgang mit förderbedürftigen Kindern und Jugendli-
31 chen,

- 32 • die ausreichende Unterstützung der Lehrkräfte durch Förderschullehrkräfte und Schul-
33 psychologen sowie Schoolworkern,
- 34 • eine qualifizierte Betreuung beeinträchtigter Kinder und Jugendlicher durch Assistenz-
35 kräfte, die sich je nach Art der Beeinträchtigung nur um dieses Kind oder diesen Jugend-
36 lichen während des Unterrichts kümmern und sie oder ihn in der Bewältigung der ge-
37 stellten Aufgaben unterstützen,
- 38 • die Einbindung des Themas Inklusion bzw. Behinderung/Beeinträchtigung in den Unter-
39 richt, damit auch die Mitschüler förderbedürftiger Kinder und Jugendlicher die eventuell
40 mit der Beeinträchtigung verbundenen Probleme verstehen und wissen wie sie damit
41 umgehen können,
- 42 • in der Schülerzahl reduzierte Klassen, damit die Lehrkräfte auf Kinder und Jugendliche
43 mit Beeinträchtigung während des Unterrichts eingehen können und nicht überfordert
44 werden
- 45 • oder - wenn der vorangegangene Punkt nicht durchführbar ist- eine verstärkte Umset-
46 zung des sogenannten „Teamteachings“ (zwei Lehrkräfte unterrichten eine Klasse ge-
47 meinsam),
- 48 • gleichzeitig den Erhalt der Lehr- und Lernqualität an den Schulen für die nicht-förderbe-
49 dürftigen Kinder und Jugendlichen
- 50 • die sachgerechte Umgestaltung des Schulgebäudes sowie der Klassenräume, die den Be-
51 dürfnissen der Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigung gerecht wird (z.B. Fahr-
52 stühle im Treppenhaus für Kinder und Jugendliche, die im Rollstuhl sitzen oder gehbe-
53 hindert sind oder Tische, die man an die entsprechende Sitzhöhe des jeweiligen Schülers
54 anpassen kann),
- 55 • die Integration von Inklusion in beide Phasen der Lehrerausbildung anhand von Modu-
56 len, die an der Universität verpflichtend belegt werden müssen.

57

58 Unserer Ansicht nach kann die Inklusion von beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern in Re-
59 gelklassen und in Regelschulen nur dann erfolgreich und zielgerecht umgesetzt werden, wenn
60 diese Forderungen erfüllt werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass nicht nur Lehrkräfte son-
61 dern auch Mitschüler mit der neuen Entwicklung in den Regelschulen überfordert sind. Darüber
62 hinaus muss den Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit gegeben sein,
63 mit allen, ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln am Unterrichtsgeschehen teilnehmen zu kön-
64 nen. Dies kann nur durch eine angepasste Gestaltung ihrer schulischen Umwelt gewährleistet
65 werden.

B4

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 Verbesserung von Schulausstattungen

2

3 Die Funktionsräume von saarländischen Schulen, insbesondere Realschulen, Gesamtschulen,
4 Gemeinschaftsschulen, Förderschulen, sind im Vergleich zu Gymnasien häufig weniger gut aus-
5 gestattet. Oftmals fehlt es in den naturwissenschaftlichen Funktionsräumen der betroffenen
6 Schulen an elementaren Ausstattungselementen wie Versuchsaufbauten, Präparaten oder auch
7 Mediengeräten wie Beamern, Whiteboards oder PCs. Ein Blick in die Bildungspolitik der vergan-
8 genen Jahre zeigt, dass Gymnasien höhere Summen zur Nutzung und zum Ausbau von Funkti-
9 onsräumen von öffentlichen Geldgebern erhalten haben.

10 Zusammen sind also Schulformen wie Realschulen, Gesamtschulen, Förderschulen, Berufsschu-
11 len etc. hinsichtlich ihrer gesamten Ausstattung tendenziell benachteiligt.

12

13 **Wir fordern:**

- 14 - Gerechte Aufteilung von Geldern bezüglich der Ausstattung von Funktionsräumen.
- 15
- 16 - Keine Benachteiligung von erw. Realschulen, Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen,
17 Förderschule etc. bei der Zuteilung dieser Fördermittel

18

19 **Begründung:**

20 Funktionsräume (für Biologie, Chemie, Physik) spielen im Lernprozess von Schüler_innen im Fa-
21 chunterricht eine wichtige Rolle, da sie das Gelernte veranschaulichen und dabei helfen Vor-
22 gänge nachzuvollziehen. Speziell in den naturwissenschaftlichen Fächern lebt das Verständnis
23 und Interesse der Schüler_innen davon nicht nur die Theorie der Wissenschaft vermittelt zu be-
24 kommen, sondern sie (im Idealfall selbst) mit Experimenten und praktischem Unterricht zu erle-
25 ben. Dies ist nur möglich, wenn beispielsweise die Physik- und Chemieräumen mit funktionie-
26 renden Versuchsaufbauten, Arbeitsflächen, Schutzkleidung etc. ausgestattet sind, die Biologie-
27 säle über anschauliche Präparate verfügen und der Standard in Computerräumen nicht der aus
28 dem letzten Jahrzehnt ist. Es ist unabdingbar, dass alle Schulen gleichwertig aus der öffentlichen
29 Hand gefördert werden, ungeachtet dessen, ob es sich um Gymnasien, Gemeinschaftsschulen
30 oder Realschulen handelt.

B5

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Schwimmunterricht im Saarland ausbauen**

2

3 **Analyse:**

4 Im Jahr 2013 kamen 440, im Jahr 2014 392 Menschen bei Badeunfällen ums Leben, bei Kindern
5 ist Ertrinken die dritthäufigste unfallbedingte Todesursache. Für das Jahr 2015 wird auf Grund
6 der Hitzewelle mit noch mehr Badetoten gerechnet. Hauptursache für Badeunfälle mit tödli-
7 chem Ausgang ist neben der Überschätzung der eigenen Schwimffähigkeiten jedoch auch die
8 steigende Anzahl von Nichtschwimmer*innen.

9 Heute kann nach Angaben der DLRG jedes zweite Kind im Saarland nach Ende der Grundschul-
10 zeit nicht oder nicht sicher schwimmen. In der Klassenstufe 5-7 sind 25 % der Schüler*innen im-
11 mer noch Nichtschwimmer*in.

12 Die Gründe für die steigende Zahl von Nichtschwimmer*innen sind vielfältig:

13 Nur 80% der Grundschulen können überhaupt Schwimmunterricht anbieten, durch
14 Bäderschließungen sind die Wege weit, es fehlt an qualifizierten Lehrkräften. Die verbleibende
15 Schwimmzeit ist knapp bemessen, die Gruppen sind groß. Spaßbäder sind häufig nicht zur
16 Schwimmausbildung geeignet und außerschulische Kursangebote sind kostenpflichtig und weit
17 im Voraus ausgebucht. Der steigenden Zahl von Nichtschwimmer*innen muss entgegengewirkt
18 werden mit dem Ziel, dass kein Kind die Grundschule als Nichtschwimmer*in verlässt.

19

20 **Forderung:**

- 21 • Ein qualifiziertes Konzept zum Ausbau des obligatorischen Schwimmunterrichts an
22 saarländischen Grundschulen in enger Kooperation mit lokalen Schwimmvereinen.
23 • Die Möglichkeit der Inanspruchnahme kostenfreier außerschulischer Schwimm-
24 kurse für alle Grundschüler*innen.
25 • Eine Kontrolle der Durchführung des Konzepts durch jährliche Vergleichserhebun-
26 gen.
27 • Eine Reform des saarländischen Erlasses über den Schwimmunterricht unter der Be-
28 rücksichtigung der eben genannten Punkte.

29

30 **Begründung:**

31 erfolgt mündlich.

B6

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit**

2

3 Im Zeitalter der modernen Medizin gewinnen die Themen Tod und Sterblichkeit immer mehr an
4 Bedeutung, wenn auch in einer ganz anderen Perspektive als noch vor einigen wenigen Jahr-
5 zehnten. Wo Menschen früher sterben mussten, ist es heute möglich ihr Leben in zum Teil er-
6 staunlichem Maße zu verlängern. Nun stellt sich die Frage: Verlängern wir ihr Leben oder ihr
7 Leiden?

8

9 Modernste Techniken erlauben es uns das Versagen nahezu aller Organe zu kompensieren.
10 Neuste Geräte im Zusammenspiel mit hochdosierter Medikation können häufig über lange Zeit-
11 räume hinweg das Versagen des Körpers ausgleichen. Dies führt in der Bevölkerung zunehmend
12 zu einem „Klammern“ an die moderne Medizin, einem „alles tun was möglich ist“, ohne dabei
13 wirklich eine Vorstellung zu haben, was dies für die sterbende Person bedeutet. Wenn Menschen
14 ein Alter erreichen, indem man früher damit gerechnet hat, sich darauf eingestellt hat, dass es
15 nun bald sein könnte, dass dieser Mensch uns verlässt, geht man heute davon aus, dass Ärzte
16 und Pflegende diesen Punkt um ein Vielfaches hinauszögern können. Es fällt zunehmend schwe-
17 rer zu akzeptieren, dass geliebte Angehörige oder Freunde an den Punkt gelangen, wo ihr Körper
18 zu krank, oder schlicht zu alt zum Überleben ist. Dass dies der natürliche Verlauf des Lebens ist,
19 gerät dabei in den Hintergrund. Dass so viele Mittel zur Verfügung stehen, um einen, in vielen
20 Fällen leider unvermeidlichen, Tod hinauszuzögern, führt dazu, dass man als Angehöriger nicht
21 mehr daran denkt, dem Patienten ein friedvolles Ende ohne Schmerzen zu schenken, sondern
22 sich von Angst und Trauer übermannen lässt, den geliebten Menschen nicht loslassen will und
23 unbewusst sein Leiden verlängert. Häufig kann man ihnen das auch gar nicht vorwerfen, denn
24 es liegt in der Natur der Sache, dass man sich nicht spontan zu Hause mit solchen Themen be-
25 schäftigt, wenn man nicht persönlich oder beruflich Kontakt mit den Bereichen Medizin und Ge-
26 sundheit hat.

27 Darum ist es notwendig sich bereits möglichst früh mit den Themen Tod und Sterblichkeit aus-
28 einanderzusetzen. Wenn man dann in die Situation kommt eine Entscheidung für seine Ver-
29 wandten treffen zu müssen, kann man in der Lage sein, diese wohl abzuwägen.

30

31 Wir fordern daher die Integration des Themenkomplexes Tod und Sterblichkeit (unter Einbezie-
32 hung von Themen wie Patientenverfügung, Umgang mit erkrankten Verwandten, Intensiv- und
33 Palliativmedizin) in den Religions- bzw. Ethikunterricht der Oberstufe.

34

35 Dies soll zum einen junge Menschen zur Auseinandersetzung und Diskussion mit diesem Thema
36 anregen und zum anderen sekundär dazu führen, dass sie das Thema auch nach Hause tragen
37 und mit Eltern, Großeltern und anderen Verwandten besprechen. Sie sollen sich eine persönliche
38 Meinung dazu bilden können und im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls in ihrem nahen
39 Umfeld nicht plötzlich in diese schreckliche Entscheidung gezwungen werden. Sie sollen im Vor-
40 feld über eine solche Situation nachgedacht haben, um dadurch vielleicht die Wünsche ihrer Lie-
41 ben berücksichtigen zu können.

B7

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 Für eine Offensive zum Lesen und Schreiben lernen

2

3 Deutschland ist nicht nur das Volk der Dichter und Denker, sondern auch der funktionalen Anal-
4 phabeten. Denn jeder Siebte im Alter von 18 bis 64 Jahren kann keinen Text lesend verstehen.
5 Das ergab die sogenannte LEO-Studie¹ aus 2011. Umgerechnet auf das Saarland sind etwa
6 90.000 Menschen allein im erwerbsfähigen Alter betroffen.

7 Funktionale Analphabeten haben zwar meist einen Schulabschluss erreicht, verfügen dennoch
8 nicht über ausreichende Lese- und Rechtschreibkenntnisse oder haben diese verlernt. Sie sind
9 zwar mehrheitlich erwerbstätig, aber meist in Berufen, in denen ihr Defizit eher weniger auffällt.
10 Die betroffenen Menschen können sich nicht lesend weiterbilden, sind weitgehend vom gesell-
11 schaftlichen Leben ausgeschlossen und haben bei steigenden Anforderungen auf dem Arbeits-
12 markt ein hohes Arbeitsplatzrisiko. Eine selbstbestimmte Existenzsicherung und Teilhabe wird
13 immer schwieriger.

14 Im Saarland werden gegenwärtig ca. 500 Menschen pro Jahr durch Alphabetisierungskurse er-
15 reicht. Gleichzeitig wachsen junge Menschen aus meist bildungsfernen Elternhäusern nach, wo
16 sie keine Freude am Lesen erfahren.

17 Im Saarland wurde 2013 der Grundbildungspakt Saar gegründet. In ihm arbeiten Kommunen,
18 Arbeitgeberverbände, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Weiterbildungsträger,
19 Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Kirchen, Bibliotheken und weitere Akteure zusammen
20 mit dem Ziel, die Bevölkerung für Grundbildungsfragen zu sensibilisieren, mehr funktionale An-
21 alphabeten für Grundbildungskurse zu gewinnen und präventive Maßnahmen zu fördern.

22 Im Saarland wurde u.a. die Zahl der Grundbildungszentren von zwei auf 10 erhöht, die Landes-
23 förderung für Grundbildung und Alphabetisierung deutlich verstärkt, ein ESF-Programm zur ar-
24 beitsplatzorientierten Alphabetisierung aufgelegt und eine Öffentlichkeitskampagne gestartet.
25 Die SPD Saar begrüßt die zahlreichen Maßnahmen des Landes und des Bundes zur Alphabetisie-
26 rung, wie auch die aktuelle Initiative der Bundesregierung zu einer „Nationalen Dekade für Al-
27 phabetisierung“. Dem widerspricht allerdings das verfassungsrechtlich normierte Kooperations-
28 verbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen.

¹) Prof. Dr. Anke Grotluschen, Dr. Wibke Riekmann und Klaus Buddeberg (Universität Hamburg): „Leo. – Level-One-Studie“ im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), 2011

-
- 29 Die SPD Saar unterstützt den Antrag „Zugang und Teilhabe ermöglichen – Die Dekade für Alpha-
30 betisierung in Deutschland umsetzen“ der Fraktionen der SPD und CDU/CSU des Deutschen
31 Bundestages vom 09.06.2015 und fordert darüber hinaus insbesondere:
- 32 1. Die Fortführung und Absicherung der bisherigen Maßnahmen im Saarland.
 - 33 2. Eine massive Verstärkung der Früherziehung und Bildung in Ganztagsform.
 - 34 3. Die Öffnung von Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen des Bundes und der Länder
35 für Alphabetisierung und Grundbildung.
 - 36 4. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen
37 und eine gemeinsame Strategie und Finanzierung zu Alphabetisierung und Grundbil-
38 dung in Bund und Ländern.

B8

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Gesunde Schule Saarland – Einführung eines Schulentwicklungsprogramms**

2
3 Die SPD Saar begrüßt die Initiative des saarländischen Ministeriums für Bildung und Kultur zur
4 Einführung eines Gesundheitsmanagements an saarländischen Schulen. Ziel dieses Schulent-
5 wicklungsprogramms ist es, ein gesundes Arbeits- und Lernklima für Schülerinnen und Schüler,
6 pädagogisches Personal, aber auch Eltern zu schaffen. Der Fokus des Programms „Gesunde
7 Schule Saarland“ liegt auf Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrer_innengesundheit, betrach-
8 tet dabei aber das Gesamtsystem Schule. Es ist als langfristiger Prozess angelegt, der Schulen
9 und die einzelnen Zielgruppen im System befähigen soll, Maßnahmen zur Gesundheitsförde-
10 rung zu entwickeln und eine gesunde Lebens-, Lehr- und Lernkultur zu schaffen.

11 ***Hohe Identifikation mit dem Berufsbild Lehrkraft***

12 Eine Studie zur psychischen Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern der Universität des Saar-
13 landes belegt: Menschen, die im Bildungsbereich tätig sind, setzen sich stark für Kinder und Ju-
14 gendliche ein. Sie legen ein hohes emotionales und soziales Engagement an den Tag, das nicht
15 selten mit spezifischen Stress- und Belastungssymptomen einhergeht. Diese Studie belegt auch,
16 dass es unter den Lehrkräften eine sehr hohe Arbeitszufriedenheit gibt. Lehrkräfte empfinden
17 während ihrer Arbeit einen hohen Zeitdruck.

18 Die Daten der Personalausfallstatistik der saarländischen Landesregierung bestätigen: Bei den
19 Lehrkräften an saarländischen Schulen gibt es im Vergleich zu den Krankheitstagen im öffentli-
20 chen Dienst weniger Ausfallzeiten.

21 Zugangszahlen zu den Hochschulen im Bereich der Lehramtsstudiengänge belegen: der Beruf
22 des Lehrers/ der Lehrerin übt eine hohe Anziehungskraft auf junge Menschen aus. Gleichzeitig
23 verdichten sich die Anforderungen im Lehrer_innenberuf, gesellschaftliche Erwartungen wer-
24 den auf das System Schule übertragen. Hier ist der Ort, an dem der Grundstein für die Selbstbe-
25 stimmung junger Menschen gelegt wird.

26 Die SPD Saar begrüßt daher, dass das Programm „Gesunde Schule Saarland“ mit Blick auf die
27 Gesundheit aller im System Schule tätigen Menschen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt.

28 Das Programm Gesunde Schule geht nicht ohne Dialog und Mitbestimmung. In einer ausführli-
29 chen Dialogreihe mit den Hauptpersonalräten der Schulen, Lehrer_innenverbänden und Einzel-
30 initiativen thematisiert das Ministerium viele Einzelaspekte des gesunden Arbeitens, Lehrens
31

32 und Lernens. Der Fokus liegt dabei auf dem Präventionsgedanken. Insbesondere die Mitbestim-
33 mung der Frauenbeauftragten als auch der Schwerbehindertenvertretungen der einzelnen
34 Schulformen wird im Dialogprozess besonders unterstrichen.

35 In Bezug auf die Verbesserung der zu setzenden rechtlichen Rahmenbedingungen für Lehrkräfte
36 gibt es im Saarland einen hohen Nachholbedarf. Die SPD Saar begrüßt daher das besondere En-
37 gagement der Landesregierung, im Schuljahr 2015/2016 den Abschluss von Dienstvereinbarun-
38 gen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement, sowie zum Umgang mit Sucht in Bezug auf
39 Lehrkräfte voranzutreiben. Weder wird die in Paragraph 84 des Sozialgesetzbuches 9 hinterlegte
40 Pflicht für den Arbeitgeber zur Umsetzung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements bis-
41 her im Saarland systematisch auf die Lehrkräfte angewendet, noch findet die aus dem Jahr 2008
42 für die Landesverwaltung gültige Rahmendienstvereinbarung über den Umgang mit suchtge-
43 fährdeten und suchtkranken Beschäftigten im Dienst und am Arbeitsplatz bisher Anwendung.
44 Damit schafft das Ministerium ein rechtlich abgesichertes, strukturiertes Verfahren, das zum
45 Ziel hat, Lehrkräfte vor längeren Erkrankungen, Behinderung und Dienstunfähigkeit zu schützen.
46 Gleichzeitig versetzt es die Schulen in die Lage individuelle Wiedereingliederungswege zu gehen
47 und erneuten Ausfallzeiten im Unterricht zu begegnen.

48

49 ***Vereinbarkeit von Familie und Beruf***

50 Ein weiterer Baustein des Programms ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hohe Belas-
51 tungen im privaten Bereich durch die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Familienange-
52 hörigen haben auch Auswirkungen auf das berufliche Wirken von Lehrkräften. Bereits im Früh-
53 jahr 2013 hat das Ministerium für Bildung und Kultur daher in einem Rundschreiben auf die be-
54 sondere Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hingewiesen. Einzelne Aspekte hier-
55 bei sind die Abstimmung von Stunden- und Aufsichtsplänen mit den Öffnungszeiten der Kinder-
56 tageseinrichtungen. Die SPD Saar begrüßt es, dass hier insbesondere die Forderung der Frauen-
57 beauftragten Berücksichtigung finden. Gerade die Potsdamer Lehrerstudie belegt, dass sich ge-
58 gesellschaftliche Erwartungen im Hinblick auf Erziehung und Pflege immer noch hauptsächlich an
59 Frauen richten. Das Ergebnis ist, dass der Anteil an Teilzeitarbeit unter den weiblichen Lehrkräf-
60 ten besonders hoch ist. Hier gilt es nach Auffassung der SPD Saar gegenzusteuern.

61

62

63 ***Eine gute Ausbildung ist der Grundstein für gesundes Arbeiten***

64 Eine gute Ausbildung ist die Basis für gesundes Arbeiten. Die nach wie vor hohe Attraktivität des
65 Lehrer_innenberufs macht es erforderlich, dass junge Menschen bereits früh in ihrer Ausbildung
66 auf die Herausforderungen des Schulalltags vorbereitet werden.

67 Das Zentrum für Lehrerbildung der Universität des Saarlandes leistet einen wichtigen Beitrag zu
68 einer guten Ausbildung. Die SPD Saar begrüßt, dass bei der Neugestaltung des Studiums für
69 Lehrkräfte im Primarbereich zum Wintersemester 2015/16 die Herausforderungen zum Um-

70 gang mit Heterogenität verpflichtender Bestandteil der Ausbildung wurden. Angehende Lehr-
71 kräfte erfahren in ihrer heutigen Ausbildung, dass die Schule und somit jede einzelne Lehrkraft
72 für jeden Schüler und jede Schülerin Verantwortung trägt.

73 Mit dem Programm „Zukunftsorientierte Referendarausbildung“ lenkte das Ministerium für Bil-
74 dung und Kultur bereits zu Beginn der laufenden Legislaturperiode den Blick auf die Ausbil-
75 dungsbedingungen in den saarländischen Studienseminaren. Seither stehen die Verantwortli-
76 chen für die Referendar_innenausbildung in einem engen Dialog. Ziel ist es hier, die Rahmenbe-
77 dingungen für die Lehrer_innenausbildung – unabhängig von der Schulform – dauerhaft auf ei-
78 nen gleichhohen qualitativen Standard zu bringen. Gleichzeitig soll im Rahmen der Ausbildung
79 für angehende Lehrkräfte ein Raum geschaffen werden, sich pädagogisch auszuprobieren und
80 neue didaktische Methoden gemeinsam mit ihren Fachleiterinnen und Fachleitern auszuprobie-
81 ren.

82

83 ***Aufbau eines Kompetenzzentrums Gesunde Schule***

84 Das Landesinstitut für Pädagogik und Medien ist der Ankerpunkt für ein reflektiertes und pro-
85 fessionelles Handeln der pädagogischen Kräfte an unseren Schulen. Die SPD Saar begrüßt daher,
86 dass das Ministerium für Bildung und Kultur die Angebote für Berufseinsteiger_innen verstärkt
87 und auch besonderen Zielgruppen, wie Schulleiterinnen und Schulleitern, Fortbildungsangebote
88 zur Stärkung der pädagogischen Verantwortung im System Schule machen wird.

89 Das Programm „Gesunde Schule Saarland“ lebt davon, dass Schulen bei der Entwicklung von
90 Maßnahmen vor Ort vom Landesinstitut für Pädagogik und Medien begleitet werden. Es gibt
91 nicht **das** Rezept für eine gesunde Schule. Vielmehr müssen die Standortbedingungen der Schule
92 in den Fokus genommen werden und in einer gemeinsamen Anstrengung vor Ort sowie mit dem
93 Lehrerfortbildungsinstitut und dem Ministerium geeignete Maßnahmen getroffen werden.

94 Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Aufbau eines Kompetenzzentrums Gesunde
95 Schule am Landesinstitut für Pädagogik und Medien in Dudweiler. Hier finden Lehrerinnen und
96 Lehrer, sowie alle in der Schulmitbestimmung engagierten Schüler_innen und Eltern Informati-
97 onen sowie Beratungsangebote rund um das Thema. Lehrkräfte finden hier Angebote zum
98 Coaching und zur Supervision. Teams an Schulen können Unterstützung finden bei der Entwick-
99 lung eigener schulspezifischer Maßnahmen.

100

101 ***Gesunde Schülerinnen und Schüler lernen besser.***

102 ***Sport und Bewegung***

103 Gesunde Lehr- und Lernbedingungen wirken sich auch nachhaltig auf die Gesundheit von Schü-
104 lerinnen und Schülern aus. Die SPD Saar begrüßt daher den ganzheitlichen Ansatz des Pro-
105 gramms „Gesunde Schule Saarland“ in Bezug auf die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler:
106 Das Programm lenkt den Blick auf bestehende präventive Angebote von unterschiedlichen Maß-
107 nahmenträgern an Schulen. Gerade in diesem Bereich ist der Kontakt zu außerschulischen Akt-
108 euren besonders hoch. Das Ministerium für Bildung und Kultur hat bereits im September 2013
109 eine Rahmenvereinbarung mit dem Landessportverband getroffen, um die Themen Bewegung,

110 Spiel und Sport im Ganzttag zu intensivieren. Die Angebote der Sportvereine unter dem Dach des
111 LSVS erfreuen sich vor Ort großer Beliebtheit.

112 Zur Stärkung der Themen Reanimation und Erste Hilfe steht das Ministerium im engen Dialog
113 mit den saarländischen Hilfsorganisationen. Hier geht es zum einen um die Vermittlung von an-
114 wendbarem Wissen, aber auch darum zu zeigen, dass auch diese Organisationen im Ehrenamt
115 einen großen Beitrag zur sozialen Integration in unserer Gesellschaft leisten. So lernen Schüle-
116 rinnen und Schüler auf zweifache Weise.

117 Mit dem Programm „Tai Chi in Schulen“ verfolgt das Bildungsministerium seit dem Schuljahr
118 2007/08 den Ansatz, Entspannungsübungen auf einfache Weise im Schulalltag zu integrieren.
119 Rund 30 Schulen haben sich diesem Programm bereits angeschlossen und setzen in AG-Stunden,
120 im Sportunterricht oder auch in der Oberstufe einzelne Elemente um.

121 Wichtig ist, dass bei allen Bewegungsprogrammen Lehrkräfte und Schüler_innen gleichermaßen
122 profitieren.

123

124 *Ernährung*

125 Die SPD Saar begrüßt, dass das Saarland auf dem Gebiet der Schulverpflegung bundesweit einen
126 Spitzenplatz einnimmt. Rund 33.000 Kinder und Jugendliche in Kindertageseinrichtungen und
127 Schulen erhalten laut Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung in diesem Schuljahr Schulo-
128 bst.

129 In einer gemeinsamen Anstrengung tragen die sozialdemokratisch regierten Ministerien für Bil-
130 dung und Kultur sowie für Umwelt und Verbraucherschutz u.a. mit den Schulträgern, Weiterbil-
131 dungseinrichtungen und der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung im Saarland
132 dazu bei, dass das Thema „Gesunde Ernährung“ einen besonderen Platz auf der Agenda der Lan-
133 desregierung einnimmt. So ist die Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesell-
134 schaft für Ernährung im Rahmen der Mittagsverpflegung an Ganzttagsschulen seit dem Schul-
135 jahr 2013/14 verpflichtend.

136

137 **Begründung**

138 Erfolgt mündlich.

B9

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für
Bildung Saar (AfB Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Studienorientierungskonzept für allgemeinbildende Schulen**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen, dass

4

5 alle allgemeinbildenden Schulen einen verbindlichen Auftrag erhalten, ein Berufs- und Studien-
6 orientierungskonzept zu entwickeln, mit dem die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufsori-
7 entierung und beim Übergang ins Studium unterstützt werden.

8 Dabei verpflichten sich die Schulen, den Schülerinnen und Schülern eine systematische Ausei-
9 nandersetzung mit ihren Fähigkeiten, Stärken und Interessen zu ermöglichen. Unterstützt wer-
10 den die Schulen dabei u. a. durch Kammern, Wirtschaft, Betriebe, die Bundesagentur für Arbeit
11 und den Berufsbildenden Schulen.

12 Das zentrale Ziel ist die Steigerung der Ausbildungsfähigkeit und Studienorientierung sowie Be-
13 rufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler.

14 Zur Qualitätssicherung verpflichten sich die Schulen die Maßnahmen ihres Berufs- und Studien-
15 orientierungskonzeptes zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Dabei kann auch über ein lan-
16 desweites Qualitätssiegel nachgedacht werden.

17

18 **Begründung**

19 An den Gemeinschaftsschulen und Gymnasien in Saarland werden die Schülerinnen und Schüler
20 nicht immer adäquat auf den Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Bil-
21 dung bzw. das Studium vorbereitet.

22 Zwar gibt es an den Gemeinschaftsschulen entsprechend der Gemeinschaftsschulverordnung
23 vom 01. August 2012 eine vertiefte Berufsorientierung, inklusive der Wahlpflichtfächer „Beruf
24 und Wirtschaft“ und „Arbeitslehre“, jedoch erfordert es hier insbesondere eine qualitative Über-
25 wachung der schuleigenen Konzepte. Einzelne Gemeinschaftsschulen haben sehr gute Konzepte
26 zur Berufsorientierung entwickelt, andere wiederum nicht.

27 An den Gymnasien beruht die Berufs- und Studienorientierung auf einer freiwilligen Basis und
28 beschränkt sich in der Regel auf ein einmaliges Betriebspraktikum.

29 Zwar ist festzuhalten, dass der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung oder
30 Studium durch eine Vielzahl von Berufsorientierungsprogrammen gekennzeichnet ist, trotzdem
31 gelingt es den Schülerinnen und Schülern oft nicht, auf dem direkten Weg den Übergang in die
32 berufliche Ausbildung oder ein erfolgreiches Studium zu finden.

33 Ein Großteil der gegenwärtigen Maßnahmen ist in den meisten Fällen unzureichend abge-
34 stimmt und für die Schülerinnen und Schüler viel zu kompliziert und unübersichtlich. In Folge
35 dieser Situation kommt es zur Bildung von „Warteschleifen“, Ausbildungsabbrüchen und Miss-
36 erfolgen bei der Teilnahme an Bildungsmaßnahmen.

37

38 Daher fordert die AfB eine systematische Berufs- und Studienorientierung an allen Gymnasien
39 und Gemeinschaftsschulen mit dem Ziel der Findung einer Entscheidung für einen weiterfüh-
40 renden Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler.

B10

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für
Bildung Saar (AfB Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Möglichkeit gebundener Ganztagsklassen für berufliche Vollzeitschulen**

2 Der Landesparteitag möge beschließen, dass

3 an den beruflichen Vollzeitschulen die Möglichkeit besteht, gebundene Ganztagesklassen für
4 bestimmte Schulformen einzurichten.

5 Durch die Herstellung der Ausbildungsreife bis zu Berufsabschlüssen können soziale Benachtei-
6 ligungen vermieden und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

7

8 **Begründung**

9 In beruflichen Vollzeitklassen, wie dem Berufsgrundbildungsjahr, dem Berufsvorbereitungsjahr,
10 aber auch in den beruflichen Fachschulen werden überwiegend Schülerinnen und Schüler mit
11 großen Defiziten in Selbst-, Sozial-, Fach- und oft auch Sprachkompetenzen unterrichtet. Prob-
12 leme und Traumatisierungen erschweren oft einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben und
13 eine gesellschaftliche Integration. Ursachen sind zum Beispiel familiäre Probleme (Tod von El-
14 ternteilen bzw. beider Eltern, Verwahrlosung, Missbrauch, Gewalt, etc.), Drogenmissbrauch,
15 Schulmüdigkeit bis -verweigerung, geringe Frustrationsgrenze, fehlende Kulturtechniken
16 (Pünktlichkeit, regelmäßige und gesunde Mahlzeiten, Leistungswille, Durchhaltevermögen) so-
17 wie falsche Selbsteinschätzung (Überschätzung oder mangelndes Selbstvertrauen).

18 Eine umfangreiche sozialpädagogische Betreuung ermöglicht die individuelle Förderung und
19 Unterstützung sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Die Schulung und Stärkung von
20 Kompetenzen und Kulturtechniken bilden die Grundlage für eine erfolgreiche Vermittlung in ein
21 Ausbildungsverhältnis und einen erfolgreichen Berufsabschluss als Basis für ein selbstbestimm-
22 tes Leben.

23 Gebundene Ganztagesklassen bieten dabei den zeitlichen Rahmen für individuelle Förderungen
24 und Kompetenzausbildungen. Sie fördern die Lösung der Jugendlichen aus einem negativen so-
25 zialen Umfeld und eine gesellschaftliche Integration.

B11

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für
Bildung Saar (AfB Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe im Saarland**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen, dass

4

5 die gymnasiale Oberstufe im Saarland (GOS) weiterentwickelt werden soll, um die jetzigen Ein-
6 schränkungen (z. B. in der Fächerbelegung, in den Anforderungen einzelner Fächer, in den Abi-
7 turprüfungen) für die Schülerinnen und Schüler aufzuheben. Im Rahmen der Vereinbarungen
8 der Kultusministerkonferenz soll eine fachbezogene Schwerpunktbildung (z. B. im Fremdsprach-
9 en, Naturwissenschaften- und Informatikbereich) ermöglicht werden. Damit wird eine verbes-
10 serte Berufsvorbereitung und Studierfähigkeit erreicht. Wünsche und Forderungen von Schulen,
11 Schüler- und Elternvertretungen, Hochschulen und Wirtschaft können bei der Neugestaltung be-
12 rücksichtigt werden.

13

14 **Begründung**

15 Die Reform der gymnasialen Oberstufe im Saarland 2007 machte Deutsch, Mathematik und eine
16 Fremdsprache zu sogenannten Kernfächern, die in der Abiturprüfung belegt werden müssen.
17 Eine fachbezogene Schwerpunktbildung mit entsprechenden Anforderungen, die für die Berufs-
18 vorbereitung und ein Studium förderlich wären, ist seit dieser Reform nicht mehr für alle Fach-
19 bereiche möglich. So beklagen Schulen, Schüler- und Elternvertretungen, Hochschulen und Wirt-
20 schaft, dass u. a. bestimmte Fächerkombinationen, z. B. im Fremdsprachenbereich und be-
21 stimmte Anforderungsniveaus z. B. im Naturwissenschaftenbereich nicht mehr möglich sind.
22 Außerdem sollte die Qualität einiger Fächer optimiert werden. Mit der vorgeschlagenen Ände-
23 rung wird die Vorbereitung auf spezielle Berufe oder ein entsprechendes Studium verbessert.
24 Deshalb fordert die AfB bei der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe Saar (GOS) eine
25 flexible Fächerbelegung zur Schwerpunktbildung, geänderte Anforderungsniveaus u. a. in den
26 naturwissenschaftlichen Fächern, eine flexible Belegung der Abiturprüfungsfächer sowie eine
27 kompetenzorientierte Gestaltung der Abiturprüfungen.

28 Die Forderung der AfB, die gymnasiale Oberstufe Saar (GOS) zu optimieren, soll zu einer zu-
29 kunftsfähigen Entwicklung und höheren Attraktivität des Innovationsstandortes Saarland bei-
30 tragen.

B12

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für
Bildung Saar (AfB Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Digitale Bildung als verbindliche Querschnittsaufgabe an saarländischen Schulen**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen, dass

4

5 in den saarländischen Schulen das Lernen mit und über Medien verbindliche Querschnittsauf-
6 gabe werden soll. Im Rahmen der Empfehlung der Kultusministerkonferenz „Medienbildung in
7 der Schule“ ist ein Umsetzungs-, Evaluations- und Finanzierungsplan zu entwickeln, damit Me-
8 dienbildung bzw. digitale Bildung als Beitrag zur Qualitätsentwicklung an saarländischen Schu-
9 len und als Aufgabe von Schule und Unterricht dauerhaft implementiert werden kann. Wünsche
10 und Forderungen von Schulen, Schüler- und Elternvertretungen, Hochschulen und Wirtschaft
11 können bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

12

13 **Begründung**

14 Medienbildung meint Bildung in einer digitalisierten Welt. Dabei bezieht sich der Begriff „Medi-
15 enbildung“ nicht auf die reine Nutzung technischer Gerätschaften oder Informations- oder Da-
16 tenträger. Digitale Medien durchdringen heute den Alltag derart, dass (weitreichende?) Kompe-
17 tenzen notwendig sind, um selbstverantwortlich und überlegt das eigene Leben zu gestalten.

18 Es ist unser Anliegen, alle Schülerinnen und Schüler zu befähigen, digitale Medien für das eigene
19 Leben und das eigene Lernen zu nutzen. In der heutigen Welt ist es wichtig, dass Schülerinnen
20 und Schüler schon früh Informations- und Medienkompetenzen erwerben. Sie brauchen ein Ver-
21 ständnis von der digitalen Durchdringung der Welt, von grundlegenden Funktionsweisen und
22 Verfahren digitaler Technik; sie brauchen ein Bewusstsein für die Bedeutung der digitalen Tech-
23 nik für den Einzelnen und die Gesellschaft – in ihren Chancen und Herausforderungen.

24 Aufbauend auf der „klassisch-analogen“ Bildung wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen,
25 damit bestehende Inhalte und Methoden durch die vielfältigen Lern- und Gestaltungsmöglich-
26 keiten, die sich durch digitale und vernetzte Medien für das Lernen ergeben, erweitert werden.

27 „Medienbildung in Schule und Unterricht“ meint unsere Schülerinnen und Schüler zu befähigen,
28 ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben zu führen; „Medienbildung in Schule
29 und Unterricht“ ist ein Beitrag zur Chancen- und Bildungsgerechtigkeit.

30 Die Forderung der AfB, Medienbildung als Aufgabe von Schule und Unterricht zu bestimmen,
31 bereitet das Bildungssystem auf die Erfordernisse der digitalen Welt nachhaltig vor und macht
32 es tragfähig für die Zukunft.

EU1

Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **TTIP**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen:

4 Die SPD Saar fordert, den Verhandlungsstand und die Textentwürfe zum transatlantischen Frei-
5 handelsabkommen TTIP offenzulegen. Nur folgende Verhandlungsgegenstände sind unter
6 rechtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Aspekten für die SPD Saar bei einem Freihandels-
7 abkommen möglich:

8 1. Wegfall von Zöllen

9 2. Gegenseitige Anerkennung von Industrienormen, wo möglich deren Angleichung. Schaf-
10 fung einer von den beteiligten Staaten gemeinsam getragenen Institution, in der künftige
11 Industrienormen frühzeitig auf Angleichungsmöglichkeiten zwischen ANSI-Normen und
12 Europäische Normen untersucht werden. Wo möglich neue Normen gemeinsam daraus
13 entwickeln mit dem Ziel einer ISO Normierung.

14 3. Verpflichtung zur Schaffung eines internationalen Rechtsprechungssystems für interna-
15 tionale Handelsangelegenheiten in Kooperation mit den Vereinten Nationen und der
16 WTO analog zum Internationalen Gerichtshof (IGH), zum Internationalen Strafgerichts-
17 hof (IStGH) und zum Internationalen Seegerichtshof (ISGH). Das schließt hauptberufliche
18 Richter und ein geordnetes Berufungsverfahren mit ein. Der Rechtsweg über dieses Sys-
19 tem würde für die beteiligten Staaten und alle Handelsakteure aus den beteiligten Staa-
20 ten offenstehen, sofern der nationale Rechtsweg keine ausreichende Abhilfe bietet, ana-
21 log zum Komplementaritätsgrundsatz des IStGH. Die Aufgabe dieses Gerichtssystems
22 wäre die Auslegung von Handelsabkommen zwischen den betreffenden Staaten, oder
23 den Staaten in denen die Streitparteien ansässig sind sowie deren verbindliche Durch-
24 setzung.

25

26 Alle Fragen des Verbraucher und Gesundheitsschutzes, sowie der Lebensmittelsicherheit sollten
27 in den vertraglichen Vereinbarungen explizit ausgeklammert werden, da die aktuell geltenden
28 Standards zu unterschiedlich sind und die in TTIP angestrebte Harmonisierung zwangsläufig
29 eine Absenkung europäischer Standards zum Nachteil der Bevölkerung bedeuten würde.

30 Auch künftige Regulierungsfragen müssen außerdem in erster Linie der demokratischen Kon-
31 trolle unterliegen. Eine gemeinsame Regulierung könnte daher nur über ein direkter demokra-
32 tisch legitimiertes Gremium erfolgen als es der diskutierte Regulierungsrat darstellen würde. Da-
33 her ist eine weitgehende Angleichung von Standards oder eine gemeinsame Regulierung zurzeit
34 noch nicht möglich.

35

36 **Begründung:**

37 Transparenz würde erlauben, die Verhandlungen künftig unter Beteiligung der betroffenen Völ-
38 ker zu führen, Experten einzubinden, unsere Demokratie glaubhafter zu gestalten und eine an
39 der Sache orientierte gesellschaftliche Debatte zu führen. Am Ende dieser Debatte würde eine
40 Zustimmung zu dem Abkommen durch die Parlamente dann auch wirklich den Willen der Völ-
41 ker, in deren Namen verhandelt wird, ausdrücken.

42 Die weitgehende Angleichung von Schutzstandards und Zulassungsverfahren, wie sie zurzeit de-
43 battiert wird, darf nur Verhandlungsgegenstand von Handelsabkommen sein, wenn ein gemein-
44 samer regulatorischer Rahmen auch durch eine gemeinsame demokratische Institution legiti-
45 miert werden könnte. Jedoch ist dies aktuell aufgrund der unterschiedlichen Verhältnisse und
46 Organisationsformen der Staatengemeinschaften USA und Europa nicht denkbar. Eine Anglei-
47 chung bei völlig verschiedenen Philosophien, wie etwa Nachsorge und Selbstverantwortung in
48 den USA gegenüber Vorsorgeprinzip und staatlicher Regulierung in Europa, ist kaum möglich.
49 Gegenseitige Anerkennung hingegen würde über Rosinenpickerei zu einem Wettbewerb um die
50 niedrigsten Standards führen und so den Staaten, deren Bürgern und der Wirtschaft auf lange
51 Sicht schaden.

52 Die Verhandlungen über Standards wie Umweltschutz, Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und
53 Verbraucherschutz müssten im Rahmen einer Debatte über die demokratische Verfasstheit der
54 durch ein Handelsabkommen wie TTIP, CETA oder TiSA entstehenden transatlantischen Quasi-
55 Wirtschaftsgemeinschaft erfolgen, die auch Fragen wie Besteuerung, Arbeitsrecht und Arbeit-
56 nehmerfreizügigkeit behandeln müsste.

57 Diese Problematik zeigte sich schon innerhalb der Europäischen Union sehr deutlich. Der Wirt-
58 schaftsraum Europa hat mit unterschiedlichen Wirtschaftsmentalitäten und Steuersystemen
59 bei gleichzeitiger Handels- und Bewegungsfreiheit schwer zu ringen. Die Schwierigkeiten und
60 Krisen, die dies mit sich bringt, zeigen sich derzeit deutlich am Beispiel Griechenland, aber auch
61 in anderen europäischen Staaten, selbst bei Wirtschaftsgrößen wie Frankreich. Mit TTIP, CETA
62 oder TiSA weitere komplexe Vertragswerke auszuhandeln, die quasi einen transatlantischen
63 Wirtschaftsraum schaffen, ohne eine breite öffentliche Diskussion und ein Offenlegung sämtli-
64 cher Schriftstücke und die Einbindung der klügsten Köpfe, kann nicht zur Schaffung eines funk-
65 tionierenden Systems führen.

66 Außerdem wäre ein "weiter so" nicht an die Bevölkerung vermittelbar, wie das europaweite Auf-
67 begehren der Bevölkerung gegen TTIP zeigt. Am 04.12.2014 wurden die 1. Mio. Unterschriften
68 überschritten, am 28.06.2015 sind schon über 2,2 Mio. Unterschriften bei der selbstorganisierten

- 69 europäischen Bürgerinitiative stop-ttip.org zusammengekommen. Bereits 15 Länder haben das
70 Länderquorum überschritten obwohl noch bis Oktober 2015 gesammelt wird

EU2	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Land
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **TTIP - rote Linien des 5. SPD Parteikonvents zum transatlantischen Freihandelsabkom-**
2 **men sind einzuhalten!**

3
4 Seit ungefähr zwei Jahren verhandelt die Europäische Union mit den USA über eine transatlan-
5 tische Handels- und Investitionspartnerschaft – kurz TTIP. TTIP bietet die Chance, weltweite Nor-
6 men und Standards zu setzen. Gleichzeitig verbinden viele Menschen in Deutschland berech-
7 tigte Ängste, dass TTIPP unsere Umwelt- und Sozialstandards aushöhlen wird.

8
9 Deshalb fordert der SPD-Kreisparteitag Saarbrücken-Land die SPD-Saar auf, sich auf Bundes-
10 ebene für folgende Ziele einzusetzen:

- 11
12 • TTIP muss konkrete Vorstellungen von einer zukünftigen Wirtschaftsordnung haben:
13 TTIP muss Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten in Aussicht stellen und neue
14 Maßstäbe für faire und nachhaltige globale Handelsregeln setzen.
- 15 • Die öffentliche Daseinsvorsorge und andere öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht
16 durch TTIP beeinträchtigt werden. Vor allem die öffentliche Medien- und Kulturförde-
17 rung ist vollständig zu erhalten. Öffentliche Dienstleistungen dürfen weder direkt noch
18 indirekt dazu gedrängt werden, sich zu liberalisieren oder zu privatisieren.
- 19 • Arbeitnehmerrechte und soziale Standards dürfen ebenso wie Regelungen zum Schutz
20 von Gemeinwohlzielen nicht von TTIP angetastet werden! Sie dürfen nicht als nicht-ta-
21 rifäre Handelshemmnisse interpretiert werden. In diesem Zusammenhang sind Investi-
22 tionsvorschriften nicht erforderlich, Investor-Staat-Schiedsverfahren sind abzulehnen.
- 23 • Europäische und deutsche Arbeitnehmer-, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstan-
24 dards dürfen nicht durch TTIP beeinträchtigt werden – sie sollen ausgebaut werden! Le-
25 diglich die unterschiedlichen technischen Standards und doppelten Zulassungsverfah-
26 ren sollen vereinheitlicht werden.
- 27 • TTIP muss nach Abschluss korrigiert oder gekündigt werden können und die Verhandlun-
28 gen müssen ohne Zeitdruck und transparent durchgeführt werden. Die Sozialpartner
29 und Vertreter der Zivilgesellschaft sollen in die Verhandlungen miteinbezogen werden,
30 um ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Legitimation herzustellen. Am Ende

-
- 31 sollen nicht nur die europäischen Institutionen, sondern auch alle 28 Mitgliedstaaten
32 über TTIP abstimmen.

EU3	Antragsteller: Kreisverband Neunkirchen und Ortsverein Wustweiler
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **TTIP**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen

4 Darauf hinzuwirken, die Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA über ein Transatlanti-
5 sches Freihandelsabkommen (englisch: Transatlantic Trade and Investment Partnership =TTIP)
6 auszusetzen und wegen erheblicher demokratischer und ökonomischer Risiken nicht mehr wei-
7 ter zu verfolgen. Keine intransparenten Verhandlungen mehr, keine Sonderklagerechte für Kon-
8 zerne – Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt bewah-
9 ren.

10

11 **Begründung**

12 Die Zielstellung von TTIP ist der Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen.
13 Dieser Abbau fördere das Wachstum und senke die Kosten für Unternehmen in der EU und in
14 den USA, wobei die wirtschaftlichen Effekte und die Auswirkungen auf Konzerne, Arbeitnehmer,
15 Verbraucher – interessengetrieben – sehr kontrovers diskutiert werden. Eine Transatlantische
16 Handels- und Investitionspartnerschaft hätte enorme (!) wirtschaftliche Bedeutung, da die EU
17 und USA 50 Prozent des weltweiten BIP ausmachen – der Handel der EU mit den USA umfasst
18 ein Drittel des Welthandelsvolumens. Mit dem Zustandekommen von TTIP entstünde ein Wirt-
19 schaftsblock, der 50 Prozent der Weltwirtschaft vereint und damit sicherstellt, dass über Jahr-
20 zehnte hinaus der ‚Westen‘ die Spielregeln der Weltwirtschaft aufstellt und in der Konkurrenz
21 der Weltwährungen - gegen Euro und Dollar - keine andere aufkäme.

22 In der Freihandelslogik gelten als ‚Handelshemmnisse‘ demokratisch beschlossene Maßnah-
23 men, wie z. Bsp. Produktionsstandards, Kennzeichnungspflichten, Umwelt-, Gesundheits- und
24 Sozialauflagen – denn alle diese ‚Hemmnisse‘ belasten die Konzerne mit ‚unnötigen‘ Kosten. Aus
25 diesem Grund sollen sie in TTIP massiv abgesenkt oder ganz beseitigt werden. Konkret richtet
26 sich die Kritik gegen das Vorsorgeprinzip, den Verbraucherschutz, die Arbeitnehmerinnen- und
27 Arbeitnehmerrechte, die Regulierung der Finanzmärkte, die öffentliche Daseinsvorsorge, das öf-
28 fentliche Ausschreibungs- und Beschaffungswesen, die Kulturförderung und den Datenschutz.

EU4	Antragsteller: Ortsverein Oppen
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Antrag zum Thema TTIP, TiSA und CETA**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen

4 Die saarländische SPD lehnt die geplanten Abkommen TTIP, TiSA und CETA ab. Die Abkommen
5 stellen bi- und plurilaterale Handelsverträge dar, die eine Machtverschiebung zur Folge hätten:
6 Demokratisch gewählte PolitikerInnen würden an Handlungsspielraum verlieren, während mul-
7 tinationale Konzerne und Verbände an Einfluss auf politische Entscheidungen gewinnen wür-
8 den. Diese Art von Verträgen stellt einen massiven Eingriff, insbesondere auch in unsere kom-
9 munale Selbstverwaltung und Gestaltungshoheit dar.

10

11 Die Saar-SPD wird

- 12 - die ablehnende Haltung zu den Verträgen in geeigneter Weise gegenüber der Bundes-
13 SPD, der Landes- und Bundesregierung sowie dem Europäischen Parlament deutlich ma-
14 chen und sie auffordern, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustim-
15 men.
- 16 - sich in den kommunalen Spitzenverbänden dafür einsetzen, dass diese sich ebenfalls ge-
17 gen den Abschluss bzw. die Ratifizierung der Handelsverträge positionieren.
- 18 - die Öffentlichkeit über ihre Entscheidung und ihren Widerstand gegen TTIP, TiSA und
19 CETA informieren.

20

21 **Begründung:**

22 1. Demokratie und Transparenz

23 Die Verhandlungen zu TTIP, TiSA und CETA finden weiterhin geheim und unter Ausschluss der
24 Öffentlichkeit statt. Obwohl Städte und Kommunen direkt von den Abkommen betroffen sind,
25 werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag) nicht
26 in die Verhandlungen eingebunden. Sogar die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes ha-
27 ben keinen uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Dies entspricht nicht unserem Ver-
28 ständnis von Demokratie. Vielmehr müssen alle relevanten VolksvertreterInnen so frühzeitig in
29 die Vertragsverhandlungen einbezogen werden, dass sie die Möglichkeit haben die Vertragsin-
30 halte zu gestalten.

31

32 2. Kommunale Daseinsvorsorge

33 Die Abkommen TTIP, TiSA und CETA gefährden die kommunale Daseinsvorsorge:

34 TTIP, TiSA und CETA sehen vor, alle privaten und öffentlichen Dienstleitungen zu liberalisieren,
35 wenn sie nicht explizit als Ausnahme aufgelistet werden (sogenannter Negativlisten-Ansatz).
36 Die Liberalisierung und der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge wird damit zur Regel,
37 ihr Schutz zur Ausnahme. Wir befürchten, dass Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvor-
38 sorge durch die Ausnahmeregelungen in den Abkommen nicht ausreichend geschützt sind und
39 damit liberalisiert werden müssen. Dazu gehören Bereiche, die die Kommunen in hoher Qualität
40 und unter Einbeziehung von Bürgerinteressen erbringen, wie die Wasserversorgung, die Abwas-
41 ser- und Abfallentsorgung, der öffentliche Personennahverkehr oder öffentliche Angebote im
42 Sozial- und Kulturbereich. Der Negativlisten-Ansatz wäre von erheblichem Nachteil für die Kom-
43 munen, da die Daseinsvorsorge einem ständigen Wandel unterliegt. Einen ausreichenden Schutz
44 der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir nur durch den umgekehrten sogenannten Positiv-
45 listen-Ansatz gewährt.

46

47 3. Standstill- und Ratchet-Klausel

48 TTIP, TiSA und CETA werden Re-Kommunalisierungen nicht mehr möglich machen:

49 Dafür sorgen die sogenannten Standstill- (Stillstand) wie die Ratchet-Klausel (Sperrklinke). Diese
50 Klauseln führen dazu, dass bereits durchgeführte bzw. zukünftige Liberalisierungen im Bereich
51 der öffentlichen Dienstleistungen nicht wieder aufgehoben werden können. Ein staatliches Un-
52 ternehmen wie etwa die Stadtwerke, das einmal von einem privaten Investor gekauft wurde,
53 könnte dann niemals wieder re-kommunalisiert werden.

54 In jüngster Vergangenheit wurden zahlreiche Privatisierungen öffentlicher Güter wieder rück-
55 gängig gemacht. So haben viele Gemeinden Stromnetze wieder übernommen, um die Stromer-
56 zeugung selber gestalten zu können - darunter Großstädte wie Stuttgart oder Hamburg, aber
57 auch kleine Gemeinden wie Hagnau in Baden-Württemberg. In vielen Gemeinden steht eine
58 Übernahme der Strom- oder auch Wassernetze noch aus. Die Standstill- und Ratchet-Klauseln
59 würden hier die Handlungshoheit der Kommunen unzulässig beschneiden.

60

61 4. Kommunale Handlungshoheit und öffentliches Beschaffungswesen

62 TTIP, TiSA und CETA werden die Handlungsautonomie der Kommunen in hohem Maße beein-
63 trächtigen:

64 CETA und TTIP sehen eine Reihe von Regeln für den Marktzugang von Unternehmen vor, die den
65 Handlungsspielraum von Kommunen beschneiden. Verschiedene Auflagen für den Marktzu-
66 gang werden untersagt – etwa die Begrenzung von zugelassenen Unternehmen aufgrund von
67 Quoten oder Bedarfstests. Kommunen wären damit in ihren Regulierungsmöglichkeiten deut-
68 lich eingeschränkt und könnten Einzelhändler in ihren Gemeinden nicht mehr vor Verdrängung
69 schützen.

70 Zudem schreiben die Abkommen vor, dass öffentliche Aufträge ab einem bestimmten Schwel-
71 lenwert nicht nur EU-weit, sondern auch im Land des Vertragspartners ausgeschrieben werden

72 müssen. Der politische Gestaltungswille darf in Hinsicht auf das öffentliche Beschaffungswesen
73 nicht stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische
74 Vergabe- und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.

75

76 5. Investitionsschutz für Konzerne

77 TTIP und CETA enthalten Sonderklagerechte für ausländische Konzerne, die den Rechtsstaat und
78 demokratische Beschlüsse untergraben:

79 Die Abkommen erlauben es Konzernen der anderen Vertragspartei, nationales Recht zu umge-
80 hen und einen Staat vor privaten Schiedsstellen auf Schadensersatz zu verklagen, wenn sie ihre
81 Profite durch ein neues Gesetz geschmälert sehen. Diese Paralleljustiz beschneidet den Hand-
82 lungsspielraum von Regierungen.

83 Auch Beschlüsse von Gemeinden können Anlass für solche Klagen sein. Die Stadt Hamburg hat
84 bereits negative Erfahrungen mit Konzernklagen vor privaten Schiedsstellen gemacht: So ver-
85 klagte Vattenfall Deutschland im Jahr 2009 vor einem privaten Schiedsgericht auf 1,4 Mrd. Euro
86 Schadensersatz. Grund waren die Auflagen der Hamburger Umweltbehörde für das Kohlekraft-
87 werk Moorburg. Die Umweltbehörde musste letztendlich im Jahr 2011 die gesetzlichen Auflagen
88 zugunsten von Vattenfall aufweichen.

89

90 6. Regulatorische Kompensation

91 TTIP und CETA sollen eine dauerhafte Zusammenarbeit der Vertragsparteien bei neuen Stan-
92 dards und Gesetzen einführen. Hierdurch sehen wir demokratische Verfahren unterwandert und
93 eine am Allgemeinwohl orientierte Politik in Gefahr:

94 Bestehende und neue Gesetze der Vertragsparteien sollen in einem neu eingerichteten Gre-
95 mium (Forum bzw. Rat für regulatorische Kooperation) von Handels- und BehördenvertreterIn-
96 nen sowie privaten Akteuren besprochen werden, wenn sie von einer Vertragspartei als Hemm-
97 nis für den Handel wahrgenommen werden. Zudem sollen Handelspartner und private Akteure
98 frühzeitig in die Planung neuer Gesetze einbezogen werden, um auf Handelshemmnisse hinwei-
99 sen zu können. Das führt dazu, dass viele Gesetzesvorhaben zukünftig erst mit Handelspartner
100 sowie privaten Unternehmen abgestimmt würden, bevor sie ein Parlament zu Gesicht be-
101 kommt.

102 Der Gestaltungsprozess von Gesetzen wird dadurch einer parlamentarischen Kontrolle entzo-
103 gen. Für Gemeinden und Kommunen wird die europäische Gesetzgebung damit intransparenter.

EU5

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **TTIP**

2

3 Zum jetzigen Zeitpunkt der Verhandlungen über das geplante Transatlantische Handelsabkom-
4 men zwischen der EU und den USA (TTIP) ist TTIP abzulehnen. Der Prozess ist intransparent und
5 die bisher bekannten Inhalte und Zielsetzungen dienen ausschließlich der rechtlichen Durchset-
6 zung von Konzerninteressen und damit einer weitestgehenden Ökonomisierung gesellschaftli-
7 cher Entscheidungsprozesse. Sollten die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen weiter-
8 geführt werden, sind für uns folgende Punkte unverzichtbar:

9

- 10 - Die Verhandlungen müssen offengelegt werden, damit eine breite Diskussion in der Ge-
11 sellschaft möglich ist und anschließend die einzelnen nationalen und europäischen dem-
12 okratischen Gremien darüber abstimmen können.
- 13
- 14 - Eine Absenkung von Standards sozialer, ökologischer, gesundheitlicher, kultureller und
15 politischer Art darf nicht stattfinden.
- 16
- 17 - Dort wo es internationale Standards – vor allem ILO-Standards - gibt, dürfen diese nicht
18 unterschritten werden.
- 19
- 20 - -Investitionsschutzklauseln jeglicher Art, insbesondere private Schiedsgerichte, dürfen
21 kein Bestandteil des Vertrages werden
- 22 - Neue Vertragsbestandteile dürfen nicht durch eine laufende Abstimmung politischer
23 Entscheidungen mit Unternehmen Gültigkeit erlangen – ohne neue Ratifikation durch
24 gewählte nationale demokratische Parlamente.
- 25
- 26 - Freihandelsabkommen dürfen grundsätzlich die Entwicklung regionaler Märkte insbe-
27 sondere in Entwicklungsländern nicht negativ beeinflussen.
- 28

29 Alle Abgeordnete der SPD auf allen Ebenen fordern wir auf, nicht hinter die „roten Linien“ aus
30 dem Beschluss des Parteikonventes vom 20.09.14 zurückzufallen.

31 Daher sind für uns nur folgende Verhandlungsgegenstände sind unter rechtsstaatlichen und zi-
32 vilgesellschaftlichen Aspekten bei einem Freihandelsabkommen möglich:

33 1. Wegfall von Zöllen

34 2. Gegenseitige Anerkennung von Industrienormen, wo möglich deren Angleichung. Schaffung
35 einer von den beteiligten Staaten gemeinsam getragenen Institution, in der künftige Industrie-
36 normen frühzeitig auf Angleichungsmöglichkeiten zwischen ANSI-Normen und Europäische
37 Normen untersucht werden. Wo möglich neue Normen gemeinsam daraus entwickeln mit dem
38 Ziel einer ISO Normierung.

39 3. Verpflichtung zur Schaffung eines internationalen Rechtsprechungssystems für internatio-
40 nale Handelsangelegenheiten in Kooperation mit den Vereinten Nationen und der WTO analog
41 zum Internationalen Gerichtshof (IGH), zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und zum
42 Internationalen Seegerichtshof (ISGH). Das schließt hauptberufliche Richter und ein geordnetes
43 Berufungsverfahren mit ein. Der Rechtsweg über dieses System würde für die beteiligten Staa-
44 ten und alle Handelsakteure aus den beteiligten Staaten offenstehen, sofern der nationale
45 Rechtsweg keine ausreichende Abhilfe bietet, analog zum Komplementaritätsgrundsatz des
46 IStGH. Die Aufgabe dieses Gerichtssystems wäre die Auslegung von Handelsabkommen zwi-
47 schen den betreffenden Staaten, oder den Staaten in denen die Streitparteien ansässig sind, so-
48 wie deren verbindliche Durchsetzung.

49

50 Auch künftige Regulierungsfragen müssen außerdem in erster Linie der demokratischen Kon-
51 trolle unterliegen, eine gemeinsame Regulierung könnte daher nur über ein direkter demokra-
52 tisch legitimiertes Gremium erfolgen als es der diskutierte Regulierungsrat darstellen würde. Da-
53 her ist eine weitgehende Angleichung von Standards oder eine gemeinsame Regulierung zurzeit
54 noch nicht möglich.“

55

56 Vor einer endgültigen Entscheidung über TTIP fordern wir eine Mitgliederbefragung, der ein Wil-
57 lensbildungsprozess in der Partei vorausgehen muss.

58

59 Begründung erfolgt mündlich

EU6

Antragsteller: ASG-Landesverband und AFA- Landesverband

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **TTIP**

2

3 Der Landesparteitag der SPD möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

4

5 Zum jetzigen Zeitpunkt der Verhandlungen über das geplante Transatlantische Handelsabkom-
6 men zwischen der EU und den USA (TTIP) ist TTIP abzulehnen. Der Prozess ist intransparent und
7 die bisher bekannten Inhalte und Zielsetzungen dienen ausschließlich der rechtlichen Durchset-
8 zung von Konzerninteressen und damit einer weitestgehenden Ökonomisierung gesellschaftli-
9 cher Entscheidungsprozesse. Sollten die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen weiter-
10 geführt werden, sind für uns folgende Punkte unverzichtbar:

11

12 - Die Verhandlungen müssen offengelegt werden, damit eine breite Diskussion in der Ge-
13 sellschaft möglich ist und anschließend die einzelnen nationalen demokratischen Gre-
14 mien darüber abstimmen können.

15

16 - Eine Absenkung von Standards sozialer, ökologischer, gesundheitlicher, kultureller und
17 politischer Art darf nicht statt finden.

18

19 - Dort wo es internationale Standards – vor allem ILO-Standards - gibt, dürfen diese nicht
20 unterschritten werden.

21

22 - Der Wegfall von Zollschränken und die Harmonisierung von technischen Standards zwi-
23 schen den USA und der EU bedarf definitiv keines völkerrechtlich bindenden Vertrages.

24

25 - Investitionsschutzklauseln dürfen den Unternehmen kein Klagerecht gegen Staaten we-
26 gen Gefährdung ihrer Gewinne geben.

27

28 - Neue Vertragsbestandteile dürfen nicht durch eine laufende Abstimmung politischer
29 Entscheidungen mit Unternehmen Gültigkeit erlangen – ohne neue Ratifikation durch
30 gewählte nationale demokratische Parlamente.

31

32 - Freihandelsabkommen dürfen grundsätzlich die Entwicklung regionaler Märkte insbe-
33 sondere in Entwicklungsländern nicht negativ beeinflussen.

34

35 Alle Abgeordnete der SPD auf allen Ebenen fordern wir auf, nicht hinter die „roten Linien“ aus
36 dem Beschluss des Parteikonventes vom 20.09.14 zurück zu fallen.

37

38 Vor einer endgültigen Entscheidung über TTIP fordern wir eine Mitgliederbefragung, der ein Wil-
39 lensbildungsprozess in der Partei vorausgehen muss.

40

41 Begründung erfolgt mündlich

EU7	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Sperrklausel**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar und der Bundesparteitag mögen beschließen:

4 Der SPD Kreisverband Saarbrücken-Stadt fordert den Landesverband Saar auf, sich auf dem
5 nächsten Bundesparteitag der SPD für eine Initiative zur Wiedereinführung einer Sperrklausel
6 im Gesetz über die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) einzusetzen, um der gestiegenen
7 Bedeutung des Europäischen Parlaments im Verfassungsgefüge der Europäischen Union gerecht
8 zu werden und um eine dem Ansehen der EU in der Bundesrepublik in der EU abträglichen Zer-
9 splitterung des Parteienspektrums der deutschen Mitglieder im EP zu verhindern. Zugleich soll
10 die SPD aufgefordert werden, sich auf europäischer Ebene für die längst überfällige und in den
11 Verträgen vorgesehene Schaffung eines einheitlichen Wahlrechts für die Wahlen zum EP einzu-
12 setzen.

13

14 **Begründung**

15 Die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament fanden erstmals ohne jegliche Mindestsperr-
16 klausel statt, nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem früheren Urteil zunächst die bis-
17 her geltende 5%-Klausel und dann in seinem Urteil vom 26. Februar 2014 auch die vom Bundes-
18 tag neu festgelegte 3%-Klausel für verfassungswidrig und damit ungültig erklärt hatte. Der Fort-
19 fall jeglichen Mindestanteils am Wählervotum hat zu so skurrilen Ergebnissen wie dem Einzug
20 eines „Satireabgeordneten“ (Die Partei) geführt, dessen einziges politisches Ziel ist, durch unver-
21 antwortlichen Missbrauch der Abgeordnetenvergütungen das EP in aller Öffentlichkeit dem
22 Spott auszusetzen. Das ist schädlich für das Ansehen der BRD in Europa und sollte nicht hingen-
23 genommen werden. Durch die Wiedereinführung einer Sperrklausel durch den Bundestag als dem
24 souveränen Gesetzgeber kann das verhindert werden. Bei seinen Beratungen sollte der Bundes-
25 tag u.a. auf die seit dem Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages weiter gestärkte Rolle des EP als
26 gleichberechtigtem Mitgesetzgeber der EU ebenso hinweisen wie auf dessen gestärkte Rolle bei
27 der Bestimmung und Wahl des/der Kandidaten_in für den/die Präsidenten_in der Kommission,
28 wodurch wesentliche Argumente des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 26. Februar 2014
29 entkräftet werden können.

EU8

Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Land

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Gebühren für Daten-Roaming abschaffen – Digitalen Binnenmarkt für unsere Großre-**
2 **gion schaffen**

3
4 Die Nutzung von Handys und Smartphones ist inzwischen für viele Menschen auch auf Reisen
5 alltäglich geworden ist. Doch sorgen die hohen Roaming-Gebühren der Mobilfunkanbieter dazu,
6 dass die Reisenden in ihrer Flexibilität deutlich eingeschränkt sind. Roaming-Gebühren fallen an,
7 wenn man mit seinem Smartphone im Ausland im Internet surft, SMS versendet oder telefo-
8 niert. Sie sind somit ein zusätzliches, lukratives Geschäft für alle Mobilfunkanbieter. Vor allem
9 in Grenznähe kommt es häufig vor, dass sich ein Smartphone aufgrund des starken Signals eines
10 französischen Betreibers automatisch in das französische Netz einwählt. Dadurch entstehen
11 schnell hohe Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Zur Stärkung des digitalen Bin-
12 nenmarktes sowie zum Vorteil ihrer Bürgerinnen und Bürger hat die EU nun beschlossen, diese
13 Gebühren bis zum 15. Juni 2017 schrittweise aufzuheben.

14
15 Dies gilt allerdings nicht für das Daten-Roaming – also das Übermitteln von Daten zur Internet-
16 nutzung. Hierzu wurde von der EU eine wesentlich schlechtere Regelung aus Sicht der Verbrau-
17 cherinnen und Verbraucher getroffen. Die Gebühren für die Internetnutzung sollen nicht kom-
18 plett abgeschafft, sondern lediglich begrenzt werden. Die Saarländerinnen und Saarländer, die
19 in Grenznähe wohnen oder in der Großregion arbeiten, bleiben somit durch das Daten-Roaming
20 finanziell stark belastet und die von vielen Arbeitgebern geforderte Flexibilität und ständige Er-
21 reichbarkeit sind kaum zu gewährleisten. Zudem werden Firmen und Selbstständige, die in der
22 gesamten Großregion tätig sind, wirtschaftlich benachteiligt.

23
24 Demzufolge stellen die Daten-Roaminggebühren eine entscheidende Hürde für die Freizügigkeit
25 und den freien Dienstleistungsverkehr des europäischen Binnenmarktes dar.

26
27 Deshalb fordert die SPD Saar:

- 28
29 • die Landesregierung dazu auf, sich über eine Bundesratsinitiative für die Abschaffung
30 der Daten-Roaminggebühren stark zu machen.

-
- 31 • die Abgeordneten des Saarländischen Landtages dazu auf, im Interregionalen Parlamen-
32 tarier-Rat eine gemeinsame Initiative für die Abschaffung der Daten-Roaminggebühren
33 ins Leben zu rufen.
34 • den Bundeswirtschaftsminister dazu auf, entsprechende Anstrengungen im Ministerrat
35 der EU zu unternehmen.
36 • die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes dazu auf, sich im Europäischen Parla-
37 ment für die Abschaffung der Daten-Roaminggebühren einzusetzen.

38

39 **Begründung**

40 Erfolgt mündlich.

EU9

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Umdenken in der EU-Flüchtlings- und Asylpolitik gefordert!**

2

3 Es ist ein Armutszeugnis, dass die Regierungen der 28 EU-Mitgliedstaaten es bislang nicht ge-
4 schafft haben, sich auf eine humane und solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik zu einigen. Die
5 Leidtragenden der aktuellen Situation sind die Flüchtlinge. In einem Europa ohne Binnengrenzen
6 muss Flüchtlingspolitik von allen Mitgliedstaaten gemeinsam bewältigt werden.

7

8 Die SPD Saar fordert deshalb:

- 9 - eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Das Dublin-System ist faktisch geschei-
10 tert. Es muss durch ein gerechtes und dauerhaftes Verteilsystem ersetzt werden, das alle
11 EU-Länder daran beteiligt, verpflichtend Flüchtlinge aufzunehmen. Auf Staaten, die sich
12 dem solidarischen Prinzip entziehen, muss verstärkt Druck ausgeübt werden.
- 13 - umgehende Hilfe für alle EU-Staaten, die aktuell besonders belastet sind. Die EU und ihre
14 Mitgliedstaaten müssen den Erstaufnahmestaaten praktische und finanzielle Unterstüt-
15 zung zur Verfügung stellen.
- 16 - den Ausbau der Seenotrettung im Mittelmeer, um die humanitären Katastrophen vor
17 den Toren Europas zu beenden.
- 18 - EU-weite Standards bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Der menschenwürdige Umgang
19 mit Flüchtlingen in der EU muss überall gesichert sein.
- 20 - EU-weite Normen für die Anerkennung von Flüchtlingen und bei der Gewährung von
21 Asyl. Um die Verwaltung zu vereinfachen und zu beschleunigen, eine gerechte Verteilung
22 zu ermöglichen und um die Fluchtwege erheblich zu verkürzen, ist über die Einrichtung
23 von Registrierungscentren an den europäischen Außengrenzen nachzudenken.
- 24 - ein EU-weites System der legalen und gesteuerten Einwanderung, damit Menschen auf
25 sicherem Weg nach Europa gelangen können. Europa war schon immer ein Kontinent
26 der Einwanderung und der Auswanderung und profitiert davon. Auch in Zukunft ist
27 durch die Globalisierung und die zahlreichen internationalen Konflikte mit hohen Zu-
28 wanderungszahlen zu rechnen.
- 29 - Initiativen zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, dazu gehören
30 die Stabilisierung zerfallender Staaten, die Eindämmung von Terror, Gewalt und Krieg,
31 die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Schaffung freiheitlicher, wirt-
32 schaftlicher und sozialer Perspektiven.

-
- 33 - Einen fairen Welthandel, bei dem die Europäische Union ihrer Verantwortung gerecht
34 wird. Nur Handelspartnerschaften auf Augenhöhe stärken die wirtschaftlichen Bedin-
35 gungen vor Ort.
- 36 - Besonderer Schutz für geflüchtete Frauen und Mädchen. Auf geschlechtsspezifische Be-
37 dürfnisse muss vermehrt Rücksicht genommen werden.
- 38 - Rassismus klar beim Namen benennen. Staaten, die öffentliche Kampagnen gegen
39 Flüchtlinge durchführen sowie Organisationen, Bewegungen und Personen aller Art,
40 welche Hass schüren und vor Gewalt nicht zurückschrecken, muss entschlossen die Stirn
41 geboten werden. Schweigen stärkt diese noch zusätzlich.

EU10

Antragsteller: **Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)**

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Refugees welcome!**

2

3 An diesem Wochenende konnten ca. 10.000 Flüchtlinge, die in Ungarn festgesessen hatten, end-
4 lich nach Österreich und Deutschland weiterreisen. Das Saarland hat sich bereit erklärt, 100 da-
5 von aufzunehmen. Die Jusos Saar heißen diese Flüchtlinge, die heute in Lebach ankommen, herz-
6 lich willkommen. Nach den Strapazen ihrer Reise und den Schikanen, denen sie auf der Balkan-
7 route und besonders in Ungarn ausgesetzt waren, hoffen wir, dass sie bei uns im Saarland den
8 Schutz und die Ruhe finden, die sie jetzt brauchen.

9 Unsere Pflicht ist aber nicht damit getan, die zu schützen, die es bis zu uns schaffen. Es müssen
10 unverzüglich Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in
11 und ihrer Reise durch Europa ergriffen werden.

12 Leider müssen die Vereinten Nationen ihre Hilfe in den Flüchtlingslagern im nahen Osten aus
13 Geldmangel immer stärker reduzieren, so werden z.B. die Essenrationen radikal zusamme-
14 gestrichen. Die dort fehlenden Millionen müssten doch irgendwie finanzierbar sein. Daher rufen
15 wir alle Regierungen Europas eindringlich und nachdrücklich dazu auf, dem Flüchtlingshilfswerk
16 der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem Welternährungsprogramm (WFP) schnell die benö-
17 tigten Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um die Versorgung der Flüchtlinge sicher zu stellen.
18 Wenn die Menschen vor Ort menschenwürdig versorgt werden und eine Perspektive erhalten,
19 müssten nicht so viele ihr Leben an den Grenzen der Festung Europa riskieren.

F1	Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Für eine gerechtere Erbschaftssteuer**

2

3 Die Erbschaftsteuer muss gerechter werden und damit endlich einen echten Beitrag zur Herstel-
4 lung sozialer Chancengleichheit darstellen.

5

6 Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen:

7 Am 17.12.2014 hat das Bundesverfassungsgericht nach 1995 und 2006 zum dritten Mal in Folge
8 dem Erbschaftsteuergesetz die Verfassungsmäßigkeit abgesprochen und dem Gesetzgeber auf-
9 gegeben, bis spätestens 30.06.2016 eine Neuregelung zu treffen, die den Vorgaben des Grund-
10 gesetzes genügt.

11 Die SPD Merzig-Wadern fordert die Bundesregierung daher auf, die Chance zu einer grundlegen-
12 den Korrektur der Erbschaftsteuer zu nutzen und dabei einseitiger Interessenpolitik eine deutli-
13 che Absage zu erteilen.

14

15 Die Erbschaftsteuer dient in ihrer Wirkung der Herstellung sozialer Chancengleichheit. Sie ver-
16 folgt nicht nur das Ziel der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist auch ein Instrument des
17 Sozialstaats um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen we-
18 niger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhält-
19 nismäßig anwächst. Dass hier auch im Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit eine Heraus-
20 forderung liegt, zeigt die Entwicklung der tatsächlichen Vermögensverteilung. Die Konzentra-
21 tion des Vermögens vor allem des obersten Zehntels der Bevölkerung hat im vergangenen Jahr-
22 zehnt stark zugenommen. Ursache für diese wachsende Ungleichheit ist der Umstand, dass die
23 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgel-
24 ten überdurchschnittlich gestiegen sind. Zu weitreichende Vergünstigungen der Erbschaftsteuer
25 beim Übergang von Unternehmensvermögen sind daher nicht zu rechtfertigen.

26 Auch kann das bisherige System aufgrund teilweise sehr hoher Steuertarife bei weniger begünstig-
27 ten Gruppen von Erben, die nicht von besonders hohen persönlichen Freibeträgen profitieren
28 – etwa im Falle der Vererbung unter Geschwistern oder an Neffen und Nichten –, vielfach zu
29 ungerechten Ergebnissen führen.

30 Die Erbschaftsteuer muss gerechter werden und dabei (endlich) einen echten Beitrag zur Her-
31 stellung sozialer Chancengleichheit darstellen ohne Arbeitsplätze bei mittelständischen Unter-
32 nehmen zu gefährden. Außerdem soll sie im Sinne des Koalitionsvertrags der Bundesregierung
33 einfacher werden.

34 Die SPD Merzig-Wadern fordert daher

- 35 • die Aufgabe komplizierter und „beratungsgeprägter“ Regelungen,
- 36 • eine breitere Erfassung der Erwerbe,
- 37 • eine Sicherung der Arbeitsplätze durch Entlastung der Firmenerben bei Entrichtung der
- 38 Erbschaftsteuer sowie
- 39 • eine deutliche Senkung der Steuersätze.

40

41 Im Einzelnen sollen diese Ziele durch folgende Schritte erreicht werden:

- 42 • Vollständige Freistellung von Erwerben der Ehegatten und eingetragenen Lebens-
43 partner.
- 44 • Beibehalten der persönlichen Freibeträge nach § 16 i.V.m. § 15 ErbStG nach dem sog. Fa-
45 milienprinzip (z.B. für jedes Kind/Stiefkind: 400.000 €, Enkel 200.000 €, Geschwister,
46 Nichten und Neffen 20.000 €).
- 47 • Abschaffung aller weiteren (sachlichen) Steuerbefreiungen mit Ausnahme der Befreiun-
48 gen nach § 13 ErbStG.
- 49 • Einführung nur noch einer Steuerklasse mit insgesamt nur drei Steuersätzen von 5, 10
50 und 15 Prozent, abhängig von der Höhe des Erwerbs (bei einem Erwerb bis zu 100.000
51 EUR ein Tarif von 5 Prozent, bei einem Erwerb bis zu 1 Mio. EUR ein Tarif von 10 Prozent
52 und bei einem Erwerb über 1 Mio. EUR ein Tarif von 15 Prozent, wobei ungerechte Ergeb-
53 nisse beim Stufenübergang wie bisher durch einen Härteausgleich vermieden werden).
- 54 • Möglichkeit der Stundung der Erbschaftsteuer bis zu zehn Jahre bei Betriebsvermögen,
55 Beteiligungen an Kapitalgesellschaften oder land- und forstwirtschaftlichem Vermögen
56 bei Zahlung von zehn gleichen Jahresraten. Weist der Erwerber nach, dass die jährliche
57 Eigenkapitalrendite nicht ausreicht, um die Erbschaftsteuer in einem Betrag zu zahlen,
58 erfolgt die Stundung zinslos.
- 59 • Möglichkeit der Stundung der Erbschaftsteuer beim Erwerb eines Ein- oder Zweifamili-
60 enhauses oder Wohneigentums, das der Erwerber nach dem Erwerb zu eigenen Wohn-
61 zwecken nutzt, wenn er nachweist, dass er die Steuer nur durch Veräußerung dieses Ver-
62 mögens aufbringen kann. Die Stundung wird längstens für die Dauer der Selbstnutzung
63 gewährt.

64

65 **Begründung**

66 Erfolgt mündlich

FP1

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 Familienarbeitszeit: mehr Zeit für Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf

2

3 Unsere Arbeitswelt orientiert sich mit ihrer Dauerpräsenzkultur immer noch an dem Ein-Ernähr-
4 rermodell der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
5 neben ihrer Erwerbstätigkeit familiäre Pflichten übernehmen müssen oder wollen, sind sie häu-
6 fig mit der Frage konfrontiert entweder Beruf oder Familie. Dies entspricht weder den Wünschen
7 der allermeisten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen noch ist es ökonomisch und betriebs-
8 wirtschaftlich sinnvoll, gut ausgebildete und hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
9 nehmer zu einer Auszeit aus dem Beruf mangels Möglichkeiten zu Vereinbarkeit von Familie und
10 Beruf zu zwingen.

11

12 Die Arbeitswelt und insbesondere die Arbeitszeiten müssen sich an den Wünschen der Arbeit-
13 nehmerinnen und Arbeitnehmer orientieren und gleichzeitig mithelfen, die alten Rollenmuster
14 zu überwinden. Neben der Lohnlücke und der Rentenlücke zwischen Männern und Frauen be-
15 steht auch eine erhebliche Arbeitszeitlücke, die zur Fortschreibung der alten Rollenmuster, zu
16 Benachteiligungen bei Bezahlung, Altersvorsorge und Karrierechancen von Frauen führt. Die
17 Frauenerwerbsquote ist in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich gestiegen, allerdings ist
18 das Arbeitszeitvolumen relativ konstant geblieben. Die Folge ist, dass mittlerweile mehr als 50
19 Prozent aller erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitbeschäftigung mit all ihren Nachteilen bei Be-
20 zahlung, Rentenansprüchen und Aufstiegsmöglichkeiten nachgehen. Bei den Männern sind es
21 nur knapp 18 Prozent.

22

23 Aus aktuellen Untersuchungen wissen wir, dass die meisten Frauen ihre Arbeitszeit gerne erhö-
24 hen würden und viele Männer ihre Arbeitszeiten gerne reduzieren würden. Für 60 Prozent der
25 Paare mit kleinen Kindern ist Partnerschaftlichkeit bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
26 das ideale Lebensmodell. Aber nur 14 Prozent können dieses Modell auch leben.

27 Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die pflegebedürftige Angehörige unterstützen wol-
28 len, gelingt es häufig nicht, dies mit ihrer Berufstätigkeit zu vereinbaren.

29 Deshalb brauchen wir neben einer besseren Infrastruktur für die Kinderbetreuung und die Un-
30 terstützung pflegender Angehöriger auch eine neue Arbeitszeitpolitik mit konkreten Rechtsan-
31 sprüchen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits und besserer Planbarkeit zum Er-
32 halt der Fachkräfte in den Betrieben für die Arbeitgeberseite.

33 Deshalb muss das Konzept der Familienarbeitszeit möglichst rasch umgesetzt werden. Davon
34 profitieren alle – Frauen und Männer, die Familien und auch die Wirtschaft.

35 Erste Schritte dazu haben wir mit dem ElterngeldPlus und dem Pflegezeit- und Familienpflege-
36 zeitgesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bereits gemacht.

37

38 Die Familienarbeitszeit soll Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf ermöglichen, wenn beide
39 Elternteile kleiner Kinder gleichzeitig ihre Arbeitszeit auf bis zu 30 Stunden in der Woche redu-
40 zieren wollen. Der wegfallende Lohnanteil soll durch eine Lohnersatzleistung analog zum Eltern-
41 geld ersetzt werden.

42 Die bestehenden Rechtsansprüche zur Arbeitszeitreduzierung für pflegende Angehörige müssen
43 auf möglichst alle Beschäftigte erweitert werden und ebenfalls durch eine Lohnersatzleistung
44 (1000-Stunden Budget) ergänzt werden.

45 Darüber hinaus muss der im Koalitionsvertrag vereinbarte Rechtsanspruch auf Rückkehr zur al-
46 ten Arbeitszeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz zügig umgesetzt werden sowie die bereits be-
47 stehenden Diskriminierungsverbote im Teilzeit- und Befristungsgesetz wirksam durchgesetzt
48 werden.

FP2

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Zeitpolitik als vernetzte Strategie für eine gute**
2 **Work-Life-Balance**

3
4 Wenn es darum geht, die negativen Auswirkungen der modernen Arbeitswelt auf konkrete Le-
5 benssituationen zu beschreiben, wird häufig die Metapher des Hamsterrades bemüht. Das
6 Hamsterrad verbildlicht sehr gut unser Anrennen: Wir arbeiten oft mehr als acht Stunden täglich
7 – und damit ist nur die Erwerbsarbeit gemeint. Wir nehmen Arbeit mit nach Hause. Wir beant-
8 worten E-Mails, obwohl wir im Urlaub sind. Wir „müssen“ spontan Schichten übernehmen oder
9 um 22 Uhr eine Telefonkonferenz machen, weil es in der Konzernzentrale am anderen Ende der
10 Welt eben erst 14 Uhr ist. Globalisierung und Digitalisierung haben das Hamsterrad beschleunigt.
11

12
13 Zugleich laufen immer mehr mit im Hamsterrad, nämlich gut ausgebildete Frauen, die eben
14 nicht das klassische Familienmodell leben wollen, in dem der Mann der alleinige Ernährer ist,
15 sondern gleichberechtigt eine berufliche Karriere anstreben. Das hat zur Folge, dass sich das
16 Hamsterrad verändert. Es drängt eine ganze Generation an gut ausgebildeten jungen Menschen
17 in den Arbeitsmarkt, die einer sinnvollen Arbeit nachgehen, aber zugleich nicht nur leben wollen,
18 um zu arbeiten. Sie wollen eine Balance finden – eine Work-Life-Balance. Sie wollen gute Arbeit
19 im guten Leben.
20

21 Es gibt viele unterschiedliche Vereinbarkeitsproblematiken. Politik muss gemeinsam mit Unter-
22 nehmen und Beschäftigten Rahmenbedingungen verändern oder neu setzen. Wir müssen es den
23 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – insbesondere denen mit Kindern oder zu pflegenden
24 Angehörigen – ermöglichen, ihre Zeit so einteilen und nutzen zu können, dass sie gute Arbeit
25 leisten, mit Freude arbeiten können, aber das auch in einem guten Leben.
26

27 Wir müssen den Menschen Zeitautonomie zurückgeben und die Rahmenbedingungen so gestal-
28 ten, dass die Menschen Zeit gewinnen - Zeit zum Leben, Zeit zum Arbeiten. Und das möglichst
29 flexibel und selbstbestimmt, denn die gefühlte Unvereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich
30 bei jedem Menschen an einem anderen Punkt ein.
31

32 Immer mehr arbeitende Väter wollen mehr Zeit mit der Familie verbringen. Viele Frauen dage-
33 gen, die bisher in Teilzeit arbeiten, würden gerne mehr arbeiten. Bei immer mehr Eltern gibt es
34 den Wunsch, die unbezahlte Familienarbeit gerecht aufzuteilen. Die Realität sieht aber anders
35 aus. Die Kluft zwischen realer und idealer Aufgabenteilung ist erheblich.
36 Zeitpolitik ist daher der beste Ansatzpunkt und Rahmen einer vernetzten Strategie, um den
37 Menschen eine gute Work-Life-Balance zu ermöglichen.

38

39 Wir fordern deshalb

40

- 41 • den Ausbau der Kitas weiter voranzutreiben, um insbesondere längere und flexiblere
42 Öffnungszeiten von Kitas zu ermöglichen. Dies gibt berufstätigen Eltern mehr Zeitauto-
43 nomie.
- 44 • eine stärkere Ermutigung und Unterstützung von Unternehmen, Unternehmenskitas
45 aufzubauen, um die Arbeitgeberattraktivität zu steigern und den Arbeitnehmerinnen
46 und Arbeitnehmern mit Kindern mehr Flexibilität zu ermöglichen.
- 47 • den weiteren Ausbau von Ganztagschulen zu forcieren. Eine verlässliche und qualitativ
48 gute Infrastruktur ist essentiell für die Organisation des Alltags von Familien.
- 49 • eine Ausweitung der Vätermonate. Viele berufstätige Väter wollen mehr Zeit mit ihren
50 Kindern verbringen.
- 51 • die Entwicklung einer Anreizstruktur, sodass die Elternzeit möglichst gleich unter den El-
52 tern aufgeteilt wird.
- 53 • mehr Arbeitszeit- und Arbeitsortsautonomie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- 54 • die Ermöglichung und Förderung von „Kleinen Vollzeitstellen“ sowie Job-Sharing auf
55 Führungsebene

56

57 Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion.

FP3

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare

2

3 „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“. Und die Idee der Öffnung der Ehe
4 ist schon lange in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Heute spricht zum Glück nichts
5 mehr gegen die Ehe von Homosexuellen. Vom Wesen her sind Lebenspartnerschaften und Ehen
6 schon gleich. Nur rechtlich wird eine künstliche Unterscheidung konstruiert, die aus der Zeit ge-
7 fallen ist.

8 Der Begriff der Ehe ist im Grundgesetz nicht definiert, wohl aber kann man davon ausgehen,
9 dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Ehe zwischen Frau und Mann vor Augen hatten
10 als sie der Ehe besonderen Schutz zuteilten. Das Bundesverfassungsgericht definierte 1993 den
11 verfassungsrechtlichen Begriff der Ehe noch als eine Lebensgemeinschaft aus beiden Geschlech-
12 tern und verneinte damit die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Gleichzeitig aber
13 betonte es, dass die Begriffe der Verfassung offen sind für gesellschaftlichen Wandel.

14 Nicht alle Parteien sind heute jedoch bereit, diesen gesellschaftlichen Wandel anzuerkennen.
15 Während einige künstlich versuchen, eine letzte konservative Bastion aufrecht zu erhalten, ist
16 die Mehrheit der Bevölkerung schon längst weiter. Die Überzeugung, die Ehe sei ausschließlich
17 der Bund zwischen Frau und Mann, entspringt einer vergangenen Zeit. Unsere Gesellschaft hat
18 sich weiterentwickelt.

19 Es ist heute nicht mehr das rechtlich Mögliche, sondern es sind nur die Vertreterinnen und Ver-
20 treter eines antiquierten Konservatismus, die die echte Gleichberechtigung von Menschen durch
21 ihre Starrheit aufhalten. Aus dem besonderen Schutz der Ehe ist eben nicht abzuleiten, dass
22 diese gleichgeschlechtlichen Paaren nicht offen stehen sollte. Wer die gleichen Pflichten über-
23 nimmt, muss auch die gleichen Rechte erhalten.

24

25 Viele der auch öffentlich benannten angeblichen Folgen einer Öffnung der Ehe sind nicht nach-
26 vollziehbar, sie sind irrational und vor allem homophob. Solche Äußerungen dienen einzig und
27 allein dem Zweck, Ängste zu schüren, Vorurteile zu unterstützen, Nichtwissen auszunutzen.

28

29 Die SPD Saar steht für echte und vollständige Gleichberechtigung unabhängig von Sexualität.
30 Wir wollen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Wir wollen Menschen nicht ge-
31 genseitig ausschließen. Wir wollen, dass Menschen frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt
32 leben können.

33

34 Wir fordern daher die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und ihre vollständige
35 rechtliche Gleichstellung mit heterosexuellen Paaren.

FP4	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

- 1 **„100% Gleichstellung nur mit uns! – eine Koalitionsfrage!“**
2
3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen:
4 Die SPD Saar bildet nach der Landtagswahl 2017 nur eine Koalition mit Parteien, die für die Öff-
5 nung der Ehe eintreten.
6
7 Über 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sind nach einer Umfrage für die Öffnung der
8 Ehe für homosexuelle Paare.
9 Die SPD Saar hat auf ihrem Landesparteitag 2013 einstimmig auf Antrag der Schwusos Saar be-
10 schlossen, sich für die Öffnung der Ehe einzusetzen.
11 Mit dem Versprechen „100% Gleichstellung nur mit uns!“ ist die SPD in die Bundestagswahl
12 2013 gezogen.
13
14 Sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Saarländischen Landtag findet sich eine deutliche
15 Mehrheit für die Ehe für alle.
16 Mit den Unionsparteien ist eine volle Gleichstellung homosexueller Paare weder auf Bundes-
17 ebene noch im Saarland machbar. Wenn die SPD ihre Glaubwürdigkeit bei Lesben, Schwulen,
18 Trans- und Intersexuellen wiedergewinnen möchte, kann sie nur Koalitionen mit Parteien ein-
19 gehen, die sich für die volle Gleichstellung homo- und transsexueller Menschen einsetzen.

FP5

Antragsteller: **Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos Saar)**

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Vielfalt leben im Saarland – Aktionsplan für sexuelle Vielfalt!**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4

5 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für einen saarländischen Aktionsplan für sexuelle
6 Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie einzusetzen.

7

8 Dieser Aktionsplan muss folgende Punkte enthalten:

9

- 10 1. Die Themen sexuelle Identität und sexuelle Vielfalt sind in allen Bildungs- Fortbildungs-
11 einrichtungen im Land verankert
- 12 2. Regenbogenthemen oder LSBTI-Themen werden in allen Politikbereichen mitgedacht.
- 13 3. Verbände und Akteure werden in politische Prozesse eingebunden und sie wirken in al-
14 len gesellschaftlichen Themen mit.
- 15 4. Gesundheitsziele werden nicht nur auf Präventionsarbeit für sexuell übertragbare
16 Krankheiten fokussiert.

17

18 Sexuelle Identität wird häufig auf die sexuelle Orientierung und, vor allem wenn es um Schwule
19 geht, oft auch auf HIV-Infektionen reduziert. Die Sexualrichtlinien für saarländische Schulen ist
20 ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und muss in einen saarländischen Aktionsplan mün-
21 den. „Schwul“ ist noch immer ein beliebtes Schimpfwort, nicht nur auf saarländischen Schulhö-
22 fen.

23 Hier muss sozialdemokratische Politik ansetzen und Maßnahmen entwickeln, die Diskriminie-
24 rung, Vorverurteilung und Ablehnung vorbeugen. Dazu werden unter anderem die oben genann-
25 ten Ziele benötigt. Die SPD Saar muss weiter Vorreiter in der Gleichstellungspolitik sein und sich
26 weiterhin für ein buntes und vielfältiges Land einsetzen.

FP6

Antragsteller: Kreisverband Neunkirchen

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Jugendhilfe stärken. Kein Abbau von sozialer Infrastruktur**

2
3 Im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Finanzlage von saarländischen Kommunen und
4 Landkreisen bzw. einer Existenz bedrohenden Politik der „Schuldenbremse“ im Saarland wird in
5 der öffentlichen Auseinandersetzung immer wieder eine Reduzierung der Ausgaben im Bereich
6 der Kinder- und Jugendhilfe gefordert. Die Jugendhilfe, als von den Kreisen zu erfüllende Pflicht-
7 aufgabe, bündelt einen Großteil des Kreishaushaltes. Einsparungen in diesem Bereich sind nur
8 schwer möglich, da es sich um Pflichtaufgaben des Staates handelt.

9
10 **Die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland muss ihren gesetzlichen Auftrag wahrnehmen**

11 In Deutschland hat jeder junge Mensch ein verbrieftes Recht auf Förderung seiner Entwicklung
12 und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.
13 Im 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird ausführlich erörtert, dass die Kinder-
14 und Jugendhilfe inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei und eine Normalsi-
15 tuation für alle jungen Menschen und Familien darstellt. Kinder- und Jugendhilfe hat in diesem
16 Zusammenhang einen gesetzlichen Auftrag, konkret definierte Leistungen zu erbringen, damit
17 dieses Recht verwirklicht werden kann; sie soll somit dazu beitragen, positive Lebensbedingun-
18 gen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt
19 zu erhalten und zu schaffen.

20
21 **Soziale Infrastruktur ist ein Teil der Daseinsvorsorge**

22 In den letzten Jahren wurde das Betreuungsangebot für Kinder im Vorschulalter deutlich verbes-
23 sert; der Ausbau von Angeboten für Kinder unter 3 Jahren forciert. Gleichzeitig sind die qualita-
24 tiven Anforderungen an Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsleistungen in vorschulischen Ein-
25 richtungen gestiegen. Getragen von einem breiten politischen Konsens sollen durch diese kos-
26 tenwirksamen Maßnahmen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Vereinbarkeit
27 von Familie und Beruf sicherzustellen bzw. Kindern gute Startchancen zu bieten. Vereinbarkeit
28 von Familie und Beruf ist für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die entschei-
29 dende Herausforderung.

30 Um benachteiligte Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten zu stärken, sie vor einer sozialen
31 Abwärtsspirale zu bewahren und ihnen einen Platz inmitten der Gesellschaft zu ermöglichen,

32 hat die Kinder- und Jugendhilfe passgenaue Angebote entwickelt; sie leistet damit einen wich-
33 tigen Beitrag, um jungen Menschen und letztendlich der Gesellschaft bessere Zukunftschancen
34 zu geben.

35 Mit sozialpädagogischen Angeboten fördert Kinder- und Jugendarbeit die Sozialkompetenz, die
36 Kreativität, Teamfähigkeit und die Bereitschaft junger Menschen zum sozialen Engagement so-
37 wie zur Übernahme von Verantwortung. Damit leistet sie einen wesentlichen und notwendigen
38 Beitrag zum Erhalt einer demokratischen Gesellschaft, die sich den Grundrechten der Menschen
39 verpflichtet fühlt.

40 Je besser und erfolgreicher Jugendämter in den verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugend-
41 hilfe arbeiten und Rechtsansprüche sowie andere politische Vorgaben umsetzen, desto höher
42 sind die Ausgaben in diesem Bereich.

43 Eine leistungsfähige soziale Infrastruktur als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge hilft Familien in
44 schwierigen Lebenslagen, stärkt das Gemeinwesen und wird auch für Wirtschaftsunternehmen
45 zu einem wichtigen Faktor bei der Standortwahl. Aufwendungen in diesen Bereich sind somit
46 gleichzeitig auch eine wichtige Zukunftsinvestition für ein soziales und leistungsfähiges Gesell-
47 schaftssystem.

48

49 **Die gesetzlich geforderte Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe hat ihren Preis**

50 Internationale Vergleichsstudien haben offengelegt, dass die Qualität vorschulischer Einrichtun-
51 gen verbessert werden muss, damit sie ihrem Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag ge-
52 recht werden können. An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Kinder- und Jugendhilfe sich mit
53 gestiegenen Ansprüchen in der öffentlichen Diskussion als auch in der Praxis auseinandersetzen
54 muss. Vor diesem Hintergrund sind die Jugendämter und Landesjugendämter gesetzlich ver-
55 pflichtet, Qualitätsstandards weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu kontrollie-
56 ren. Die hier kurz skizzierten Vorgaben bedingen insbesondere höhere Anforderungen an die
57 Ausbildung, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte, insgesamt einen zusätzlichen
58 Bedarf an Fachpersonal und somit entsprechende Mehrausgaben.

59

60 **Eine engere Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule ist notwendig und ein gemeinsames 61 politisches Ziel**

62 Schule gehört zu den zentralen Lebensbereichen junger Menschen und leistet einen wesentli-
63 chen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der/des Einzelnen und damit auch der Gesellschaft ins-
64 gesamt. Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in der Schule verbringen.
65 Mit den finanziellen Aufwendungen für die Eingliederungshilfe und mit ihren Angeboten der
66 Jugendsozialarbeit unterstützt und ergänzt sie die Schule in ihrem Bildungs- und Erziehungsauf-
67 trag und trägt zum Ausgleich individueller und sozialer Beeinträchtigungen und damit zur Bil-
68 dungsgerechtigkeit bei.

69

70 **Kinderschutz – das Gebot der Stunde für die Kinder- und Jugendhilfe**

71 Die Kinder- und Jugendhilfe hat in den letzten Jahren die gesellschaftspolitische Debatte um
72 eine Verbesserung des Kinderschutzes als Herausforderung angenommen, Präventions- und In-
73 terventionskonzepte entwickelt, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen weiterqualifiziert
74 und gesetzlich definierte Vorgaben zur Sicherung des Kindeswohls umgesetzt. Das Saarland hat
75 mit dem saarlandweiten Projekt „Frühe Hilfen“ hier wegweisend wichtige Impulse für die inhalt-
76 liche Ausgestaltung des Bundeskinderschutzgesetzes geben können. Zum Schutz von Kindern
77 und zur Unterstützung von Eltern, die mit der Erziehung von Minderjährigen gesellschaftspoli-
78 tisch wichtige Aufgaben, aber auch Verantwortung übernehmen, ist die Kinder- und Jugendhilfe
79 hier in besonderer Weise gefordert.

80 Gleiches gilt für unbegleitet einreisende Minderjährige, die nur durch Flucht ihr Leben retten und
81 meist traumatisiert den Kriegswirren in ihrem Heimatland entkommen konnten. Ihre Zahl ist
82 deutlich gestiegen und zwingt die Jugendämter gerade in einer Grenzregion wie dem Saarland
83 zu besonderen Anstrengungen und zu einem erhöhten Personaleinsatz. Auch das Saarland hat
84 im Rahmen eines bundesweiten Umlageverfahrens hier zusätzliche finanzielle Mehrbelastun-
85 gen zu tragen; ohne diese Mehrkosten ist Kinderschutz nicht zu leisten.

86

87 **Kinder- und Jugendhilfe leistet einen notwendigen Beitrag zur Armutsbekämpfung**

88 Der 4. Kinder- und Jugendbericht für das Saarland 2014 hat aufgezeigt, wie stark demografische
89 und sozialökonomische Faktoren die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Men-
90 schen beeinflussen, prekäre Lebenslagen und das Armutsrisiko bedingen. Familien mit Kindern
91 (darunter insbesondere die Lebensform „Alleinerziehend“ mit kleinen Kindern) tragen das
92 höchste Armutsrisiko. Das Saarland hat die höchste Alleinerziehenden-Quote im Länderver-
93 gleich, so dass hier neben den siedlungsstrukturellen Einflüssen (der Verdichtungsraum Saar-
94 land ist eher mit Stadtstaaten vergleichbar) ungünstige soziostrukturelle Rahmenbedingungen
95 gegeben sind und dadurch den Jugendämtern im Saarland „eine bedeutsame Rolle bei der Aus-
96 gestaltung einer kinder-, jugendlichen- und familienfreundlichen Umwelt und chancengerech-
97 ter Sozialisationsbedingungen“ zukommt, so der 4. Kinder- und Jugendbericht (S. 188).

98

99 **Beschäftigte in der Kinder- und Jugendhilfe stärken**

100 Keine andere Berufsgruppe steht so sehr unter Druck sich für ihre Arbeit rechtfertigen zu müs-
101 sen, wie die Beschäftigten in den Sozialberufen. Die Ursachen dieses Drucks sind mannigfaltig.
102 Zum einen ist das Arbeitsergebnis der Arbeit mit Menschen nur schwer messbar. Insbesondere
103 im Bereich der Prävention liegt kaum verwertbares Datenmaterial vor. Ein „verteidigen“ der ei-
104 genen Arbeitsleistung ist daher kaum möglich. Zum anderen verbreitet das allgegenwärtige In-
105 strument des „Qualitätsmanagements“ ein Klima der Rechtfertigung und führt zu einem über-
106 bordenden bürokratischen Arbeitsaufkommen. Wenn die öffentliche Hand den Druck auf die
107 Träger der Jugendhilfe erhöht und eine Kostenreduzierung einfordert, geben diese den Druck
108 unweigerlich an das Personal weiter. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen
109 auch uns als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Sozialberufen. Wir erken-
110 nen die Arbeit derer an, die mit unseren Kindern und Jugendlichen arbeiten und damit einen

111 unschätzbaren Beitrag für unsere soziale Infrastruktur leisten. Wir treten für die Beseitigung des
112 Lohngefälles zwischen dem industriellen Gewerbe und dem Dienst an den Menschen ein. Gute
113 Arbeit, auch in den Sozialberufen ist daher unsere Forderung.

114

115 **Gleichwertige Jugendhilfe gewährleisten – Bund muss Kommunen unterstützen**

116 Die Zukunft einer Gesellschaft entscheidet sich weitgehend in der Gegenwart, da heute die Wei-
117 chen für das Morgen gestellt werden. Versäumnisse von heute, werden in den Folgejahren als
118 Hypotheken zu höheren Ausgaben führen. Investitionen in der Kinder- und Jugendhilfe sind da-
119 her eine klassische Investition für die Zukunft und mitentscheidend für die Gestaltung der künf-
120 tigen Gesellschaft. Kinder- und Jugendhilfe hat sich somit in den letzten Jahren qualitativ wei-
121 terentwickeln müssen, um den gestiegenen Aufgaben und zukünftigen Herausforderungen an-
122 gemessen entsprechen zu können. Da die Jugendhilfe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist,
123 muss sie auch gesamtgesellschaftlich getragen werden. Eine Jugendhilfe nach Kassenlage ge-
124 fährdet das Kindeswohl und ist daher abzulehnen. Wir fordern den Bund daher auf, die Kommu-
125 nen bei diesen wichtigen Aufgaben zu unterstützen und die erforderlichen Mittel dafür bereit-
126 zustellen.

FP7	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

- 1 **Das Betreuungsgeld wurde vom Verfassungsgericht gekippt.**
- 2
- 3 Wir Jusos fordern die Bundesregierung dazu auf, die frei werdenden Mittel in den Ausbau der
- 4 Kindertagesstätten fließen zu lassen.
- 5
- 6 Begründung: Erfolgt mündlich.

G1	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Akademisierung des Hebammenwesens**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen:

4 Die SPD Saar unterstützt die primärqualifizierende Akademisierung der Hebammen in Deutsch-
5 land.

6

7 **Begründung:**

8 Der Reformbedarf der Hebammenausbildung hinsichtlich einer Transformation von einer Be-
9 rufsausbildung zum primär qualifizierenden Studiengang erschließt sich aus gesundheitspoliti-
10 schen und bildungspolitischen Aspekten.

- 11 - Die Komplexität der Aufgaben der Hebamme ist kontinuierlich gestiegen; die Kompeten-
12 zen der Hebamme erfordern in **allen Arbeitsfeldern** z.B. die Befähigung zum eigenständigen
13 Wissenserwerb für die professionelle Ausübung des Berufs in Zukunft. Die Tätig-
14 keiten sind durch hohe Autonomie und mithin ein großes eigenständiges Entscheidung-
15 spektrum gekennzeichnet. Der Auf- und Ausbau von Hebammenforschung ist notwendig
16 für die Weiterentwicklung der Profession Hebamme mit eigenen Evidenzen als Basis.
17 Diese Voraussetzungen sind unabdingbar für die zukünftige Bereitstellung einer siche-
18 ren und fundierten Geburtshilfe in einem fortschrittlichen, hoch entwickelten Land
- 19 - Darüber hinaus besteht eine rechtliche Sonderstellung in Europa, die eine deutliche Be-
20 nachteiligung der deutschen Absolventinnen im EU-Vergleich darstellt:
21 Zum einen ist der vertikale Durchstieg in den tertiären Sektor für die Angehörigen dieses
22 Berufs in Deutschland nicht gegeben, was den Bildungsaufstieg erschwert. Zum anderen
23 bestehen Hindernisse für Absolventinnen, die in einem anderen EU-Land arbeiten möch-
24 ten, da in fast allen Staaten Europas die Hebammenausbildung an Universitäten und
25 Fachhochschulen in Form eines primär qualifizierenden Studiengangs erfolgt. So sieht
26 die EU-Änderungsrichtlinie bereits Zugangsvoraussetzungen für die Hebammenausbil-
27 dung von 12 Jahren allgemeine Schulbildung / FH-Reife und trägt den Erfordernissen des
28 Berufs Rechnung.

29

30 Literatur:

-
- 31 Deutscher Bundestag (2009): Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Modellklausel in die
32 Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten, auf
33 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/136/1613652.pdf>, Zugriff 10.06.2014 (1)
34 Hebammengesetz, letzte Änderung 22. Mai 2013, auf [http://www.gesetze-im-internet.de/bun-](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/hebg_1985/gesamt.pdf)
35 [desrecht/hebg_1985/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/hebg_1985/gesamt.pdf), Zugriff 10.06.2014 (2)
36 Deutscher Hebammenverband (2014): Hebammenausbildung 2020, Positionspapier des deut-
37 schen Hebammenverbandes, auf <http://www.hebammenverband.de/>, Zugriff 30.03.15 (3)
38 Deutscher Wissenschaftsrat (2012): Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das
39 Gesundheitswesen, Drs.2411-12 vom 13.07.2012, auf <http://www.hebammenverband.de/> Zu-
40 griff 10.06.2014 (4)
41 EU-Änderungsrichtlinie 2013/55/EU (Inkrafttreten 17.01.2014) (5)

G2

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Akademisierung von Logopäden**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen:

4 Die SPD Saar unterstützt die primärqualifizierende Akademisierung der Logopäden in Deutsch-
5 land.

6

7 **Begründung:**

8 Eine einheitlich gestaltete, ausschließlich primärqualifizierende Hochschulausbildung für Logo-
9 päden/innen ist die Voraussetzung zur Gewährleistung einer flächendeckenden und qualitativ
10 hochwertigen Patientenversorgung, sowie zur Bewältigung der Herausforderungen in einem
11 Gesundheitswesen, das Wirksamkeitsnachweise von allen Beteiligten einfordert.

12

13 Die Sicherstellung der Patientenversorgung im Sinne evidenzbasierter Medizin erfordert eine
14 entsprechende Qualifikation aller Behandler, auch im Bereich der Logopädie. Aus den veränder-
15 ten Strukturen des Gesundheits- und Sozialwesens ergeben sich neue Anforderungen: Auf der
16 einen Seite eine eigenständige, selbstverantwortliche, logopädische Diagnostik und Therapie,
17 auf der anderen Seite aber auch ein kooperatives, interdisziplinäres Arbeiten zur verbesserten
18 Versorgung der Patienten. Dies erfordert Kompetenzen, die sich neben dem therapeutischen
19 Selbstverständnis und Handeln auch auf Unterstützung und Begleitung, Hilfe bei der Lebensbe-
20 wältigung, Förderung, Beratung und Anleitung der Patienten und ihrer Angehörigen beziehen
21 (siehe Komponenten und Kriterien der ICF). Anders als beispielsweise in der Pflege kann die
22 Stimm-, Sprech-, Sprach- und Schlucktherapie nicht arbeitsteilig erfolgen. Denn ähnlich wie bei
23 der Psychotherapie bedarf es bei der Logopädie eines intensiven kommunikativ-therapeutischen
24 Prozesses, der eine vertrauensvolle und kontinuierliche Beziehung zwischen Patient/in und
25 Therapeut/in voraussetzt.

26

27 Die Erweiterung des Behandlungsspektrums erfordert den Einsatz neuer Methoden und Verfah-
28 ren sowie die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und führt darüber hinaus auch zu Frage-
29 stellungen, die nur mit Hilfe einer evidenzbasierten Therapieforschung bearbeitet werden kön-
30 nen.

-
- 31 Daher müssen Logopäden/innen in ihren theoretischen und praktischen Kompetenzen gestärkt
32 werden, um den wachsenden wissenschaftlichen Anforderungen des Berufsalltags zu genügen.
33 Diese speziellen Anforderungen ergeben sich beispielsweise aus den Rahmenempfehlungen
34 nach §125 SBG V zur Erbringung logopädischer Leistungen.

G3	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Erste Hilfe rettet Leben**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen:

4 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und den Kultusminister auf sich für eine Einführung eines
5 verpflichtenden Erste-Hilfe Kurses in der Schule einzusetzen.

6 Dabei soll jeder Schüler ab der 9. Klasse jedes Jahr an einem eintägigen Erste-Hilfe Kurs in der
7 Schule teilnehmen.

8

9 **Begründung:**

10 Es ist sehr wichtig, wenn ein Mensch gefunden wird, der keine Atmung mehr hat und bewusstlos
11 ist, dass zuerst Hilfe gerufen wird und dann mit der Wiederbelebung begonnen wird.

12 Irgendeine Reanimation ist besser als keine!

13 Viele haben Angst bei einer Reanimation dem Menschen zu schaden und wissen nicht wie man
14 eine Reanimation durchführt. Die meisten lernen nur ein einziges Mal, beim Erste-Hilfe Kurs für
15 den Führerschein, wie reanimiert wird. Dies ist zu wenig, um sich sicher zu fühlen und im Ernst-
16 fall ohne Zögern mit einer Reanimation zu beginnen.

17 Wird hingegen ab der 9. Klasse der Erste-Hilfe Kurs auch in der Schule angeboten und das erforderliche
18 Schulungsmaterial vorgehalten, lernen die Schüler wiederholt wie man wiederbelebt.
19 Dadurch wird die Angst gemindert etwas falsch zu machen! Durch schnellere und bessere Re-
20 animation können viele Menschenleben gerettet werden, oft im direkten Familienumfeld.

21 Darüber hinaus ist grundlegendes Erste-Hilfe-Wissen auch in anderen Situationen hilfreich: Es
22 verbessert die Genesungschancen bei allerlei Verletzungen durch richtige Erstversorgung. Es
23 hilft beim Erkennen und Erstversorgen von Schock, Hitzeschlag, Dehydration, Unterzuckerung
24 und vielen anderen Gesundheitsproblemen, die fast jedem in seinem Leben begegnen. Manche
25 Probleme lassen sich durch das gesteigerte Problembewusstsein sogar vermeiden.

G4	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Organspenden rettet Leben**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen und an den SPD Bundesparteitag
4 weiterleiten:

5 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf sich für die folgende Änderung des Organspenden-
6 gesetzes einzusetzen: Jeder hirntote Mensch, der die Erfordernisse zur Organspende erfüllt,
7 spendet seine Organe, außer er oder sein gesetzlicher Vertreter hat zu Lebzeiten entschieden,
8 dass er dieses nicht möchte.

9

10 **Begründung:**

11 Nach den Organspendenskandalen in der vergangenen Zeit sind die Zahlen der Organspenden
12 zurückgegangen. Dies kostet viele schwer kranke Menschen, die auf diese Organe angewiesen
13 sind das Leben. Mit der o.g. Regelung schafft man es mehr Organe gespendet zu bekommen - es
14 rettet Leben. Diese Regelungen haben viele unserer Nachbarländer. Fährt man z.B. nach Frank-
15 reich und stirbt dort, dann werden die Organe in Frankreich gespendet, außer man hat ein
16 Schriftstück dabei, das die Organspende ausschließt. Diese Regelung soll auch in Deutschland
17 gelten.

18 Seit November 2012 wird in Deutschland jeder über 16 Jahre von der Krankenkasse angeschrie-
19 ben, ob dieser Organe spenden möchte. Die Entscheidung zur Spende bleibt dadurch weiterhin
20 freiwillig. Nur etwa jeder 4. hat einen Ausweis.

21

22 Zurzeit ist es so, dass wenn ein Mensch stirbt und Organe spenden könnte, überprüft wird, ob
23 dieser einen Organspendeausweis hat, der diese Situation regelt. Hatte dieser jedoch keinen,
24 dann entscheiden die Angehörigen. Dies belastet diese zusätzlich, sie müssen dem mutmaßli-
25 chen Willen des Verstorbenen gerecht werden. Sie entscheiden sich oft gegen die Spende, vor
26 allem, wenn vorher nicht über dieses Thema gesprochen wurde. Da die Spender meist jung sind,
27 haben diese sich wenig mit dem Tod und somit mit der Organspende zu Lebzeiten beschäftigt.

28

29 Organspende ist ein sehr sensibles Thema, dies soll keine Forderung sein, bei der jede und jeder
30 verpflichtet wird Organe zu spenden. Möchte man dies nicht, dann soll dies schriftlich ausge-
31 schlossen werden können. Ein Widerspruch zur Organspende könnte etwa in Personalausweis

32 oder Führerschein eingetragen werden. Dazu würde bei jeder Beantragung eines solchen Doku-
33 ments nachgefragt werden, ob man der Spende widersprechen möchte. Eine Neuentscheidung
34 wäre jederzeit durch Mitführen eines entsprechend ausgefüllten Organspendeausweises neue-
35 ren Datums möglich. Durch diese Regelung würden dann deutlich mehr Organe zur Verfügung
36 stehen, dadurch fällt die künstliche Verknappung weg und die Gefahr des Missbrauchs sinkt
37 deutlich, sodass es erst gar nicht mehr zu Skandalen kommt.

G5	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Zulassung zum Medizinstudium**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen:

4 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür ein zu setzen, dass die Medizinische Fakultät der Universität des Saarlandes die Zulassungskriterien zum Medizinstudium nach folgenden
5 Kriterien überarbeitet:

6 Vorauswahl

- 7
- 8 • Homburg muss auf Platz 1 bis 3 der Ortspräferenz liegen.
 - 9 • Abiturienten werden bis zu einer Abiturdurchschnittsnote bis 2,5 berücksichtigt.

10 Auswahlkriterien

- 11
- 12 • Berücksichtigung einer Ausbildung im Bereich der Gesundheitsfachberufe nach dem
13 Freiburger Model: Für eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem medizinischen
14 Fachberuf eine Verbesserung von 0,1 im Durchschnitt pro Halbjahr Ausbildung und Berufstätigkeit; insgesamt maximal 0,5.
 - 15 • Berücksichtigung des FSJ und Bufdis im Gesundheitsbereich mit einer Verbesserung von
16 0,1 im Durchschnitt.

17

18 **Begründung:**

19 Die Vergabe der Studienplätze für Medizin erfolgt zentral über hochschulstart.de. Dabei gehen
20 20% der Plätze an die Abiturbesten, 20% über die Wartezeit und 60% kann die Hochschule selber
21 auswählen, wobei die Abiturdurchschnittsnote die größte Berücksichtigung finden muss. Die
22 Universität des Saarlandes (UdS) lässt diese 60% komplett von hochschulstart.de nur über den
23 Numerus Clausus auswählen. Die meisten anderen Universitäten haben zusätzliche Auswahlkri-
24 terien eingeführt.

25

26 Die UdS muss dringend ihr Zulassungsverfahren ändern. Wir fordern, dass Berufserfahrung in
27 Gesundheitsbereichen positiv berücksichtigt wird. So muss zurzeit ein Bewerber mit einem
28 Durchschnitt von 1,8 mindestens 14 Semester auf einen Studienplatz warten. Würde dieser je-
29 doch eine Ausbildung in einem Gesundheitsberuf machen, könnte dieser durch diese Regelung
30 schon nach der Ausbildung anfangen zu studieren und müsste nicht noch 3-4 weitere Jahre auf
31 den Platz warten.

32

33 Wir brauchen Studierende, die an der Praxis interessiert sind und den Beruf ausüben wollen. Da-
34 her wollen wir eine Ausbildung oder ein Praktikum in einem Gesundheitsberuf belohnen!

35 Zusätzlich sollen sich die Bewerber darüber Gedanken machen, an welcher Universität sie stu-
36 dieren möchten. Wir brauchen mehr Studierende und somit auch spätere Ärzte, die im Saarland
37 bleiben. Die Studierenden, die sich bewusst für Homburg und das Saarland entschieden haben,
38 werden auch eher als Ärztinnen und Ärzte im Saarland bleiben.

39

40 Wir fordern mit Absicht nicht die Einführung eines Medizinertestes. Dieser ist lernbar, es gibt
41 mittlerweile einige Anbieter, die für viel Geld eine Vorbereitung anbieten. Dadurch werden Men-
42 schen mit weniger Geld benachteiligt, dies lehnen wir ab.

G6	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Befundung muss vergütet werden**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen:

4 Wir fordern, dass die Befundung durch Physiotherapeuten zukünftig, ebenso wie die Befundun-
5 gen durch Ergotherapeuten und Logopäden, vergütet wird.

6

7 **Begründung**

8 Die Befundung umfasst die Erhebung der Daten und die Dokumentationen derselben.

9 Im Rahmen des Patientenrechtegesetzes bekamen die Patienten mehr Rechte, die Heilmitteler-
10 bringer jedoch mehr Pflichten, meist ohne eine zusätzliche Vergütung.

11 Ein Beispiel dafür ist etwa die Rezeptprüfpflicht, so ist der Physiotherapeut dafür verantwortlich,
12 dass das Rezept durch den Arzt richtig ausgefüllt wurde, bevor der Physiotherapeut therapiert,
13 sonst wird seine Leistung nicht von den Kassen übernommen.

14 Besonders gravierend ist diese unbezahlte Mehrarbeit bei der Befundung: der Physiotherapeut
15 muss seine Patienten befunden und den Befund dokumentieren - mitunter ein erheblicher Auf-
16 wand - der nicht vergütet wird. Die erforderliche Zeit für die Befundung geht zu Lasten der The-
17 rapiezeit der Patienten. Dieser Missstand soll aufgehoben werden, indem die Befundung wie
18 eine Behandlung vergütet wird. Im Bereich der Logopädie und der Ergotherapie ist dies bereits
19 der Fall.

G7	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Finanzierung der Aufgaben im Gesundheitswesen**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen und an den SPD Bundesparteitag
4 weiterleiten:

5 Wir fordern die SPD auf Landes- sowie auf Bundesebene auf, Modelle zur Finanzierung der Auf-
6 gaben des Gesundheitswesens auf solidarischer Basis zu entwickeln, sodass jeder Bürger sich
7 nach seinen Kräften, das heißt einkommenssteuerabhängig, an einer nachhaltigen Finanzierung
8 von Infrastruktur, Prävention und Gesundheitsversorgung beteiligt.

9

10 **Begründung**

11 Die Angebote im Gesundheitswesen werden für alle Bürger vorgehalten und werden bei Bedarf
12 von jeder und jedem in Anspruch genommen. Daher sollte die Finanzierung dieser Angebote
13 auch solidarisch, sprich abhängig vom steuerpflichtigen Einkommen, auf alle Bürger verteilt wer-
14 den.

G8

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Organisation einer ressortübergreifenden zeitnahen Umsetzung des Gesetzes zur Stär-**
2 **kung der Gesundheitsförderung und der Prävention im Saarland**

3

4 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen:

5

6 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, effiziente und kompetente Strukturen zur Umsetzung
7 des Präventionsgesetzes im Saarland zu schaffen, indem die bestehenden Strukturen gestärkt
8 werden, statt neue Doppelstrukturen anzulegen. Konkret heißt das, zeitnah entsprechend §20f
9 des Präventionsgesetzes eine Landesrahmenvereinbarung abzuschließen, in die alle wichtigen
10 Akteure des Landes eingebunden werden.

11

12 **Begründung**

13 Der Deutsche Bundestag hat am 18.06.15 das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung
14 und der Prävention als Bundesgesetz beschlossen.

15 Stärkung der Gesundheitsförderung soll danach direkt im Lebensumfeld der Menschen angesie-
16 delt sein (Kita, Schule, Arbeitsplatz, Pflegeheim, in der Gemeinde). Vorgesehen ist unter anderem
17 eine Weiterentwicklung der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder, Jugendliche und Er-
18 wachsene sowie die Verbesserung des Impfschutzes mit dem Ziel, Krankheiten zu vermeiden,
19 bevor sie entstehen. Damit ist die Verantwortung für eine effiziente Umsetzung des Gesetzes in
20 hohem Maße Landesaufgabe.

21 Gesundheitspolitik muss Prävention als Basisaufgabe für die Versorgung aller Bürgerinnen und
22 Bürger verstehen. Wer Lebensbedingungen hat, in denen er sich entwickeln kann und es früh
23 lernt, gesund zu leben, fürsorglich und achtsam mit sich umzugehen, wird sowohl mit körperli-
24 chen als auch mit seelischen Herausforderungen besser umgehen können und damit in Folge
25 weniger Krankenbehandlung benötigen.

26 Die ASG setzt sich dafür ein, den Leitgedanken der Förderung der Gesundheit im Sinne des
27 "Health-in- all-Policies" Ansatzes der WHO (Helsinki 2013), also einer gesamtgesellschaftlichen
28 Verantwortung, als Querschnittsaufgabe von Gesundheits-, Kultur-, Sozial-, Arbeits-, Finanz- und
29 Umweltpolitik als Basisaufgabe in die Landesentwicklung einzubringen.

30 Die Begriffe "Prävention" und "Gesundheitsförderung" sollten also nicht auf rein medizinisch zu
31 konnotierende Maßnahmen beschränkt bleiben, sondern auch die wachstumsfördernde Teil-
32 habe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben in einer gesunden Umwelt berücksichtigen.
33 Ein wirtschaftlich gesundes Saarland braucht gesunde und motivierte Menschen, die ihre Kraft
34 und Kreativität hier einsetzen möchten.

35 Die ASG-Saar setzt sich für eine systemische Betrachtung wachstumsfördernder Bedingungen
36 ein, für die Schaffung von Organisationsstrukturen und die Realisierung von Maßnahmenkata-
37 logen vor Ort, wobei die bisherigen Maßnahmen in Institutionen wie Kitas, Schulen, an Arbeits-
38 plätzen, im Rahmen von Stadtteilprojekten u.a. mit einzubeziehen sind.

39 Insgesamt heißt das, die zur Verfügung stehenden Mittel vor allem einzusetzen, um einen Bei-
40 trag zum Abbau sozialbedingter sowie geschlechtsbezogener ungleicher Gesundheitschancen
41 zu leisten. Dazu sollten alle saarländischen Leistungsanbieter/ Kooperationspartner beratend
42 einbezogen werden, insbesondere der Kooperationsverbund "Gesundheitliche Chancengleich-
43 heit" als eine in allen 16 Bundesländern bestehende Struktur. Gleichzeitig ist sicher zu stellen,
44 dass die zentralen Settings wie Stadt, Gemeinde, Dorf, Stadtteil, Quartier bei der Umsetzung von
45 Maßnahmen einbezogen und angemessen berücksichtigt werden. Bei der betrieblichen Gesund-
46 heitsförderung ist besonderes Augenmerk auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kleiner Be-
47 triebe zu richten; dort können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bisher kaum Angebote zur Ge-
48 sundheitsförderung nutzen. Die zu Verfügung stehenden Mittel für betriebliche und nicht-be-
49 triebliche Gesundheitsförderung sind möglichst gemeinschaftlich einzusetzen.

G9	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Direktzugang als Modellprojekt**

2

3 Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

4 Wir fordern die Einführung des Direktzuges zum Physiotherapeuten als Modellprojekt im
5 Saarland.

6

7 **Begründung**

8 Zurzeit erstellt der Arzt eine Heilmittelverordnung für Physiotherapie, dort müssen u.a. die Di-
9 agnose und die Behandlungsart aufgeführt sein, sowie die korrekten Patientendaten und Insti-
10 tutionsnummer des Arztes.

11 Das Modell des Blanko Rezeptes, bei dem der Arzt eine Blankoverordnung nur mit einer Diagnose
12 ausstellt wird gerade erfolgreich von zwei Berufsverbänden, dem Bundesverband selbstständiger
13 Physiotherapeuten (IFK) und dem Verband Physikalische Therapie (VPT) erprobt. Die endgül-
14 tigen Auswertungen werden zum Ende des Jahres 2015/Anfang 2016 erwartet. Die Zwischener-
15 gebnisse sind äußerst vielversprechend und können beim IFK erfragt werden.

16 Die Blankoverordnung sollte aber nur ein Zwischenschritt sein, hin zum eigentlichen Direktzu-
17 gang des Patienten zu einem Physiotherapeuten. Patienten mit Problemen des muskuloske-
18 lettalen Systems können so direkt vom Physiotherapeuten mit geeigneter Qualifikation behan-
19 delt werden. Im Sinne einer effizienten Versorgungsstruktur kann das den Arzt deutlich entlas-
20 ten und für den Patienten die Wartezeiten bis zur Behandlung verkürzen.

G10	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Die Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema in den Fokus rücken**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen und an den SPD Bundesparteitag
4 weiterleiten:

5 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, die Gesundheitspolitik in den anstehenden Wahl-
6 kämpfen als Wahlkampfthema in den Fokus zu rücken.

7

8 **Begründung**

9 Krankenversorgung und -behandlung sowie Gesundheitsförderung betrifft alle Menschen in je-
10 der Phase ihres Lebens.

11 Versorgungssicherheit, Bürgerversicherung, Prävention, Pflege, Inklusion u.a. sind derzeit so-
12 wohl in den Medien als auch bei Bürgerinnen und Bürgern viel diskutierte gesundheitspolitische
13 und gesellschaftspolitische Themen. Zum einen was die Aufspaltung der Bevölkerung in besser
14 und schlechter versorgte Menschen betrifft und die möglichen Versorgungsleistungen und -eng-
15 pässe, zum anderen auch die Finanzierung des Systems und die Grenzen der Finanzierung.

16 Die Präsentation eines klaren sozialdemokratischen gesundheitspolitischen Profils holt die Men-
17 schen bei ihren existenziellen Fragen ab und bietet ihnen klare Antworten und damit eine gute
18 Grundlage für die Wahl sozialdemokratischer Politiker in das Landes- und Bundesparlament.

G11	Antragsteller: ASG Saar und Jusos Saar
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Bundesweit angemessene Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr für Medizinstu-**
2 **denten**

3
4 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen und an den SPD Bundestagsparteitag
5 weiterleiten:

6
7 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die folgende Änderung der Approbations-
8 ordnung einzusetzen:

9 Die Aufwandsentschädigung für Medizinstudierende im Praktischen Jahr muss bundesweit auf
10 den Betrag des BAföG Höchstsatzes, geregelt in § 13 BAföG, festgelegt werden.

11
12 **Begründung:**

13 Die geltende Approbationsordnung von 2013 gestattet es den Medizinstudierenden im Prakti-
14 schen Jahr (PJ) eine Aufwandsentschädigung zu zahlen, auf der Grundlage des § 13 des Bundes-
15 ausbildungsförderungsgesetzes (BAföG). Daraus folgt eine Deckelung der Aufwandsentschädi-
16 gung bei aktuell 597€ monatlich. Dies setzt sich aus 373€ für die Hochschule plus 49€ fürs Woh-
17 nen bei den Eltern, bzw. plus 224€ für das nicht bei seinen Eltern Wohnen.

18
19 In der Praxis werden bundesweit Aufwandsentschädigungen von 0€ bis 597€ gezahlt.
20 Auf Seiten der Studierenden wird die Höhe der Aufwandsentschädigung so zu einem maßgebli-
21 chen Kriterium bei der Wahl ihrer PJ-Stelle. Das Kriterium Ausbildungsqualität läuft dabei Gefahr
22 in den Hintergrund zu treten.

23 Zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes sind viele Studierende auf Zuverdienste angewiesen.
24 Während des PJ werden sie häufig als Vollzeitkräfte fest eingeplant. Durch den Arbeitsumfang
25 und die Arbeitszeiten sowie den studienbedingten Zeitaufwand werden Zuverdienstmöglichkei-
26 ten massiv eingeschränkt oder gehen zu Lasten von Konzentration und Leistungsvermögen, da-
27 mit nicht zuletzt zu Lasten der Patientensicherheit.

28
29 Auf Seiten der Universitätskliniken und Lehrkrankenhäuser zählt die Höhe der Aufwandsent-
30 schädigung als wichtiges Werkzeug um Assistenzärzte zu gewinnen, da diese ihre zukünftigen
31 Assistenzärzte meist während des PJ im eigenen Haus anwerben.

32

-
- 33 Die angemessene, bundesweit einheitliche Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG-
34 Höchstsatzes stellt keinen Standortvorteil dar, sondern sorgt dafür, dass sich die Universitätskli-
35 niken und Lehrkrankenhäuser an der Qualität ihrer Lehre messen lassen müssen und nicht an
36 den finanziellen Anreizen für die Medizinstudierenden.

G12	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Therapiekostenübernahme bei Lipödemen**

2
3 Das Lipödem ist eine Erkrankung an der zurzeit etwa 4 Millionen Frauen in Deutschland leiden.
4 Durch einen Defekt der körpereigenen Fettzellen, kommt es zu einer unnatürlich starken Ver-
5 mehrung dieser im Unterhautgewebe. Dies führt in der Regel zusätzlich zu Wassereinlagerun-
6 gen, also Gewebsschwellungen, die meist mit starken Schmerzen und Bewegungseinschränkun-
7 gen einhergehen. Da die Krankheit fortschreitend ist, können viele Frauen bereits nach wenigen
8 Jahren nicht mehr arbeiten, unter Umständen nicht einmal mehr einfache, alltägliche Dinge
9 selbst erledigen. Dies stellt natürlich auch eine enorme psychische Belastung dar. Sport und ge-
10 sunde Ernährung können zwar die Prognose bessern, aber nicht die Ursache bekämpfen. Die ein-
11 zige tatsächlich effektive (wenn auch möglicherweise nur temporäre) Therapie besteht in der
12 Entfernung überschüssigen Fettes, einer sogenannten Liposuktion. Dieser Eingriff ist zwar mini-
13 malinvasiv aber kostspielig. Darum wird er aktuell von den Krankenkassen nicht übernommen.

14
15 Doch all diese Frauen haben das Recht, dass ihr Leiden endlich gänzlich als Krankheit anerkannt
16 werden! Sie haben das Recht, dass die Kosten der für ihre physische und psychische Gesundheit
17 wichtigen Operation übernommen werden!

- 18
19 **Wir fordern daher:**
- 20 - Die Krankheit vollständig anzuerkennen und entsprechend in der ICD 10 Klassifikation
 - 21 einzugliedern
 - 22 - die komplette Übernahme der Kosten für die Liposuktion durch die Krankenkasse

G13	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Gesundheitsmodernisierungsgesetz – Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für**
2 **Menschen mit geringen Einkommen**

3
4 Die SPD Saarbrücken-Stadt fordert die saarländischen SPD Bundestagsabgeordneten sowie die
5 SPD Landtagsabgeordneten (über eine Bundesratsinitiative) auf, sich für eine kostenfreie Ab-
6 gabe von Verhütungsmitteln für Menschen mit einem geringen Einkommen (ALG II / Hartz IV)
7 einzusetzen.

8
9 **Begründung**

10 Bedingt durch die Veränderungen, die durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (2004) so-
11 wie durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Zuge von Hartz IV wird der
12 Zugang zu Verhütungsmitteln massiv eingeschränkt und somit ein Menschenrecht auf sexuelle
13 und reproduktive Gesundheit, dessen Grundstein bereits 1968 anlässlich der UN-Menschen-
14 rechtskonferenz in Teheran gelegt und im Rahmen späterer Konferenzen immer wieder bestärkt
15 wurde, im weitesten Sinne außer Kraft gesetzt.

16 Zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit gehört auch, ein befriedigendes und ungefährli-
17 ches Sexualleben zu haben, ein Recht auf Freiheit von sexuellem Zwang und sexueller Gewalt,
18 es bedeutet aber auch, die Freiheit zu haben, ob und wann Kinder gewünscht werden.

19
20 Eng damit verbunden ist das Recht auf Informationen zum Zugang zu Verhütungsmitteln und
21 /oder zu modernen Formen der Familienplanung.

22 Von den durch die „Reformen“ geänderten Bedingungen sind insbesondere ALG II / Hartz IV Be-
23 zieherinnen betroffen und für sie verliert das o.g. Menschenrecht seine Gültigkeit.

24 Wurde diesen Frauen in der Vergangenheit – also vor 2005 – auf der Basis der sogenannten
25 „Hilfe zur Familienplanung“ die Kosten für Pille etc. seitens der Sozialämter gewährt, so stehen
26 ihnen jetzt monatlich circa 17,00 € als Pauschale für Gesundheitspflege zur Verfügung (Lediglich
27 für Frauen bis 18 bzw. 20 Jahren werden die Kosten für die Verhütung übernommen.).

28 Hiervon ist eine Finanzierung von Verhütungsmitteln nicht machbar (Pille pro Monat zwischen
29 5,00 und 22,00, Verhütungsring circa 16,00 bis 22,00, Spiralen einmalige Kosten für mehrere
30 Jahre circa 300,00 bis 400,00 €; Sterilisation etwa 400,00 bis 800,00 €).

31 In diesem Kontext hat die Profamilia Saarbrücken die Erfahrung gemacht, dass zwar die Anzahl
32 der Schwangerschaftsabbrüche in den letzten Jahren relativ gleichgeblieben ist, aber bei circa
33 40% dieser Abbrüche wird als Hauptgrund die finanzielle Situation durch den Bezug von ALG II /
34 Hartz IV angegeben.

35

36 Inzwischen gibt es bereits Bundesländer (Baden-Württemberg), Landkreise und Kommunen, die
37 auf freiwilliger Basis bzw. als Projektförderung die Kosten übernehmen.

38 Es darf aber nicht sein, dass das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit an den Wohnort
39 der Frau gekoppelt ist.

G14	Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Paritätische Finanzierung im Gesundheitssystem wieder herstellen.**

2

3 Die paritätische Finanzierung ist einer der Grundpfeiler der gesetzlichen Krankenversicherung.

4 Das Gesundheitssystem muss auch in Zukunft solidarisch finanziert werden.

5 Die SPD Saar fordert die Bundesregierung auf, die paritätische Beitragsfinanzierung in der GKV

6 noch in dieser Wahlperiode wiederherzustellen. Die Arbeitgeber müssen auch in Zukunft an den

7 steigenden Kosten im Gesundheitswesen beteiligt bleiben.

IJ1	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Transparenz verbessern – gegen den Ausverkauf der Demokratie!**

2
3 Die SPD Saar fordert die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters in Bundes- und Lan-
4 desparlamenten, in einer für die Öffentlichkeit einsehbaren Datenbank, in der Lobbyarbeit be-
5 treibende Akteure Informationen über ihre Arbeit und deren Finanzierung offenlegen müssen.
6 Zunehmende finanzielle und personelle Verflechtungen gefährden die Unabhängigkeit demo-
7 kratischer Institutionen und die Ausgewogenheit politischer Entscheidungen.

8 ‚Outsourcing‘ von Gesetzesinitiativen an Anwaltskanzleien und Denkfabriken schränkt die poli-
9 tische Mitgestaltung in den Parlamenten immer mehr ein und entzieht sich weitgehend jedwe-
10 der Kontrolle. Wenn Abgeordnete zudem Honorare dafür erhalten, die Interessen von Unterneh-
11 men und Verbänden parlamentarisch zu vertreten, sind sie im Sinne des Grundgesetzes nicht
12 mehr frei von „Aufträgen und Weisungen und ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet.“ Zu
13 fordern ist daher ein klares und eindeutiges Verbot von honorierten Lobbytätigkeiten neben der
14 Wahrnehmung des politischen Mandats und eine deutliche Verlängerung verpflichtender Ka-
15 renzzeiten für Ex-Politiker auf mindestens 18 Monate sowie ein generelles Verbot von honorier-
16 ter Lobbytätigkeiten während dieses Zeitraums.

17
18 **Begründung**

19 Lobbyregulierung ist in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit in der Bevölkerung und
20 gleichzeitig exorbitant zunehmendem Einfluss von Wirtschaftsinteressen auf politische Ent-
21 scheidungsprozesse eine wichtige Zukunftsaufgabe. Durch den immer größer werdenden Ein-
22 fluss von Lobbyinteressen ist die parlamentarische Demokratie in Gefahr und droht zu einer lee-
23 ren Hülle zu verkommen, in der zwar noch den formalen Anforderungen an demokratische Ent-
24 scheidungsprozesse entsprochen wird, die Inhalte und Zielrichtungen aber längst von Lobbyein-
25 flüssen bestimmt werden. Ohne entsprechende politische Gegenbewegungen oder institutio-
26 nelle Schranken begünstigt diese Entwicklung große, einflussreiche Akteure und gefährdet in
27 zunehmendem Maße einen demokratischen, am Gemeinwohl orientierten Interessenausgleich.
28 Der Antrag bezieht sich auch ausdrücklich auf eine in 2011 gescheiterte Gesetzesinitiative der
29 aus der Opposition agierenden SPD.

30

31 Seit einigen Jahren unterliegt parlamentarische Lobbyarbeit in vielen europäischen Ländern und
32 in den USA strengen gesetzlichen Kontrollen. Auch das europäische Parlament und die EU-Kom-
33 mission haben zwischenzeitlich entsprechende Regelungen eingeführt und versuchen den Ein-
34 fluss mächtiger Lobbyverbände zumindest einzuschränken.

35 Grundsätzlich verbessert Transparenz politischer Entscheidungsabläufe die demokratische Kon-
36 trolle und letztlich auch deren Akzeptanz in der Bevölkerung. Die aktuelle Situation der zuneh-
37 menden Intransparenz und die bislang unzureichenden Versuche der Regulierung, in der Regie-
38 rung und den Parlamenten sich mehr und mehr auf ein rein moderierende und weniger auf eine
39 kraftvoll gestaltende Rolle zurückgezogen haben, verstärken allgemeine Politikverdrossenheit
40 und sind mitverantwortlich für zunehmende Apathie und Wahlmüdigkeit. Die Antragsteller sind
41 sich durchaus bewusst, dass ein Mehr an Transparenz letztendlich auch immer eine Einschrän-
42 kung der Machtpositionen von Parteien bedeuten kann.

43 Andererseits kann sie den Weg ebnen in eine moderne, lebendige Demokratie, in der die Politik
44 ihren Gestaltungsspielraum wieder mehr ausschöpfen kann und Bürgerinnen und Bürger wieder
45 stärker mitnimmt in politischen Entscheidungsprozessen.

IJ2	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Wahlbeteiligung - Wahlrecht für alle im Ausland lebenden deutschen Staatsbürgerin-**
2 **nen und Staatsbürger**

3

4 Der SPD Europa Ortsverein Luxemburg und der Kreisverband Saarbrücken Stadt fordern die SPD
5 Saar und den Bundesparteitag auf, sich auf dem Bundesparteitag im November 2015 für eine
6 Initiative zur Änderung des Wahlgesetzes einzusetzen, damit alle im Ausland lebenden Deut-
7 schen, unabhängig von der Dauer ihres Auslandsaufenthalts, ein Wahlrecht zur Wahl des Deut-
8 schen Bundestages haben.

9

10 **Begründung**

11 Die immer geringer werdende Beteiligung der Bürger an den Wahlen ist besorgniserregend. Alle
12 deutschen Bürgerinnen und Bürger sollten das Recht haben am demokratischen Leben Deutsch-
13 lands mitzuwirken. Die Parteien haben zur politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bür-
14 ger beizutragen und die Voraussetzungen für eine optimale Beteiligung an den Wahlen herzu-
15 stellen. Dazu gehört auch das nicht weiter begrenzte Wahlrecht der im Ausland lebenden Deut-
16 schen. Als Beispiel kann hier das Wahlrecht der im Ausland lebenden Franzosen und Italiener
17 dienen, die ein uneingeschränktes Recht besitzen an den Wahlen ihrer nationalen Parlamente
18 teilzunehmen.

IJ3	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Vorratsdaten**

2

3 Die SPD Alt-Saarbrücken und die Saarbrücken Stadt fordern die Landesregierung, die Bundes-
4 tagsfraktion und insbesondere den Bundesjustizminister auf, auf einen Verzicht auf anlasslose
5 Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten hinzuwirken. Kein Gesetz, dass eine solche
6 beinhaltet, darf die Zustimmung
7 der SPD finden und muss wieder abgeschafft werden. Dies ist 2018 möglich durch die Überprü-
8 fungsklausel, die der SPD Parteikonvent 2015 beschlossen hat.

9

10 **Begründung**

11 Anlasslose Vorratsdatenspeicherung schützt nicht vor Terroranschlägen, aber sie fördert eine
12 Kultur der Selbstzensur und legt technische als auch juristische Grundsteine für einen totalen
13 Überwachungsstaat, in dem alle Bürger überwacht werden.

14 Eine Studie der New America Foundation zu Al-Kaida Prozessen befand, die Vorratsdatenspei-
15 cherung in den USA habe "keinen wahrnehmbaren Beitrag zur Verhinderung von Terrorakten
16 und nur einen sehr marginalen Beitrag zur Verhinderung von Unterstützungsaktivitäten geleis-
17 tet." (<http://www.golem.de/news/nsa-affaere-studie-sieht-wenig-erfolge-durchmassenueberwachung-1401-103896.html>).

19 Selbst der eine Fall, in dem die Vorratsdatenspeicherung einen Ermittlungserfolg erzielte, ist ein
20 abschreckendes Beispiel: Das FBI brauchte 2 Monate, um auf den NSA-Hinweis zu reagieren und
21 ein verdächtiges Telefon abzuhören - und die Verhinderung eines Transfers von 8500 USD an Al-
22 Kaida in Somalia war wohl kaum den Aufwand der Vorratsdatenspeicherung wert, von dem un-
23 verhältnismäßig tiefen Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht mal ganz zu
24 schweigen.

25 Auch die Anschläge von Paris demonstrieren traurigerweise, dass anlasslose Vorratsdatenspei-
26 cherung, die in Frankreich betrieben wird, keine Terroranschläge verhindert. Hätte man die dafür
27 verschwendeten Ressourcen genutzt, um ehemalige Häftlinge, die sich bekannterweise im Ge-
28 fängnis dem extremen Islamismus zugewendet hatten besser zu überwachen oder diese Radi-
29 kalisierung zu bekämpfen, so hätte man die Anschläge von Paris vielleicht verhindern können -
30 immerhin standen mehrere der Täter auf der amerikanischen No-Fly-Liste, Anlass zum Einschrei-
31 ten hätte es also gegeben.

IJ4

Antragsteller: Kreisverband Saarpfalz

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 Öffentliche Petitionen auch im Saarland möglich machen!

2
3 In Zeiten, in denen es spürbar weniger Zustimmung für etablierte Parteien gibt, Menschen aber
4 gleichzeitig für ihre Positionen wie bspw. Stuttgart21 stärker auf die Straße drängen, herrscht
5 ein gefährlicher „Mismatch“ zwischen Bürgerinteressen und Interessenvertretern, der bekämpft
6 werden muss. Gerade Petitionen sind ein beliebtes Mittel um Themen oder Politikfelder in das
7 Licht der Öffentlichkeit zu rücken und ihnen mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Auf
8 Onlineplattformen wie www.change.org gehen jeden mehrere Petitionen ein und können von
9 anderen Interessenten unterstützt werden. Die Möglichkeit Themen auf die Agenda der Landes-
10 politik zu setzen bietet auch der saarländische Landtag mit seinem Eingabenausschuss.
11 Mittlerweile kennen alle Bundesländer (das letzte war Hessen) grundsätzlich eine elektronische
12 Eingabemöglichkeit von Petitionen. Neben dieser digitalen Eingabeform ist selbstverständlich
13 der herkömmliche postalische Weg per Brief oder Fax möglich. Einige Landesverfassungen las-
14 sen darüber hinaus die Möglichkeit der Mitunterzeichnung s.g. „öffentliche Petitionen“ von Drit-
15 ten zu, die den beliebten Petitionsplattformen ähneln. Länder, die dahingehend seit 2011 eine
16 Vorreiterrolle übernommen haben sind Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bremen.

17
18 Das Beispiel Rheinland-Pfalz:
19 Seit März 2011 lässt das Land RLP ein Mitunterzeichnen/Mittragen von Petitionen in digitaler
20 Form zu. Solche Petitionen werden als „öffentliche Petitionen“ bezeichnet, auf Wunsch des An-
21 tragsstellers kann die Petition online für alle einsehbar gemacht werden. Die Petition muss von
22 allgemeinem Interesse sein und die Thematik muss sich für eine sachliche öffentliche Diskussion
23 eignen. Ein Rechtsanspruch auf Veröffentlichung der Petition besteht nicht. Nach Einreichen der
24 Petition und dem geäußerten Wunsch auf Veröffentlichung wird durch den Bürgerbeauftragten
25 geprüft, ob die Voraussetzungen für eine Veröffentlichung vorliegen. Das Ergebnis dieser Prü-
26 fung wird den Sprecherinnen und Sprechern der im Petitionsausschuss vertretenen Fraktionen
27 mitgeteilt, die dem Ergebnis entweder zustimmen oder ablehnen. In diesem Fall entscheidet der
28 Petitionsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz in seiner nächsten Sitzung über die Veröffent-
29 lichung. Im Fall der Ablehnung einer Veröffentlichung erhält die Petentin bzw. der Petent eine
30 entsprechende Mitteilung. Innerhalb von sechs Wochen kann die Petition mitunterzeichnet wer-
31 den und/oder in einem Onlineforum diskutiert werden. Hauptgründe für die Ablehnung des An-

32 trags auf Veröffentlichung sind bereits laufende oder abgeschlossene sachgleiche Petitionsver-
33 fahren und persönliche Bitten oder Beschwerden. Ferner können auch unsachliche oder beleidigende
34 Formulierungen im Text der Petition einer Veröffentlichung entgegenstehen. Beim Vergleich
35 zwischen RLP, SH und Bremen fällt auf, dass sich die Verfahren in den Ländern sehr stark
36 ähneln. Eine Orientierung am „Nachbarmodell“, dem rheinland-pfälzischen Modell, wäre auch
37 für das Saarland denkbar und sinnvoll.

38 Die Rechtsgrundlage der Ermöglichung von Petitionen ist der Artikel 78 der saarländischen Ver-
39 fassung, in der das vom GG geschützte Petitionsrecht wie folgt umgesetzt wird.

40

41 (1) Über Bitten und Beschwerden an den Landtag entscheidet der Ausschuss für Eingaben, sofern
42 nicht der Landtag selbst entscheidet.

43 (2) Der Ausschuss ist grundsätzlich befugt, von der Landesregierung, ihren Mitgliedern und den
44 anderen obersten Landesbehörden Auskunft und Aktenvorlage zu verlangen sowie Petenten
45 und andere Beteiligte zu hören.

46

47 Um eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die öffentliche Petitionen ermöglicht, ist „lediglich“ eine
48 Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtags nötig, da in ihr die Kompetenzen
49 des Eingabeausschusses definiert sind.

50

51 Saarland:

52 Die Kriterien für das Ablehnen einer herkömmlichen Petition sind in der aktuellen GO des saarl.
53 Landtages genau definiert. Es empfiehlt sich eben diesen Katalog auch für einen zu schaffenden
54 Paragraphen zu öffentlichen Petitionen zu übernehmen. In der rheinland-pfälzischen LT GO ist
55 der Bürgerbeauftragte die Schnittstelle zwischen Eingabeausschuss und Petenten. Die ihm zu-
56 geordneten Kompetenzen zu öffentlichen Petitionen gestalten sich wie folgt: Er „unterrichtet
57 den Petitionsausschuss über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und wichtigen
58 Einzelfällen“ (vgl. §105 GO LT RLP) und „[...] unterrichtet die Sprecherinnen und Sprecher der im
59 Petitionsausschuss vertretenen Fraktionen über Eingaben, deren Zulassung als öffentliche Peti-
60 tion (§ 102 a) begehrt wird. Der Bürgerbeauftragte hat den Sprecherinnen und Sprechern einen
61 Vorschlag zu unterbreiten, ob die Kriterien zur Veröffentlichung einer Petition als öffentliche Pe-
62 tition entsprechend den Verfahrensgrundsätzen für die Behandlung von öffentlichen Petitionen
63 erfüllt sind oder nicht [...]“ (§ 105 (3a) GO LT RLP). Kurz gesagt, er entscheidet also maßgeblich
64 über das öffentliche Interesse von Petitionen, wovon in §102 a (1) GO LT RLP an erster Stelle die
65 Rede ist. Der Bürgerbeauftragte ist in der GO des saarländischen Landtages nicht präsent. Es
66 wäre denkbar ein adäquates schon bestehendes Gremium mit den gleichen rechtlichen Kompe-
67 tenzen zur Ermöglichung öffentlicher Petitionen auszustatten. Eine Ausweitung direktdemokra-
68 tischer Beteiligungselemente für Bürgerinnen und Bürgern sollte im Saarland mit dem Ermögli-
69 chen von öffentlichen Petitionen möglich sein.

70

71

72 Forderungen

- 73 - Nach Vorbild der rheinland-pfälzischen Landtags-Geschäftsordnung sollen die Kompe-
74 tenzen des Bürgerbeauftragten dem Petitionsausschuss in der saarländischen Landtags-
75 Geschäftsordnung zugesprochen werden.
- 76 - Öffentliche Petitionen, wie sie bereits auf Onlineplattformen www.openpetition.org o-
77 der www.change.org zu finden sind, werden auch beim saarländischen Landtag ermög-
78 licht.

IJ5

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Freiheit stärken, §166 StGB streichen**

2

3 Wir fordern die Streichung des §166 StGB.

4

5 In §166 des Strafgesetzbuches steht:

6 *(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder*
7 *weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentli-*
8 *chen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

9 *(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine im*
10 *Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung,*
11 *ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen*
12 *Frieden zu stören.*

13

14 Dieser Paragraph beruht auf einer gesetzlichen Regelung, die schon 1871 im Reichsstrafgesetz-
15 buch des Deutschen Reichs verankert wurde. Doch diese überkommene Regelung passt nicht
16 mehr in unsere Zeit, denn sie steht einer demokratischen, freiheitlichen und pluralistischen Ge-
17 sellschaft entgegen. Es hat sich zum Glück die Erkenntnis durchgesetzt, dass Religion nicht mehr
18 eine Sache des Staates, sondern die zutiefst persönliche Entscheidung eines jeden einzelnen
19 Menschen ist. Private Meinungen und Vorlieben bedürfen keines besonderen staatlichen Schut-
20 zes. Und im Gegensatz zur weitverbreitenden Ansicht, der Paragraph 166 StGB schütze religiöse
21 Empfindungen, schützt er allein den öffentlichen Frieden - genau in diesem normativen Begriff
22 liegt aber das Problem. Denn wer sagt eigentlich, wann der öffentliche Friede gestört ist? Letzt-
23 lich wird dies von Radikalen, Extremisten und Fundamentalisten definiert. Denn eben sie sind
24 es, die sich durch kritische Äußerungen provoziert fühlen. Während die aufgeklärte Mehrheit der
25 gläubigen Menschen mit satirischer Kunst umzugehen weiß, nutzen Fundamentalisten seit
26 Jahrzehnten immer wieder den Paragraph 166 StGB um die Meinungs-, Kunst- und Pressefrei-
27 heit einzuschränken. Dies macht ihn zum Schutzparagraph für Fanatiker, mit dem sie ihren Hass
28 auf alles rechtfertigen können, was sie in unserer freien Gesellschaft stört. Dabei wurde der öf-
29 fentliche Friede niemals durch kritische Kunst bedroht, sondern durch religiöse oder politische
30 Fanatiker, die nicht in der Lage waren, die künstlerische Infragestellung ihrer Weltanschauung
31 rational zu verarbeiten.

32

33 Eine Abschaffung dieses Paragraphen macht religiöse Gruppen aber nicht schutzlos, denn §130
34 StGB stellt Volksverhetzung unter Strafe:

35 „1. Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,
36 (1) gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte
37 Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu
38 einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Ge-
39 walt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder
40 (2) die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der
41 Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe
42 oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,
43 wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“
44

45 Wenn religiöse Gruppen aber ohnehin ausdrücklich in diesem Umfang vom Strafrecht geschützt
46 sind, so bedarf es keines privilegierten Religionssschutzes mehr. Im Paragraphen 130 StGB wird
47 deutlich, was das durch Strafdrohung geschützte Interesse unserer Gesellschaft ist: Das friedli-
48 che, von Angst, Gewalt und Selbstjustiz freie Zusammenleben von Gruppen der Bevölkerung, die
49 sich gleichberechtigt und in demokratischem Diskurs begegnen.

50 Der privilegierte Schutz von Teilen der Bevölkerung unterläuft jedoch den demokratischen Kon-
51 sens. Denn dadurch wird neben dem Rechtsprinzip der Gleichberechtigung ein System der „be-
52 vorzugten Berechtigung“ und der besonderen Schutzbedürftigkeit aufgebaut. Dies sind Reste ei-
53 ner Lebenswirklichkeit, die schon lange nicht mehr unsere ist. Wir können darauf ohne jede Ein-
54 buße an Sicherheit und Frieden verzichten. Religiöser Glaube ist kein öffentliches Schutzgut und
55 Kritik an Religion oder empfundene Beleidigungen religiöser Gefühle müssen in einer freien Ge-
56 sellschaft, sofern sie nicht den Tatbestand der Volksverhetzung oder individueller Beleidigungen
57 erfüllen, hingenommen werden wie jede andere Gefühlsverletzung auch.
58

59 Nicht zuletzt wäre die Streichung von §166 StGB auch eine angemessene rechtsstaatliche Reak-
60 tion auf die Einschüchterungsversuche religiöser Extremisten wie zuletzt beim Attentat auf das
61 französische Satiremagazin Charlie Hebdo. Denn mit einer ersatzlosen Streichung würden wir
62 als Demokraten unmissverständlich klarstellen, dass Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit in ei-
63 ner modernen offenen Gesellschaft höheres Gewicht beizumessen ist als den verletzten Gefüh-
64 len religiöser Fundamentalisten.

IJ6

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Gleiche Pflichten, Gleiche Rechte! – Die demokratische Partizipation aller Einwohner**
2 **und Einwohnerinnen stärken!**

3

4 Zur Weiterleitung an die Landtagsfraktion der SPD Saar

5

6 Die Jusos Saar setzen sich für das aktive Kommunalwahlrecht für alle Einwohner und Einwohne-
7 rinnen Deutschlands unabhängig von der Staatsangehörigkeit und mit unbefristeter Aufent-
8 haltstitel ein.

9

10 Das aktive Wahlrecht gehört zu den wichtigsten demokratischen Rechten. Ein demokratisches
11 System lebt davon, dass alle Einwohner und Einwohnerinnen durch Wahlen Einfluss auf politi-
12 sche Entscheidungen nehmen können. Eine Ausweitung des Wahlrechts bei Kommunal-, Land-
13 tags- und Bundestagswahlen für Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft bringt große
14 Chancen mit sich. Es gilt nicht nur das Interesse an Politik zu fördern, sondern auch die Demo-
15 kratie zu beleben.

16

17 Die Entscheidungen unserer Politik auf allen Ebenen, wirken sich nicht nur auf Bürgerinnen und
18 Bürger, sondern auf alle Einwohner und Einwohnerinnen aus: Sei es auf dem Arbeitsmarkt, im
19 Gesundheitssystem, in der Wirtschafts- oder in der Bildungspolitik.

20 Viele Einwohner und Einwohnerinnen in Deutschland haben den Entschluss gefasst dauerhaft
21 in Deutschland zu leben. Zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis wird der fünfjährige Besitz
22 einer Aufenthaltserlaubnis, Sicherung des Lebensunterhalts, Straffreiheit, eine Arbeitserlaubnis,
23 ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, 60 Beitragsätze zur Rentenversicherung, ge-
24 nügend Wohnraum, sowie Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung im Bundes-
25 gebiet erwartet. Es werden von ihnen alle Pflichten verlangt, aber es werden ihnen nicht viele
26 Rechte gewährt.

27 Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserem Land Willkommen fühlen und dazu gehört auch
28 das Recht ihre politischen RepräsentantInnen in den Parlamenten zu wählen. Wir Sozialdemo-
29 kratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht nur Politik für einen Teil, sondern für die gesamte
30 Bevölkerung machen.

31

32 Forderungen:

-
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- Änderung des § 13 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) im Saarland in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. November 2008 dahingehend, dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger, die sich mindestens 5 Jahre im Geltungsbereich des Grundgesetzes gewöhnlich aufhalten und eine Niederlassungserlaubnis besitzen oder als EWR Staatler den Daueraufenthalt bestätigt bekommen haben oder geduldet werden, wahlberechtigt sind.
 - Änderung des Grundgesetzes, dass das aktive Wahlrecht nicht mehr an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt ist. Es soll sich an den oben genannten Aufenthaltsstationen orientieren. Der Begriff des „Volkssouveräns“ muss sich der Realität der fortschreitenden Globalisierung und Europäisierung anpassen.

IJ7

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!**

2

3 **Analyse:**

4 „Die Presse muß die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die Freiheit haben,
5 alles zu tun.“ - Stewart Alsop.

6 Die Pressefreiheit ist eines der fundamentalen Grundrechte unserer Bundesrepublik und neben
7 der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) eine Säule unseres demokratischen
8 Rechtsstaates. Generationen von Bürgerinnen und Bürgern haben für dieses Recht gekämpft,
9 das selbst im 21. Jahrhundert nicht in allen globalen Demokratien selbstverständlich ist.

10 Die bundesdeutsche Geschichte zeigt, dass auch in der jüngeren Vergangenheit dieses Recht
11 nicht vor politischer Einflussnahme, Manipulation oder vor Beschneidung geschützt war. Die
12 „Spiegel-Affäre“ von 1962 steht symbolisch für den gescheiterten Versuch des Staates eine un-
13 bequeme Meinung zum Schweigen zu bringen und eine missbilligende Publikation aus dem Fo-
14 kus der Öffentlichkeit zu rücken. Das Instrument, mit dem Zensur betrieben werden sollte und
15 die Akteure

16 hinter der „Spiegel-Affäre“ mundtot machen sollte, war der § 94 StGB Landesverrat. Heute, 50
17 Jahre nach den Ereignissen um Jakob Augstein und die Redaktion des Spiegels wirkt die Affäre
18 wie ein Menetekel für den Umgang der Staatsmacht mit den freien, kritischen Medien eines
19 freien Landes. Die jüngsten Ereignisse um die Plattform netzpolitik.org zeigen, dass die Affäre
20 auch noch ein halbes Jahrhundert später nachwirkt: als Lektion, wie dieser Umgang eben nicht
21 sein sollte.

22 Im deutschen Strafrecht ist Landesverrat ein in § 94 StGB geregeltes Verbrechen, das sich gegen
23 die äußere Sicherheit und den Bestand des Staates richtet.

24 Der genaue Wortlaut des Gesetzes:

25 (1) Wer ein Staatsgeheimnis

26 1.einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder

27 2. sonst an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, um die Bundesre-
28 publik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen, und dadurch die
29 Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland her-
30 beiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

31 (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe
32 nicht unter fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
33 1. eine verantwortliche Stellung mißbraucht, die ihn zur Wahrung von Staatsgeheimnissen be-
34 sonders verpflichtet, oder
35 2. durch die Tat die Gefahr eines besonders schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der
36 Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

37 Das Instrument wirkt im Angesicht der Ereignisse um die beiden Betreiber der journalistischen
38 Plattform netzpolitik.org, Markus Beckedahl und Andre Meister, als wolle man mit Kanonen auf
39 Spatzen schießen. Der völlig unverhältnismäßige Vorwurf des Landesverrats stellt eine Gefahr
40 für den investigativen Journalismus in Deutschland dar, der seines gleichen sucht. Durch das re-
41 pressive Vorgehen des Staates werden Journalisten von kritischer Arbeit abgeschreckt und ein
42 Klima der Angst konstituiert sich. Ein Klima, in dem die „vierte Macht im Staat“ weder wachsen,
43 noch gedeihen kann.

44 Der Vorwurf des Landesverrats hat in Deutschland eine unselige Tradition und die
45 Bundesanwaltschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten mit solchen Vorwürfen gegen Journa-
46 listen - selbst bei heikleren Geschichten zurückhaltend umgegangen. Nun machten sich Journa-
47 listen möglicherweise strafbar, wenn die über die Ausspähtaktiken des US-Geheimdienstes NSA
48 berichten, dabei ist die NSA-Affäre auch in der BRD noch nicht ausreichend aufgearbeitet wor-
49 den.

50 Der Vorwurf des Landesverrates im Kontrast zu dem Ziel die Öffentlichkeit über die Praktiken
51 der US-amerikanischen Ausspähdienste zu informieren ist heuchlerisch und falsch.

52

53 **Forderungen:**

54 • Bei Staaten, die ihr Handeln geheim halten, weil sie in einem von Grundrechten und Verfassung
55 losgelösten Raum agieren, ist demokratische Kontrolle unmöglich. In diesen Situationen sind es
56 „Whistleblower“, die eine demokratische Öffentlichkeit informieren. Der Vorwurf des Landes-
57 verrates ist ein völlig unverhältnismäßiges Mittel, um diese Journalisten einzuschüchtern. Wir
58 fordern Straffreiheit für Whistleblower die im öffentlichen Interesse handeln um einen Miss-
59 stand abzustellen der schwerer wiegt als berechtigte Geheimhaltungsinteressen. Wir brauchen
60 einen staatlichen Whistleblowerschutz.

61 • Wir fordern, dass der § 94 StGB Landesverrat durch einen weiteren Artikel ergänzt wird, der
62 Journalisten vor dem Vorwurf des Landesverrats nachhaltig schützt.

63 (3) Die rechtlichen Konsequenzen aus Artikel (1) und (2) entfallen, wenn sie von Journalisten mit
64 dem Ziel vorgenommen werden, die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu informieren
65 und das öffentliche Interesse in ausreichendem Maße das Geheimhaltungsinteresse des
66 Staates zum Schutz der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschlands aufwiegt

67

68 **Begründung:** erfolgt mündlich.

IJ8

Antragsteller: **Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)**

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Modellprojekt zur Cannabis-Legalisierung im Saarland**

2

3 Über Jahrhunderte hinweg war Cannabis ein legal erhältliches Rauschmittel. Nur aus wirtschaft-
4 lichen Erwägungen wurden Cannabisprodukte 1929 in Deutschland für illegal erklärt. Seitdem
5 ist diese Prohibition einer beständigen Kritik ausgesetzt.

6

7 Auch heute mehren sich wieder die Stimmen, die eine Legalisierung dieser Droge fordern. Denn
8 das Verbot von Cannabis hat viele negative Auswirkungen auf die Gesellschaft. Wir glauben,
9 dass das Saarland ein perfekter Ort für ein Modellprojekt zur Legalisierung von Cannabis ist.

10

11 Das Saarland als kleines – relativ gut abzugrenzendes Marktgebiet – eignet sich hervorragend,
12 um die Auswirkungen einer Legalisierung zu beobachten. Es ist zu erwarten, dass eine Legalisie-
13 rung den bestehenden Schwarzmarkt austrocknet wenn die Preispolitik dies ermöglicht (was sie
14 sollte) reinere und damit weniger gesundheitsschädliche Cannabisprodukte auf den Markt kom-
15 men und die Prävention gestärkt werden kann.

16

17 Wer heute Cannabis konsumieren will, der bekommt es auch. Es existiert ein weit verzweigtes
18 Vertriebssystem, welches einen wachsenden Markt bedient. Da dieses Vertriebssystem im ver-
19 borgenen existiert, bleiben auch die Gewinne unversteuert. Eine Kontrolle von Produktion und
20 Vertrieb findet nicht statt. Durch eine Legalisierung würde dieses Vertriebssystem aus dem
21 Schatten genommen und unter eine Aufsicht gestellt.

22 Jegliche Suchtprävention in Bezug auf Cannabis findet unter der Voraussetzung statt, dass der
23 Konsum sowieso verboten ist. Eigene – vielleicht auch als positiv empfundene – Erfahrungen
24 können unter dieser Voraussetzung kaum eingebracht werden. Eine Legalisierung hat positive
25 Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für Präventionsmaßnahmen.

26

27 Das überschuldete Saarland ist dringend auf neue Einnahmequellen angewiesen. Ein Modellpro-
28 jekt zur Cannabislegalisierung kann Daten darüber liefern, wie eine legale und kontrollierte Ab-
29 gabe von Hanfprodukten die Landeshaushalte entlasten kann. Das Modellprojekt könnte dabei
30 einen Beitrag zu Sanierung des angeschlagenen Landeshaushaltes leisten.

31

32 Durch die Erfahrungen aus einem solchen Modellprojekt, kann die bundesweite Debatte um die
33 Legalisierung von Cannabis befruchtet werden. Darum sind alle Erkenntnisse zu dokumentieren
34 und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

35

36 Darum fordern wir die Landesregierung auf:

37

- 38 • Etablierung eines Modellprojektes zur Legalisierung von Cannabis im Saarland
- 39 • Die Abgabe soll ausschließlich über Apotheken erfolgen. Eine maximale wöchentliche
40 Abgabemenge ist anzudenken.
- 41 • Das Projekt soll eine Laufzeit von zwei Jahren nicht unterschreiten.
- 42 • Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Projektes
- 43 • Stärkung der Präventionsmaßnahmen durch eine teilweise Abschöpfung der Steuerein-
44 nahmen aus dem Vertrieb
- 45 • Aufarbeitung der Ergebnisse in einer Studie, die Argumente für und gegen eine bundes-
46 weite Cannabislegalisierung enthalten soll.

IJ9

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Moderner Datenschutz sichert Freiheits- und Bürgerrechte**

2

3 Wir erleben im 21. Jahrhundert einen technologischen Fortschritt in einer Geschwindigkeit wie
4 es ihn in der Geschichte wohl noch nie gegeben hat. Er verändert unsere Gesellschaft, er verän-
5 dert die Menschen und unser Denken. Die Art der Kommunikation, das Konsumverhalten und
6 die Ver- und Bearbeitung von Informationen aller Art werden unseren Alltag einer fundamenta-
7 len Änderung unterziehen. Das soziale Miteinander als solches ist durch soziale Netzwerke,
8 durch die Nutzung des Internets an jedem Ort ein anderes geworden.

9

10 Auch die Politik ist davon keineswegs unberührt geblieben. Die Verbreitung von (politischen) In-
11 formationen geschieht heutzutage nahezu in Echtzeit bspw. über Twitter, facebook oder direkte
12 Pushnachrichten aufs Smartphone. Dank dem Fortschreiten des Internets haben sich der politi-
13 sche Prozess und Partizipations- und Protestmechanismen grundlegend gewandelt. Neue For-
14 men politischer Beteiligung sind auf dem Vormarsch. Sie bieten den Bürger*innen bessere Mög-
15 lichkeiten, direkten Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen und teilzuhaben am Wan-
16 del der Gesellschaft.

17 Dieser Wandel der Gesellschaft hin zu einer von Informationen gesteuerten Gesellschaft bedeu-
18 tet aber auch eine große politische Herausforderung. Neben zahlreichen Chancen stellen die
19 neuen technologischen Möglichkeiten auch zahlreichen Risiken dar. Neue vermeintlich kosten-
20 lose Dienste à la Google und Facebook sind mitnichten umsonst. Gezahlt wird mit den Daten der
21 Bürger*innen - sie sind die Währung im Internet des 21. Jahrhundert. Diese Preisgabe von Daten
22 birgt neue Angriffspunkte für Kriminelle. Setzt man verschiedene Daten wie ein Puzzle in ein
23 Ganzes zusammen, sind unsere Daten sehr begehrt und für viele Unternehmen im wahrsten
24 Sinne des Wortes „Gold wert“. Aber nicht nur Unternehmen, sondern auch staatliche Akteur*in-
25 nen und Institutionen nutzen zunehmend Daten der Bürger*innen, um an Informationen zu ge-
26 langen und diese zu verarbeiten. Dies geht mit einer noch nie da gewesenen Durchleuchtung
27 und Überwachung aller Nutzer*innen von digitaler Technologie einher. Der digitale Fingerab-
28 druck ist allgegenwärtig, wie die Veröffentlichung von Überwachungsmaßnahmen verschiede-
29 ner Staaten uns deutlich vor Augen geführt hat.

30

31 Doch was bedeutet diese neue digitale Gesellschaft nun für die Bürger*innen? Zunächst ist es an
32 der Politik, Fragen von Sicherheit und Freiheit, von Privatheit und Transparenz neu zu denken.

33 Die Pole sind wieder in ein Gleichgewicht, in eine neue Balance zu bringen. Dort, wo es Span-
34 nungsfelder gibt, müssen diese abgebaut werden. Dabei sollten wir jedoch stets an die Worte
35 von Willy Brandt denken. Sie stammen aus einer Zeit, in der digitaler Fortschritt wenn überhaupt
36 in den Kinderschuhen steckte, sollte aber bis heute noch unser Leitmotiv des Handelns sein:

37

38 "Deutsche Sozialdemokraten dürfen Kränkungen der Freiheit nie und nimmer hinnehmen. Im
39 Zweifel für die Freiheit!"

40 Eine sozialdemokratische Politik im digitalen Zeitalter muss diesen Grundsatz bei allen Entschei-
41 dungen und Diskussionen berücksichtigen. Dies betrifft sowohl Datenschutz, als auch Transpa-
42 renz- und Freiheitsrechte!

43

44 Datenschutz und Datensicherheit verbessern

45 Daten, insbesondere die, die der Staat erhebt, unterliegen einem besonderen Schutz.

46 Per Staatsvertrag wurde der IT-Planungsrat gebildet mit dem Auftrag der verbindlichen Zusam-
47 menarbeit von Bund, Ländern und Kommunen in der IT und im E-Government. Im Jahr 2013
48 wurde u.a. die „Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung“ verab-
49 schiedet die für den Bund und die Länder verpflichtend ist.

50

51 Dies allein halten wir jedoch für unzureichend. Während im Saarland bereits mit den „Bürger-
52 diensten Saar“ ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde halten wir die Einführung ei-
53 nes umfassenden E-Government Gesetzes für längst überfällig. Bereits im Jahr 2013 wurde die-
54 ses Vorhaben von Minister Toscani gepriesen.

55

56 Nach ersten Schätzungen des Normenkontrollrats der Bundesregierung könne bei vollständiger
57 Umsetzung des E-Government-Gesetzes des Bundes mit jährlichen Einsparungen von 35 Millio-
58 nen Euro bei den Bürgern, 208 Millionen Euro bei der Wirtschaft und 930 Millionen Euro bei der
59 Verwaltung gerechnet werden. Bei einer weiteren Umsetzung in Ländern und Kommunen liegen
60 die Einsparpotenziale noch höher, frohlockte der Minister damals. Leider wurde bisher jedoch
61 kein Gesetz auf den Weg gebracht, obwohl es offensichtlich hohe Einsparpotentiale birgt.

62

63 Doch nicht nur Daten, die der Staat erhebt, sollen einem hohen Schutzniveau unterliegen. Auch
64 bei Daten, die von Unternehmen als „Währung“ ihrer vermeintlich kostenlosen Dienste erhoben
65 und verarbeitet werden, muss der Staat Kontrollbefugnisse ausüben.

66 Wir fordern

- 67 • die Maßstäbe der Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung“
68 in allen Kommunen umzusetzen.
- 69 • die rasche Einführung eines eigenen und umfassenden E-Government Gesetz im Saar-
70 land

71

72 Datenschutz im Straßenverkehr

73 Auch die technische Entwicklung und Automation im Straßenverkehr schreitet stetig voran. Au-
74 tonome KFZ können in wenigen Jahren zum alltäglichen Bild des Straßenverkehrs dazugehören.
75 Dies führt zu digitalen Spuren über den Zustand des Kraftfahrzeugs (Kfz), das Verkehrsgesche-
76 hen, den Halter und den Fahrer sowie über äußere Umstände des Verkehrs sowie über die Ver-
77 kehrsteilnehmer. Mit Erfassung der Daten beim Betrieb eines KFZ ist es u.a. möglich Halter und
78 Fahrer zu ermitteln, sämtliche Standort- und Bewegungsdaten zu erfassen sowie die Fahrge-
79 wohnheiten zu analysieren. Mittlerweile überlegen einige Versicherer, günstigere Policen anzu-
80 bieten, wenn sich die Versicherten bereit erklären, ihr komplettes Verhalten im Straßenverkehr
81 offen zu legen.

82
83 Was sich zunächst nach einem guten Service und günstigem Angebot für die Versicherten anhört
84 ist in Wahrheit die Erstellung des komplett gläsernen Verkehrsteilnehmers. Anonymität wird bei
85 der Mobilität aufgehoben mit der Folge möglicher Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens. Dies
86 kann u. a. dazu führen, dass zulässiges, aber unangepasstes und für unerwünscht angesehenes
87 Verkehrsverhalten diskriminierend behandelt und unterdrückt wird.

88
89 Wir fordern

- 90 • die Umsetzung der Maßgabe der Datensparsamkeit im Bundesdatenschutzgesetz. Sie
91 müssen jederzeit selbst die Möglichkeit haben über ihre Daten und deren Verarbeitung
92 entscheiden zu können. Eine vorherige Zustimmung zu allen Änderungen seitens des
93 Vertragsgebers muss verpflichtend sein.
- 94 • ein gesetzliches Verbot der Erstellung von Bewegungsprofilen und detaillierten Fahrge-
95 wohnheiten ohne Zustimmung des Betroffenen, oder ohne Möglichkeit, diese Zustim-
96 mung jederzeit zu widerrufen
- 97 • Kameras auf Ampeln dienen ausschließlich der Verkehrsflussbeobachtung und sollten
98 daher nach Möglichkeit weder Gesichter noch Fahrzeugkennzeichen erkennbar zeigen.
99 Dies ist über eine Anonymisierung per Software oder einfach eine ausreichend schlechte
100 Auflösung zu gewährleisten. Die Bilder der Kameras sind nur in Echtzeit anzuzeigen und
101 dürfen nicht gespeichert werden. Darüber hinaus ist visuell anzuzeigen, wann die Ka-
102 mera eingeschaltet ist

103
104 Datenschutz bei Polizeieinsätzen

105 Viele Einsätze der Polizei sorgen im Nachhinein für Diskussionen. Die Aussagen der Beteiligten
106 widersprechen sich häufig, insbesondere wenn es im Rahmen der Einsätze zu weiteren Strafta-
107 ten oder gewalttätigen Aktionen gekommen ist. Gerade in solch einer Situation kann eine Ka-
108 meraaufzeichnung als objektives Beweismittel Klarheit schaffen.

109
110 Schon heute tragen Videoinformationen zur Aufklärung von Straftaten am Rande von Demonst-
111 rationen bei. So konnte ein Polizeibeamter der schweren Körperverletzung überführt werden,
112 nachdem er am Rande einer Demonstration gegen die Verherrlichung des NS-Kriegsverbrechers

113 Erich Priebke einen Demonstranten geschlagen hatte. Der Beamte ist inzwischen verurteilt und
114 wird – vorbehaltlich des Revisionsverfahrens – aus dem Polizeidienst entlassen werden. Das Ge-
115 richt stellte fest, dass ohne dieses Beweisstück wahrscheinlich gegen den Geschädigten dieser
116 Körperverletzung wegen des Verdachts des Widerstands gegen Vollzugsbeamte ermittelt wor-
117 den wäre. Ohne dieses Video wäre demnach Unrecht gesprochen worden. Niemand kann sagen,
118 wie häufig des heute geschieht.

119
120 Solche privat gedrehten Videos erfüllen jedoch häufig nicht die Ansprüche, die im Gerichtsver-
121 fahren an die Dokumentation angelegt werden. Sie zeigen oft nur einen minimalen Ausschnitt
122 des Geschehens und dokumentieren nicht, wie eine Situation überhaupt entstanden ist. Solche
123 Privatvideos können eine gerichtsfeste Einsatz-dokumentation jedoch sinnvoll ergänzen.

124
125 In der Öffentlichkeit werden häufig gewalttätige Situationen am Rand von ansonsten friedlichen
126 Fußballspielen oder Demonstrationen diskutiert. Die meisten gewalttätigen Einsatzsituationen
127 finden jedoch in alltäglichen Einsätzen statt; vor der Diskothek, bei häuslicher Gewalt, nach ei-
128 nem Ladendiebstahl.

129 Darum sind Präventionsmaßnahmen hier besonders wichtig. Ein vorausschauendes und dees-
130 kalatives Verhalten von Beamten fordern wir in solchen Situationen ein!

131
132 In den USA existiert seit Jahren eine Videoüberwachung in den Einsatzfahrzeugen der Polizei-
133 einheiten. Nachdem deren Einsatz das Fehlverhalten einiger Cops aufgedeckt hat, wurden bei
134 einigen Polizeien auch Körperkameras angeschafft. Damit wurden auch die Forderungen von
135 Bürgerrechtler_innen umgesetzt, die eine videografische Dokumentation von Einsätzen gefor-
136 dert hatten, um Polizeigewalt zu verhindern.

137 Und die Zahlen geben den Bürgerrechtler_innen recht: In Rialto (Kalifornien / USA) sank die Zahl
138 der der Beschwerden gegen Polizeibeamte um 88% und die Zahl der Einsätze von Gewalt durch
139 Polizeibeamt_innen sank um fast 60% nach dem Einsatz der Kameras.

140
141 Auf der anderen Seite steigt auch die Gewalt gegen Polizeibeamte seit Jahren an. Auch hier sind
142 es oft Alltagssituationen in denen es zu Gewaltausbrüchen kommt. Die Schuldfrage ist oft im
143 Nachhinein nicht mehr zu klären sind. Eine frühzeitige Dokumentation kann allen Beteiligten –
144 Polizeibeamt_innen wie ihrem Gegenüber – aufzeigen, dass ihre Handlungen dokumentiert
145 werden und somit Gewalt verhindern.

146
147 Auch im Saarland ist ein Modellprojekt zum Einsatz von BodyCams für Ende 2015 geplant. Es
148 existieren allerdings noch keine verlässlichen Zahlen, wie viele dieser Kameras angeschafft wer-
149 den sollen. So nannte Minister Bouillon innerhalb von drei Wochen bei unterschiedlichen Me-
150 dien unterschiedliche Zahlen.

151

152 Neben dem saarländischen Modellprojekt laufen Testphasen in den Bundesländern und Ham-
153 burg und Rheinland-Pfalz.

154 Ein entsprechendes Projekt in Hessen ist inzwischen evaluiert. In Frankfurt (Alt-Sachsenhausen)
155 sank die Zahl der Widerstände gegen Vollzugsbeamte von 40 auf 25 im Jahr nach der Einführung
156 der BodyCams. Auch die Anzahl der Maßnahmen, die mit körperlichem Zwang durchgesetzt wur-
157 den nahm signifikant ab.

158
159 Auch eine Evaluation des Saarländischen Pilotprojektes ist vor einer Ausweitung dringend not-
160 wendig. Schließlich werden die Anschaffungskosten aus dem Polizeihaushalt bestritten und feh-
161 len zum Beispiel im Beförderungsbudget für die Schutzleute. Die Ausgaben müssen aber nicht
162 nur vor den Polizeibeamt_innen, sondern vor allen Steuerzahler_innen gerechtfertigt werden.“

163
164 Ein Mehrwert durch die Einführung für BodyCams entsteht, durch das Erfassen der konkreten
165 Interaktion zwischen Bürgern und Polizisten, so dass im Streitfall neben der Aussage der Polizis-
166 ten und der Bürger auch ein objektives Beweismittel zur Verfügung steht, auf dem auch Details
167 erkennbar sind. Das könnte deeskalierend auf alle Beteiligten wirken.

168
169 Um die Bürger*innen dabei vor übermäßigen Eingriffen in ihre Grundrechte auf informationelle
170 Selbstbestimmung zu schützen, müssen deshalb klare und transparente rechtliche Vorgaben an
171 den Einsatz dieser Überwachungsinstrumente gestellt werden. Nur so kann künftigen Fehlent-
172 wicklungen vorgebeugt werden, die dazu führen, dass im Verhältnis Bürger – Polizei eine tech-
173 nische Drohkulisse aufgebaut wird, die allein einseitigen Interessen zu dienen bestimmt ist.

174
175 Daneben sind die Einsatzbereiche für die kleinen Kameras klar vorzugeben. Im Sinne der Daten-
176 sparsamkeit ist jegliche Videoaufzeichnung auf das zwingend notwendige Maß zu beschränken.
177 Es muss jedenfalls ein konkreter und klar definierter Anlass vorliegen, in der die Kamera einge-
178 schaltet wird. Dies kann bspw. eine konkrete Gefahrensituation sein. „Die Herausforderungen
179 digitaler Gesellschaft treffen auch die Polizei. Durch den technischen Fortschritt und neue Mög-
180 lichkeiten zur Kommunikation muss das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei an einigen
181 Stellen neu verhandelt werden. Einen solchen Prozess wollen wir begleiten.

182
183 Aus diesem Grund fordern wir die SPD auf einen parteiöffentlichen Polizeikongress zu veranstal-
184 ten. In diesem Polizeikongress sollen vor allem die neuen Herausforderungen an die Polizei in
185 der digitalen Gesellschaft auf der Tagesordnung stehen.

186
187 Ein wichtiges Thema für einen solchen Kongress ist die Einführung der BodyCams. Die Einfüh-
188 rung der BodyCams macht das Argument der Polizeigewerkschaften obsolet, dass es durch die
189 Einführung einer Kennzeichnungspflicht zu ungerechtfertigten Anzeigen gegen Polizeibe-
190 amt_innen kommen würde. Darum wollen wir darüber reden, wie eine Einführung der Kenn-
191 zeichnungspflicht gestaltet werden kann.

192

193 Das (fehlende) Auftreten der saarländischen Polizei in sozialen Netzwerken lässt Raum für pri-
194 vate Fahndungsaufrufe, Hetze gegen Minderheiten und erschwert die Überprüfung reißerischer
195 Berichterstattung. Wir wollen darüber diskutieren, wie ein Auftritt der Polizei in Sozialen Medien
196 aussehen kann.

197

198 Beamte der Saarländischen Polizei gaben in diesem Jahr als Whistleblower Informationen über
199 Missstände in der Polizei weiter. Wir wollen darüber sprechen, ob die Einführung eines Polizei-
200 beauftragten beim Saarländischen Landtag eine – strafbare – Weitergabe von Dienstgeheimnis-
201 sen hätte verhindern können. Weiter muss Thema sein, wie Whistleblower in Behörden ge-
202 schützt werden können.

203

204 Als Jusos wollen wir in die Ausgestaltung eines solchen Kongresses einbezogen werden.

205

206 Diese Anlassbezogenheit dient dazu, um einer durch Einschüchterung drohenden Verschlechte-
207 rung des Vertrauensverhältnisses der Bürger zur Polizei vorzubeugen. Auch in der Zukunft muss
208 es noch möglich sein, Polizeibediensteten gegenüber Kritik zu äußern, ohne allein deshalb mit
209 Ton und Bild aufgenommen zu werden. Trotz aller technischen Möglichkeiten, die der digitale
210 Wandel mit sich gebracht hat, sollte das gegenseitige Vertrauen in das jeweilige Handeln zwi-
211 schen Bürger*innen und Behörden an oberster Stelle stehen.

212 Wir erwarten von der Landesregierung, dass zunächst sämtliche rechtlichen und tatsächlichen
213 Fragen geklärt werden, bevor übereilt Body Cams zum Einsatz kommen. Unklar sind beispiele-
214 weise Fragen wie, wer die Daten sehen und auswerten, wie lange sie gespeichert werden und
215 von wem genau. Gerade vor dem Hintergrund, dass sich auf den Bildern hauptsächlich unschul-
216 dige Bürger*innen befinden, ist ebenso zu klären, wer die Auswertung kontrolliert und wie ein
217 Missbrauch der Daten ausgeschlossen werden kann.

218

219 Wir fordern

- 220 • die saarländische Landesregierung auf, vor der Einführung von BodyCams sämtliche
221 rechtlichen und tatsächlichen Fragen und Unklarheiten zu klären und den Menschen im
222 Saarland transparent zur Verfügung zu stellen.
- 223 • eine klare Definition über den Kreis der Institutionen, welche die Auswertung des Daten-
224 materials vornehmen, sowie die Begrenzung der Dauer der Speicherung des Datenmate-
225 rials.
- 226 • Nach dem Pilotprojekt muss eine kritische Evaluation dieses Einsatzmittels erfolgen. Bei
227 der Evaluation muss auch die Möglichkeit geprüft werden, dass das Pilotprojekt keine
228 Verbesserungen gebracht hat und demnach keine Einführung erfolgt.
- 229 • Darum müssen alle Änderungen am Saarländischen Polizeigesetz (SPoIG) zum Ende der
230 Evaluation wieder automatisch rückgängig gemacht werden, falls das Projekt nicht in
231 eine Einführung mündet.

- 232 • Der Beginn und das Ende einer Einsatzdokumentation mittels BodyCam ist durch einen
233 Polizeiführer oder die Führungs- und Lagezentrale anzuordnen und darf nicht vom Gut-
234 dinken der Schutzleute vor Ort abhängen. Die Uhrzeit und Dauer der Aufzeichnung ist
235 zu dokumentieren.

236

237 Die Aufzeichnung muss die gesamte Einsatzsituation dokumentieren und darf nicht nur auf ein-
238 zelne Ausschnitte begrenzt werden.

- 239 • Für Bürger_innen muss die Ausstattung eines Polizeikommandos mit Körperkameras
240 aus einer Entfernung von mindestens 10 Metern klar erkennbar sein. Weiter muss er-
241 kennbar sein, ob die Kamera eingeschaltet ist.
- 242 • Wir begrüßen, dass die Beschaffung der Hessischen Warnwesten vorgesehen ist – auch
243 weil diese bereits über Klettfolien zur Anbringung einer persönlichen Kennzeichnung
244 verfügen.
- 245 • Die Einbindung des Datenschutzbeauftragten der Landesregierung ist sicherzustellen.“
- 246 • sollte es zur Einführung der BodyCams kommen, die klare Kennzeichnung von Polizeibe-
247 amt*innen, die mit BodyCams ausgerüstet sind. Dies kann beispielsweise durch eine spe-
248 zielle Weste (vgl. Warnweste) geschehen, welche von Beamt*innen mit BodyCams getra-
249 gen werden muss.
- 250 • sollte es zur Einführung der BodyCams kommen, die Einrichtung einer unabhängigen
251 Treuhandstelle, welche die Gewährleistung der Sicherheit polizeilicher Datenverarbei-
252 tung zur Aufgabe hat.

253

254 **Polizeikongress**

255 Daneben wirft die geplante Anschaffung von BodyCams bei der saarländischen Polizei viele Fra-
256 gen auf, die vor Inbetriebnahme einer kritischen rechtlichen Prüfung bedürfen. Und auch die De-
257 batte um die Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen hat beispielhaft gezeigt, dass auch die
258 Thematik der Dokumentation und Transparenz polizeilichen Handelns ein wichtiger Faktor für
259 das Vertrauen von Bürger*innen in die saarländische Polizei darstellt. Damit das Bildmaterial
260 auch dem Schutz der Bürger dienen kann darf eine Löschung vor Ablauf eventueller Mindest-
261 speicherfristen technisch nur für die zuständige Stelle, etwa die Innenrevision, aber nicht für die
262 beteiligten Polizisten selber oder ihre Kollegen auf der Wache möglich sein. Ebenso wäre es zur
263 objektiveren Erfassung der Situation hilfreich, wenn ein Abschalten der Kamera nur mit einer
264 Zeitverzögerung, z.B. 30 Sekunden, möglich wäre.“

265

266 **All dies zum Anlass nehmend fordern wir**

- 267 • die SPD Saar auf einen parteiöffentlichen Polizeikongress zu veranstalten. Bei diesem
268 Kongress sollen die im Antrag aufgeworfenen und weitere Fragen bzgl. Datenschutz,
269 Bürger*innenrechte und Transparenz umfassend von Expert*innen beleuchtet werden.
270 Insbesondere fordern wir die SPD Saar in diesem Zusammenhang auf, Expert*innen und
271 Vertreter*innen von

-
- 272 • Polizei,
273 • Gewerkschaft,
274 • Wissenschaft (bswp. Professor Dr. Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg)
275 und NGO's (bspw. Amnesty International, als Referent*innen für einen solchen Kongress
276 zu gewinnen.

IJ10

Antragsteller: **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)**

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen anerkennen**

2

3 Frauen erleben die Flucht aus ihrem Heimatland unter erschwerten Bedingungen. Sie erleben
4 Gewalt, Unterdrückung und nicht selten Vergewaltigung. Vor allem Schwangere Frauen leiden
5 darüber hinaus unter fehlender gesundheitlicher Betreuung während der Flucht, Mangelernäh-
6 rung und fehlenden Möglichkeiten der Erholung. Die Perspektive ist ein Leben in Frieden und
7 Freiheit im Zielland.

8

9 Der Landesparteitag fordert die saarländische Regierung auf, für Flüchtlingsfrauen Bedingungen
10 zu gewährleisten, die sie vor jeglicher Gewalt schützen und ihnen von Anfang an eine gute Ge-
11 sundheitsversorgung zur Verfügung stellen.

12

13 Dazu gehören:

14 • Geschlechtsspezifische Asylgründe müssen berücksichtigt werden. Die Frauen müssen
15 im Anhörungsverfahren den nötigen Schutz genießen, diese Gründe auch äußern zu können.
16 Schwangere Frauen dürfen nicht abgeschoben werden.

17

18 • Schwangere Frauen und Mütter mit kleinen Kindern müssen besonderen Schutz genie-
19 ßen und Zugang zur Hebammenbetreuung vor und nach der Geburt muss dabei gewährleistet
20 werden. Sowohl Schwangere als auch Wöchnerinnen mit Fluchterfahrungen bedürfen eines be-
21 sonderen Schutzes. Gerade Frauen, die eine mehrwöchige Flucht hinter sich gebracht haben,
22 sind besonders gefährdet. Eine Weiterverlegung in ein anderes Bundesland im Falle einer Risiko-
23 schwangerschaft ist daher auszuschließen. Für die Entbindung ist eine angemessene gesund-
24 heitliche Betreuung in einem Krankenhaus sicherzustellen. Die Herkunft darf nicht über die me-
25 dizinische Versorgung einer schwangeren Frau und ihres ungeborenen Kindes entscheiden.
26 Ebenfalls dürfen Flüchtlingsfrauen und ihre Neugeborenen während der in Deutschland gelten-
27 den Mutterschutzfristen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus nicht zu einer Verlegung ge-
28 zwungen werden. Vor einer Verlegung ist ein ärztliches Attest erforderlich, dass die Transportfä-
29 higkeit der Frauen überprüft.

30

31 • Die Unterbringung von Flüchtlingsfamilien, alleinlebenden und alleinerziehenden
32 Frauen soll in Wohnbereichen mit eigener Küche und Sanitärbereich erfolgen. Alleinreisende

33 und alleinerziehende Frauen sollen geschützt untergebracht werden. Diese Unterbringung soll
34 nicht in Erstaufnahmestellen erfolgen, sondern in sozial-psychologisch betreuten Wohngemein-
35 schaften außerhalb von Erstaufnahmeeinrichtungen. Wöchnerinnen und Neugeborene dürfen
36 nicht in Zelten untergebracht werden.

37 Flüchtlingsfrauen brauchen in der Erstaufnahmestelle, aber auch später in den Kommunen eine
38 kultursensible medizinische und psychologische Betreuung. Dazu gehören insbesondere Einrich-
39 tungen nur für Frauen und ihre Kinder. Für schwer traumatisierte Frauen ist psychologische Be-
40 treuung unerlässlich. Frauen, die in ihren Herkunftsländern oder während der Flucht sexuali-
41 sierte Gewalt erlebt haben, müssen einen Anspruch auf Beratung und Betreuung haben. Die Be-
42 treuung muss in der Muttersprache ggf. durch Dolmetscherdienste durch Frauen angeboten
43 werden.

44

45 Weitere wichtige Bedingungen nicht nur für Frauen sind:

46

47 • Eine angemessene gesundheitliche Versorgung durch eine der gesetzlichen entsprechen-
48 den Krankenversicherungen. Eine gute gesundheitliche Betreuung lässt sich dauerhaft nicht
49 über Ehrenamt sicherstellen. Hier sind Landes- und Bundesregierung, sowie Krankenkassen ge-
50 fragt, zügig eine Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge auf den Weg zu bringen. Dies er-
51 leichtert den Zugang zu medizinischer Versorgung und senkt die administrativen Kosten für die
52 Leistungsträger auf kommunaler Seite.

53

54 • Der Zugang zu sprachlichen Integrationsprachkursen muss für alle Flüchtlinge gewähr-
55 leistet unmittelbar nach der Erstaufnahme gewährleistet werden, unabhängig vom Aufenthalts-
56 status. Insbesondere weiblichen Flüchtlingen sollten sollten Kurse von Frauen für Frauen ange-
57 boten werden.

58

59 • Rund ein Drittel der ankommenden Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche, die mit oder
60 ohne Eltern in Deutschland einreisen. Junge Familien benötigen schnelle Beratung zum Zugang
61 in das örtliche Bildungs- und Betreuungssystem. Insbesondere für die soziale Integration und
62 den Spracherwerb der Kinder ist ein zügiger Besuch eines Kindergartens oder einer Schule wich-
63 tig. Die AsF Saar begrüßt daher die im Saarland unabhängig vom Aufenthaltsstatus geltende
64 Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen.

65

66 • Neben Ehrenamtlichen, die in großer Zahl und aufopferungsvoll Hilfe anbieten und leis-
67 ten, muss ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen, auch zur Koordinierung
68 und Unterstützung der Ehrenamtlichen. Gerade die Ehrenamtlichen benötigen professionelle
69 Beratung und Ansprechpartner_innen. Aufgrund der hohen Zahlen an neuankommenden
70 Flüchtlingen arbeiten die Landesaufnahmestelle in Lebach und auch die Kommunen mit vielen
71 Ehrenamtlichen zusammen.

KOM1	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Kommunales Wahlrecht für nicht EU-Ausländer**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge beschließen:

4 Die SPD Saar fordert die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, ein Gesetz zu erarbei-
5 ten, das Migrantinnen und Migranten, auch wenn sie keine Bürgerinnen und Bürger eines EU-
6 Staates sind, ermöglicht, an kommunalen Wahlen – mit aktivem und passivem Wahlrecht – teil-
7 nehmen zu können. Alle Migrantinnen und Migranten, die länger als 5 Jahre in Deutschland le-
8 ben und ihren dauerhaften Wohnsitz in Deutschland haben, sollten wählen dürfen bzw. wählbar
9 sein, wenn sie das vom Gesetzgeber festgesetzte Wahlalter erreicht haben.

10 Zudem fordern wir die saarländische Landesregierung auf, bei diesem Thema auf Bundesebene
11 aktiv zu werden und die oben genannte Forderung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstüt-
12 zen.

13

14 **Begründung**

15 Wer seinen Lebensmittelpunkt und seinen dauerhaften Wohnsitz in Deutschland hat, muss
16 auch die Möglichkeit haben sich an politischen Prozessen und insbesondere an Wahlen betei-
17 ligen zu können. Viele Migrantinnen und Migranten wohnen bereits in der dritten Generation in
18 Deutschland, haben Unternehmen gegründet und zahlen Steuern. Sie sind von politischen Ent-
19 scheidungen genauso betroffen wie deutsche Staatsbürger.

20 Des Weiteren ist das kommunale Wahlrecht ein wichtiges Instrument der Integration. Integra-
21 tion bedeutet auch politische Teilhabe.

KOM2	Antragsteller: Kreisverband Saarpfalz
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Zusammen stehen gegen Rechts – Keine Zusammenarbeit mit der AfD**

2
3 Mit der AfD trat bei der Bundestagswahl 2013 eine rechtspopulistische Protestpartei zu Wahlen
4 in Deutschland an. Diese Scheinalternative ist weniger radikal als die NPD und verfolgt eine an-
5 dere Strategie. Menschenverachtende Einstellungen findet man in ihren Reihen dennoch. Ge-
6 rade bei Protestwähler_innen erntet die AfD Zuspruch.

7 Die AfD ist inzwischen zu einem relevanten Problem geworden. So verpasste sie mit 4,9% den
8 Einzug in den Bundestag nur sehr knapp. Bei den Europa- und Kommunalwahlen 2014 stellten
9 sich die ersten – in Mandaten messbaren – Wahlerfolge für die neuen Rechten ein.

10 Die AfD entsendete sieben Abgeordnete in das Europaparlament. Dazu gehört Parteichef Lucke,
11 der allerdings angekündigt hat 2017 in den Bundestag einziehen zu wollen und sein Mandat
12 dann abgeben wird. Wegen seines diktatorischen Führungsstils steht Lucke zuletzt stark unter
13 Druck, was ihn jedoch nicht weniger gefährlich macht.

14
15 Mit ihm zog Hans-Olaf Henkel in das Europaparlament ein. Ähnlich wie Luke versucht Henkel
16 sich als Experte für alle Wirtschaftsfragen darzustellen. Dass es unterschiedliche Schulen und
17 Betrachtungsweisen in der Ökonomie gibt verschweigt er dabei. Dafür steht er auch unter Wirt-
18 schaftswissenschaftlern in der Kritik.

19 Allgemeinen Widerspruch erntete Henkel auf seine These, dass die Vergaben von Sozialleis-
20 tungen die Finanzkrise ausgelöst habe. Henkel tarnte hier mit wirtschaftspolitischen Argumen-
21 ten, dass er die soziale Marktwirtschaft ablehnt und stattdessen eine Gesellschaft etablieren
22 möchte, in den Schwachen nicht mehr geholfen wird.

23 Als Beispiel möchte Henkel das „Redlining“ wiedereinführen. Dieses Statistikverfahren sorgt da-
24 für, dass die Kreditvergabe an Arme und Angehörige von Minderheiten erschwert wird. Dadurch
25 werden Angehörige dieser Gruppen zu Menschen zweiter Klasse bei der Kreditvergabe degra-
26 diert.

27 Auch seinen Arbeitgeber – die EU – lehnt Henkel eigentlich ab. Im Europawahlkampf schmähete
28 er die EU mit dem neurechten Kampfbegriff „EUdSSR“ (einer Wortschöpfung, die suggerieren
29 will, dass die EU ähnlich der UdSSR strukturiert sei) und versuchte unser Europa damit zu diskre-
30 ditieren.

31

32 Mit Beatrix von Storch zieht eine weitere zweifelhafte Figur in das Europäische Parlament ein.
33 Von Storch kontrolliert das Protestunternehmen „Zivile Koalition e.V.“. Ihre Familie entspringt
34 dem Hochadel und nutzt ihren Einfluss um eigene Ziele – z.B. die Rückgabe der in der DDR ent-
35 eigneten Gebiete an die Junkerfamilien – durchzusetzen. Ihr als Verein organisiertes Unterneh-
36 men treibt erzkonservative und wirtschaftsradikale Kampagnen (z.B. gegen die sog. „Homoehe“
37 oder für den Abbau von Arbeitnehmer_innenrechten) voran. Das Unternehmen gilt als deut-
38 sches Pendant zur „Tee-Party-Bewegung“. Von Storch kontrolliert Mehrere Netzwerke in der
39 AfD. Aus Protest gegen diesen Rechtsruck waren hochrangige Funktionäre aus der jungen Partei
40 wieder ausgetreten.

41
42 Auch bei der neurechten „PEGIDA“-Bewegung spielten Funktionäre der AfD eine große Rolle. Sie
43 besetzten Posten in den Organisationsteams und hatten so auch Einfluss auf die Ideologie dieser
44 Gruppen. Erst nachdem sich der übergroße Einfluss der NPD auf den saarländischen Ableger der
45 PEGIDA („Saargida“) gezeigt hatte, nahm die AfD abstand.

46
47 Mit ihren Thesen und ihrem Handeln kämpft die AfD gegen alles wofür die Sozialdemokratie
48 steht. Sie kämpft gegen den Sozialstaat, gegen eine offene Gesellschaft und gegen ein vereintes
49 Europa.

50
51 Die AfD ist dabei in einer strengen Hierarchie organisiert. Luke lässt nur wenig Kritik an sich und
52 seinen Entscheidungen zu. Er verlangt, dass die strategischen Leitlinien seines inneren Zirkels
53 von den unteren Ebenen mitgetragen und ausgeführt werden. Das belegen unter anderem die
54 zahlreichen schriftlichen Begründungen für Parteiaustritte in denen regelmäßig der Führungs-
55 stiel Luckes angeprangert wird und die zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Konflikte um diese
56 Frage.

57
58 Weiter begründen viele ehemalige AfD-Mitglieder ihren Austritt mit dem erstarken rechter Strö-
59 mungen in der AfD. Der öffentlichkeitswirksam verkündete Aufnahmestopp von ehemaligen
60 Mitgliedern rechter Kleinstparteien ist nicht umgesetzt worden. Ein Rechtsruck in der Partei ist
61 nicht zu leugnen.

62
63 Auch im Saarpfalz-Kreis hat sich die AfD mit der Kommunalwahl 2014 festgesetzt. So konnten
64 die Rechtspopulisten im Homburger und im Blieskastler Stadtrat 2 Mandate erreichen. Ein wei-
65 teres Mandat konnte die AfD im Kreistag einfahren.

66 Der Kampf gegen rechtspopulistische Einstellungen ist somit nicht nur ein Thema in der Bundes-
67 und Europapolitik. Es ist auch ein Thema in unserem Kreistag und in den Gemeinderäten.

68
69 Die AfD ist nicht an einer sachlichen Politik und der Lösung von vorhandenen Problemen inte-
70 ressiert. Viel mehr versucht sie Ängste in der Bevölkerung zu nutzen um ideologische Positionen
71 durchzusetzen. Wer mit der AfD zusammenarbeitet, macht sich zu ihrem Erfüllungsgehilfen.

72

73 Momentan liegt die AfD – je nach Umfrage - knapp über oder knapp unter der 5%-Hürde. Um der
74 AfD keinen Auftrieb zu verschaffen, dürfen die Bürger_innen nicht den Eindruck erhalten, dass
75 die AfD in irgendeiner Form Zugriff auf eine Machtperspektive erhalten könnte.

76

77 Forderungen:

78 • Keine parlamentarische oder außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD oder
79 ihr nahestehenden Gruppen!

80 • Die Ablehnung der Zusammenarbeit darf sich nicht auf streitbare Themen begrenzen.
81 Häufig versuchen populistischen Kräfte scheinbare Sachthemen auf die Agenda zu set-
82 zen, um Anerkennungs- und Normalisierungseffekte zu erreichen. Einer solchen Strate-
83 gie muss sich die SPD entgegenstellen.

84 • Spricht die AfD ein existierendes Problem an, kann ein gleichlautender Antrag von allen
85 anderen Fraktionen eingebracht und abgestimmt werden.

86 • Gleichzeitig muss sich die SPD mit der AfD politisch auseinandersetzen, ohne ihr zu hohe
87 Aufmerksamkeit zuzuspielen. Bringen Mitglieder der AfD Anträge ein, soll nur ein Mit-
88 glied des Kommunalparlaments erwidern. Anschließend wird der Antrag gemeinsam ab-
89 gelehnt.

90 • Bei Personalentscheidungen dürfen die Rechtspopulisten nie das Zünglein an der Waage
91 sein. Darum muss die SPD auch auf andere Parteien einwirken, dass keine Verhandlun-
92 gen mit der AfD aufgenommen werden. Stabile Mehrheiten sind mit der AfD nicht mög-
93 lich.

94

95 **Begründung:**

96 Siehe Analyse. Weiteres erfolgt mündlich.

97

98 **Quellenverzeichnis**

99 <https://alternativernewsletter.wordpress.com/innerparteiliche-demokratie/parteiaustritte/>

100 <https://andreaskemper.wordpress.com/2013/12/22/afd-austrittswelle/>

101 <http://www.freitag.de/autoren/andreas-kemper/zur-demokratiefeindlichkeit-der-afd>

102 www.stimme-gegen-rechts.de

KOM3	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Nachhaltiges Landesbäderkonzept entwickeln – jetzt!**

2

3 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich bei der Landesregierung und im Parlament
4 zügig für die Erstellung eines landesweiten Bäderkonzepts einzusetzen. Die saarländischen
5 Kommunen dürfen mit der Finanzierung von Schwimmbädern nicht länger alleine gelassen wer-
6 den.

7

8 Seit mehreren Jahren stehen die Kommunen vor finanziellen Überlastungen. Vor allem die
9 Schwimmbäder stellen ein teures Zuschussgeschäft für Städte und Gemeinden dar. Vor allem
10 jenen Gemeinden, denen die Überschuldung droht, wird geraten, ihr Bad zu schließen. Als Teil
11 der öffentlichen Daseinsvorsorge jedoch sind Bäder „Zuschussgeschäfte“ – nicht zuletzt, um so-
12 ziale Eintrittspreise zu realisieren.

13

14 Die Diskussion um die Sonderbehandlung des Schaumbergbades der Gemeinde Tholey zu Lasten
15 der anderen Gemeinden im Landkreis St. Wendel zeigt exemplarisch, dass es vordergründig um
16 die finanzielle Lastenaufteilung zwischen den Kommunen und die Rolle des Landkreises bei der
17 Bäderfinanzierung geht.

18

19 Im Kern stellt sich die Frage, wie die vielfältige Bäderlandschaft im Saarland erhalten bleiben
20 kann. Diese stellt nämlich einen außerordentlich bedeutsamen Teil der Daseinsvorsorge für die
21 Menschen in unserem Land dar: Für den Schul- und Breitensport, den Behindertensport, die ge-
22 sundheitliche Prävention ebenso wie als wohnortnahes Freizeitangebot für Kinder, Jugendliche,
23 Familien und Senioren sowie als Sport- und Trainingsstätte für die Sportvereine und Rettungs-
24 schwimmerInnen. Darüber hinaus sind die Bäder Teil der touristischen Infrastruktur unserer Re-
25 gion. Bei andauerndem Spardruck auf die Kommunen ist es nur eine Frage der Zeit, bis weitere
26 Schwimmbäder geschlossen werden und so das Netz an Bädern weiter ausgedünnt wird.

27

28 Seitens des Innenministeriums als Kommunalbehörde fehlt es an einem klaren Konzept, wie die
29 Zukunft der Bäderlandschaft im Saarland aussehen soll. Der saarländische Innenminister stiehlt
30 sich hier aus der Verantwortung. Dabei sind gerade jetzt vorausschauende Weitsicht und intel-
31 ligente Lösungen statt pauschale Kürzungspolitik nach dem Rasenmäher-Prinzip gefragt.

32

33 Ein landesweites Bäderkonzept muss sich mit der Frage befassen, wie viele Schwimmbäder, ge-
34 messen an der Einwohnerzahl, im Saarland sinnvoll und nachhaltig finanzierbar sind. Um die
35 Kommunen signifikant zu entlasten und die Bäder in der Fläche zu erhalten, bedarf es eines Um-
36 denkens in der Finanzierung der Bäder. Im Sinne eines solidarischen Kostenausgleichs muss ein
37 Konzept erstellt werden, wie das Land, die Landkreise und Kommunen an der Finanzierung be-
38 teiligt werden und wie das Defizit eingedämmt werden kann, damit die Kommunen mit der Fi-
39 nanzierung ihrer Bäder nicht überfordert werden und weiterhin in die kommunale Infrastruktur
40 investieren können.

KOM4	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Finanzierung Personaleinstellungen**

2

3 Der SPD Landesparteitag Saar am 09 und 10. Oktober 2015 möge beschließen:

4

5 Die Belastungen von Kommunen und Kreisen wird durch die Erfüllung von Pflichtaufgaben des
6 Bundes, wie z.Bsp. bei der Flüchtlingshilfe, immer größer.

7 Die Bundesregierung und unsere Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, die Finanzie-

8 rung von Personaleinstellungen zu 100% durch den Bund zu finanzieren.

KOM5	Antragsteller: SPD Kreisvorstand Saarbrücken-Land und AfA Kreisverband Saarbrücken-Land
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

- 1 **Finanzierung Flüchtlingshilfe der Kommunen**
- 2
- 3 Der SPD Landesparteitag Saar am 09 und 10. Oktober 2015 möge beschließen:
- 4 Das ständige Ansteigen von bundeseigenen Pflichtausgaben in den Kreisen und Kommunen wie
- 5 bei der Flüchtlingshilfe, führt zu zunehmenden Belastungen von Kreisen und Kommunen.
- 6
- 7 Wir fordern den Bund und die Bundesabgeordneten auf, die Finanzierung dieser Ausgaben zu
- 8 100% zu finanzieren.
- 9 Hierbei ist sicher zu stellen, das die Finanzmittel zu 100% bei den Kreisen und Kommunen an-
- 10 kommen.

KOM6

Antragsteller: Kreisverband St. Wendel

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Ländlicher Raum – ein starkes Stück Saarland**

2

3 Nach einer EU-Statistik sind etwa 90 Prozent der Fläche Deutschlands ländlich geprägt. Im Saar-
4 land nimmt der ländliche Raum etwa 2/3 der Landesfläche ein. Hier wohnt mehr als 1/3 der
5 saarländischen Bevölkerung. Die SPD setzt sich seit Jahren für die Schaffung gleichwertiger Le-
6 bensverhältnisse im Saarland ein.

7

8 Ländliche Räume sind starke wirtschaftliche Räume. Für die SPD ist klar: Der Ländliche Raum hat
9 Zukunft. Er fördert die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung und ist identitätsbil-
10 dend. Im Saarland kommt dem ländlichen Raum daher eine unverzichtbare Funktion zu.

11

12 Gleichzeitig steht er sozialen, ökonomischen und demografischen Herausforderungen gegen-
13 über. Besonders die Abwanderung und Überalterung stellen eine besondere Belastung dar. Im
14 Bereich der dörflichen Infrastruktur werden immer mehr Verluste öffentlicher und privater An-
15 gebote verzeichnet.

16

17 Auch im Bereich der Landwirtschaft ist ein Strukturwandel zu verzeichnen. Landwirtschaft ist
18 vorrangig Nahrungsmittelproduktion. Durch eine ressourcenschonende Produktionsweise soll in
19 Zukunft noch stärker eine ökologische Bewirtschaftung vor allem im Sinne des Klimaschutzes,
20 der Erhaltung der biologischen Vielfalt und des Umwelt- und Tierschutzes betrieben werden.

21

22 Wir wollen den Menschen im ländlichen Raum eine gute Zukunft sichern. Attraktive Lebens- und
23 Wirtschaftsräume stärken dabei die Entwicklungschancen. Die SPD nimmt sich den Herausfor-
24 derungen, vor denen der ländliche Raum steht, an. Regionale Schrumpfungsprozesse durch Ab-
25 bau der dörflichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur sollen aufgehalten werden. Zuwanderung
26 bedeutet daher gerade auch für den ländlichen Raum eine große Chance. Soziale Dorferneue-
27 rung muss mit Hilfe von Förderprogrammen auf Landes-, Bundes- und der europäischen Ebene
28 gestaltet werden.

29

30 In der Zukunft liegen die Handlungsfelder vor allem in der Sicherung der Daseinsvorsorge und
31 der Sicherung einer technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur. Ziel ist es, die medizini-
32 sche Versorgung sowie öffentliche Einrichtungen (Kitas, Schulen) im Rahmen von Dorferneue-
33 rungsprogrammen zu erhalten. Eine gute Anbindung des ÖPNV an das VerkehrswegeNetz zählt

33 dabei ebenso zu einem attraktiven Lebensumfeld, wie ein breites Angebot für altersgerechtes
34 Wohnen. Die SPD sieht dabei die EU, den Bund, das Land und die Kommunen in der Verantwor-
35 tung, konzeptionell, organisatorisch und finanziell gute Entwicklungsperspektiven für den länd-
36 lichen Raum zu erarbeiten.

37
38 Der ländliche Raum mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen schafft Arbeitsplätze vor Ort
39 und weist ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Wir wollen auch in Zukunft die Ansiedlung
40 von KMU in ländlichen Gebieten fördern. Der ländliche Raum braucht auch in Zukunft Leucht-
41 turmprojekte wie den Nationalpark, das Biosphärengebiet im Bliesgau oder den Ferienpark. Be-
42 sonders hier liegen neue Wachstumsfelder im Bereich des Tourismus, Gesundheit, erneuerbare
43 Energien und Dienstleistungen. Um Wertschöpfungspotenziale im ländlichen Raum nachhaltig
44 zu sichern, ist neben einer konkreten Entwicklungsstrategie auch ein effektiver Breitbandausbau
45 unumgänglich.

46 Eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft bildet eine weitere Grundlage für die Attraktivität
47 und Lebendigkeit ländlicher Regionen und tragen einen wesentlichen Teil zur Wertschöpfung im
48 ländlichen Raum bei. Wir unterstützen die bäuerliche Landwirtschaft darin, ihre Einkommens-
49 grundlage zu sichern. Dazu sollen die Regionalvermarktung, der Aufbau von Wertschöpfungs-
50 ketten in der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und die Diversifizierung der Be-
51 triebe weiter unterstützt werden. Den Spitzenplatz des Saarlandes im Bereich der biologischen
52 Landwirtschaft wollen wir ausbauen. Grundsätzlich gilt für die SPD zum Erhalt der Kulturland-
53 schaft: Naturschutz durch Naturnutz. Dabei soll das Greening weiter ausgebaut werden, denn
54 auch die Landwirtschaft muss weitere Beiträge zum Erhalt der Artenvielfalt und zum Schutz von
55 Boden und Grundwasser erbringen.

56 Der Forstwirtschaft kommt aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen eine große Bedeu-
57 tung für den ländlichen Raum und das Saarland insgesamt zu. Das Saarland und der SaarForst
58 wurden vom NABU-Bundesverband für den aus Naturschutzsicht vorbildlichen Umgang mit
59 dem Wald ausgezeichnet. Die Bewirtschaftung des Staatswaldes orientiert sich an natürlichen
60 Prozessen und schützt bzw. fördert die Artenvielfalt. Auch in Zukunft wollen wir im SaarForst
61 gute wirtschaftliche Ergebnisse erreichen und gleichzeitig die vielfältigen Funktionen des Wal-
62 des für die Bürger erhalten. Auch weiterhin soll dafür partnerschaftlich mit den Kommunen zu-
63 sammengearbeitet werden. Die Möglichkeiten zum Ausbau von Windenergie im Wald an geeig-
64 neten Standorten werden wir nutzen. Probleme durch die Zersplitterung der Eigentumsverhält-
65 nisse im Privatwald werden von uns angegangen.

66
67 Saarländische Identität, Tradition und Bräuche werden auf dem Land besonders gepflegt. Diese
68 kulturellen Ressourcen des ländlichen Raums wollen wir nutzen und fördern. Das kulturelle Eh-
69 renamt nimmt in ländlichen Regionen eine bedeutende Rolle ein, hier finden sich besonders viele
70 Kulturtreibende in den Vereinen, auch viele Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus kommen
71 aus dem ländlichen Raum auch viele kulturelle Impulse und bedeutende Künstler, die dem Saar-
72 land auch bundesweit ein Gesicht geben.

73
74 Die SPD macht in der Regierung eine engagierte und erfolgreiche Politik für den ländlichen
75 Raum. Für die neue EU-Förderperiode des ELER von 2014 bis 2020 hat das Umweltministerium
76 ein hervorragendes Saarländisches Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (SEPL) vor-
77 gelegt. Dieses werden wir erfolgreich umsetzen. Dies gilt insbesondere für den Naturschutz, die
78 Umsetzung der Nennung der LEADER- Programme, die Umsetzung des Nationalparks, den Aus-
79 bau erneuerbarer Energie, die Umsetzung von Natura 2000 und die finanzielle Unterstützung
80 der Kommunen durch das Land.

81 Durch die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie wollen wir gute und nachhaltige Maßnah-
82 men umsetzen und Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt für die kommenden Jahrzehnte
83 im Saarland erreichen. Gemäß unserem Leitsatz, die Umwelt und Natur mit den Menschen zu
84 entwickeln, haben wir eine Wasserrahmenrichtlinie unter Beteiligung der Öffentlichkeit entwi-
85 ckelt. Die Richtlinie zielt auf den ökologischen Schutz bzw. auf das gute ökologische Potenzial
86 der bestehenden Gewässer ab. In Zukunft sollen außerdem Erfahrungen und Aspekte zum
87 Thema Nachhaltigkeit im Saarland in einer Strategie koordiniert und gebündelt werden. Mit ei-
88 ner Nachhaltigkeitsstrategie wird es unser Ziel sein, nachhaltiges Handeln als Bestandteil des
89 Alltages der Saarländerinnen und Saarländer zu festigen. Somit setzen wir im Saarland auch in
90 Zukunft die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ um.

91 Die SPD hält einen umfassenden Landesentwicklungsplan für notwendig. Dieser kann nur in ei-
92 ner gemeinsamen Strategie für den Ballungsraum und den ländlichen Raum bestehen. Der länd-
93 liche Raum profitiert von einer starken Landeshauptstadt und umgekehrt. Deshalb wollen wir
94 auch in Zukunft Leuchtturmprojekte auf dem Land fördern. Da gerade viele Kommunen im länd-
95 lichen Raum finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen, werden wir uns dafür einsetzen,
96 diese zu unterstützen. Der Bund steht hier in besonderer Verantwortung. Ein erster Schritt dazu
97 wäre eine flexiblere Mittelverwendung der Mittel aus der GAK und der GRW.

KOM7	Antragsteller: Kreisverband St. Wendel
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Verantwortung für Kommunen übernehmen - Reformen jetzt umsetzen**

2

3 Die SPD Saar sieht in der Sanierung der Kommunalfinanzen eine der dringlichsten Aufgaben für
4 die aktuelle und zukünftige Landespolitik. Dies kann nur gelingen, wenn der Bund seiner gesamt-
5 gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird und die Kommunen deutlich stärker von den aus-
6 ufernden Sozialausgaben entlastet und zudem die kommunalen Einnahmen stärkt. Darüber hin-
7 aus müssen das Land und die Kommunen selbst eigene Beiträge bringen.

8

9 Das Grundsatzpapier der Saarlandklausur vom März 2015 ist eine hervorragende Grundlage für
10 eine faire und gerechte Lastenverteilung. Die Umsetzung unseres „Saarland-Pakts“ verpflichtet
11 Regierung und Landtag zu zahlreichen Maßnahmen, die rasch umgesetzt werden müssen, ins-
12 besondere die umgehende Einführung des strikten Konnexitätsprinzips in die Saarländische Lan-
13 desverfassung.

14

15 Ein wesentlicher Baustein sind Einsparungen im Personalbereich, die durch interkommunale Zu-
16 sammenarbeit erzielt werden sollen. Dabei soll zunächst das Prinzip der Freiwilligkeit gelten.
17 Schon heute ist absehbar, dass die erwarteten Einsparsummen so nicht erreicht werden können,
18 wenn nicht das Land eine aktivere Rolle einnimmt.

19 Der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit erfordert eine initiiierende, organisierende
20 und moderierende Rolle des Landes verbunden mit deutlichen finanziellen Anreizen für eine Ko-
21 operation. Hier ist das Innenministerium in der Verantwortung, konkrete Vorschläge zu machen
22 und Prozesse anzustoßen. Dazu zählen auch die im Koalitionsvertrag verabredeten gesetzlichen
23 Veränderungen bei der interkommunalen Zusammenarbeit. Gerade in den Bereichen, in denen
24 landesweite Kooperationen angestrebt werden, sind Pflichtverbände zur Zusammenarbeit not-
25 wendig. Der politische Appell des Landes an die Kommunen und die reine Beschränkung auf Ab-
26 warten und das Prinzip der Freiwilligkeit reichen nicht aus.

27 Zwingend ist zudem ein „Landesentwicklungsplan Infrastruktur“, der die Regionen in ihren vor-
28 handenen Stärken stärkt und ihre Entwicklungen zielführend fördert. Hierdurch soll Gerechtig-
29 keit bei den Entwicklungschancen und eine klare Prioritätensetzung für jede Region in unserem
30 Land gewährleistet werden.

-
- 31 Diese Bausteine jetzt zügig umzusetzen statt weiter auf Zeit zu spielen ist Pflicht jeder verant-
32 wortlichen Landespolitik. Die Finanzlage der saarländischen Kommunen lässt ein längeres Ab-
33 warten nicht zu.

KOM8	Antragsteller: AG SelbstAktiv – behinderte Menschen in der SPD Saar
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Stärkung der Rechte der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen**

2

3 Zur Weiterleitung an die SPD Landtagsfraktion und den SPD-Landesvorstand

4

5 Innerhalb der saarländischen Kommunen, Landkreise und dem Regionalverband erfolgt die
6 Wahrung der Interessen behinderter Menschen nach Maßgabe des § 19 des Gesetzes zur Gleich-
7 stellung von Menschen mit Behinderungen im Saarland (Saarländisches Behindertengleichstel-
8 lungsgesetz - SBGG) vom 26. November 2003. Im § 50a Interessenvertretung für ältere Men-
9 schen und für Menschen mit Behinderungen des KSVG – Kommunalselbstverwaltungsgesetz -
10 Saarland – wird auf dieses Organ verwiesen. Das KSVG konkretisiert allerdings nicht die gegen-
11 seitigen Rechte und Pflichten der kommunalen Organe und der Behindertenbeauftragten. Auch
12 im § 19 des SBGG, auf den das KSVG verweist, sind die gegenseitigen Rechte und Pflichten nicht
13 im gebotenen Maß geregelt.

14 Auf die derzeit bestehenden unterschiedlichen und zum Teil unbefriedigenden Regelungen in
15 den saarländischen Kommunen, Landkreisen und dem Regionalverband hinsichtlich der Aus-
16 übung des Amtes der kommunalen Behindertenbeauftragten (u. a. Rede- und Antragsrecht, Teil-
17 nahme an Sitzungen, Budget, Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen ...), was häufig Schwie-
18 rigkeiten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit bereitet, wird bereits in einer Resolution hingewiesen,
19 die bei einem Treffen des Landes- und der kommunalen Behindertenbeauftragten im Juni 2012
20 an den saarländischen Landtag und die Landesregierung gerichtet wurde. Auch die AG SelbstAk-
21 tiv Saar vertritt – wie die Unterzeichner der Resolution - die Auffassung, dass die kommunalen
22 Behindertenbeauftragten eine vergleichbare Rechtstellung erhalten sollen, wie sie für die Frau-
23 enbeauftragten im KSVG im § 79a festgeschrieben ist.

24 Auch im Hinblick auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, welche die Nichtdis-
25 kriminierung, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit behinderter Menschen vorgibt,
26 ist eine Konkretisierung im KSVG dringend geboten.

27 Die AG SelbstAktiv – behinderte Menschen in der SPD Saar fordert den Landesvorstand und die
28 Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Rechte der kommunalen Behindertenbeauf-
29 tragten durch eine Änderung des SBGG und des KSVG zu stärken.

01	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Bildung einer SPD International**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar und der Bundesparteitag mögen beschließen:

4 Die SPD Saar fordert den SPD-LV Saar und den Bundesparteitag, den Bundesvorstand der Partei
5 auf, den Bundesparteitagsbeschluss von 2011 über die Bildung einer SPD International endlich
6 umzusetzen.

7

8 **Begründung**

9 Die im Ausland angesiedelten Freundeskreise und OV's haben den Eindruck, dass der Parteivor-
10 stand kein Interesse an der Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zur Bildung einer für die Aus-
11 landsmitglieder eigenständigen Organisation hat.

02	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft 60 plus
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Bericht über die Behandlung von Anträgen**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Die Landesgeschäftsstelle der SPD wird – gemäß der bisherigen langjährigen Beschlusslage - auf-
5 gefordert, einmal im Jahr dem Landesvorstand und den Antragstellern einen Bericht vorzulegen,
6 was mit den auf dem jeweiligen Landesparteitag beschlossenen Anträgen geschehen und wie
7 der Stand der Umsetzung ist.

8

9 **Begründung**

10 In Sitzungen von Vorständen und Arbeitsgemeinschaften werden wir häufig gefragt: Was ist aus
11 unserem angenommenen Antrag vom letzten Parteitag geworden, wir haben nie mehr was da-
12 von gehört?

13 Nicht selten ist die Aussage zu hören: „Die verschwinden im Papierkorb“.

14 Wir selbst können oft darauf keine Antwort geben, da auch uns die notwendigen Informationen
15 fehlen.

16 Antragsteller machen sich oft sehr große Mühe mit ihren Anträgen. Sie haben ein Recht darauf
17 zu erfahren, was mit ihnen geschehen ist.

03	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft 60 plus
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Information der Parteiorganisation**

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Der Landesvorstand wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Parteiorganisation der SPD-Saar
5 - wie vor Jahren erfolgreich - wieder regelmäßig über Planung, Maßnahmen, Kampagnen und
6 Aktionen des Landesvorstandes, sowie über den Stand der Mitgliederentwicklung und den Stand
7 der Organisation informiert wird.

8 Dies sollte sowohl über Rundschreiben als auch per E-Mail erfolgen.

9

10 **Begründung**

11 Wer mobilisieren will, muss motivieren und informieren. Ein entsprechender Informationsdienst
12 für die Parteigliederungen und die Arbeitsgemeinschaften fehlt leider seit vielen Jahren.

04

Antragsteller: Ortsverein St. Johann

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Paritätisch besetzte Doppelspitze jetzt ermöglichen!**

2

3 Die SPD muss weiblicher werden – unter dieser Überschrift hat der SPD-Bundesparteitag am 14.
4 November 2013 eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Aus Sicht des Bundesparteitags fehlt
5 ein wichtiger Punkt, der mehr Partnerschaftlichkeit zwischen Männern und Frauen in der SPD
6 ermöglichen könnte. Die geltende Satzung der SPD verhindert gelebte Partnerschaftlichkeit in
7 der SPD. Selbst wenn Gliederungen der SPD dies wünschen, können sie keine paritätisch besetzte
8 Doppelspitze z.B. an die Spitze eines Ortsvereins, Unterbezirkes, Bezirkes oder Landesverbandes
9 bis hin zum Parteivorstand wählen.

10 Die antiquierte Satzungsregelung verhindert, dass die SPD sich als moderne Partei nach außen
11 präsentieren kann, in der Frauen und Männer sich auf Augenhöhe Führungsaufgaben partner-
12 schaftlich teilen.

13 Gleichzeitig verhindert die geltende Satzung, dass Frauen und Männer, die neben Beruf und Fa-
14 milie auch Verantwortung in der und für die SPD übernehmen wollen, sich diese mit jemand
15 anderem teilen können und so ihre anderen Verpflichtungen auch noch wahrnehmen können.
16 Damit wird die Führungsreserve unnötig reduziert und die politischen Kernforderungen der SPD
17 nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und ehrenamtlichem Engagement und
18 nach mehr Frauen in Führungspositionen im eigenen Einflussbereich der SPD konterkariert.

19

20 Der Landesparteitag der SPD Saar fordert deshalb:

21 Die Satzung der SPD wie folgt zu ändern:

22 § 23 Parteivorstand (1) Ziffer a) wird wie folgt geändert:

23 1) dem oder der Vorsitzenden oder

24 2) zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, darunter eine Frau.

25

26

27 Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD

05

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!**

2

3 Unsere Mutterpartei lässt derzeit wenig Chancen aus, um einen Politikstil zu verfolgen, der den
4 Kern der Sozialdemokratie aushöhlt. Ob es um Asylkompromisse geht, Liebäugeln mit Werten
5 wie Patriotismus oder Einschnitten an dem Megaprojekt Mindestlohn. Die SPD nimmt ihre Füh-
6 rungsrolle als stärkste Kraft des linken Lagers im Parteienspektrum zu wenig wahr und fokussiert
7 ihre Kräfte auf einen Politikstil der Mitte. Vor dem Hintergrund eines verhältnismäßig linken Re-
8 gierungsprogramms von 2013 werden solche konservativen Positionen als „Sprünge“ oder -
9 schlimmstenfalls - als Kontinuitätsbrüche wahrgenommen, die eng mit dem Parteivorsitzenden
10 Sigmar Gabriel verknüpft sind. In unseren Augen sind die großen Foren des sozialdemokrati-
11 schen Austauschs, der Bundeskongress und das Parteikonvent, in der Pflicht emanzipierter mit
12 Inhalten und dem Aufarbeiten unserer desaströsen Wahlergebnissen umzugehen. Da ein Groß-
13 teil der Delegierten allerdings in Lohn und Brot der SPD steht, ist eine kritische Aufarbeitung der
14 Themen nur schwer
15 möglich. Im Sinne einer stärkeren Basisdemokratie fordern wir daher:

16

17 **Forderungen:**

- 18 • Wir sprechen uns für eine Basismitglieder-Quote in der saarländischen Delega-
19 tion für den Bundeskongress und das Parteikonvent aus, damit nicht nur Funktionäre
20 und Spitzenpersonal anreisen können.
21 • Das Abstimmungsverhalten der saarländischen Delegationen muss transparent
22 sein.

06

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Aufgaben der Antragskommission der SPD klar definieren!**

2

3 Bei saarländischen Landesparteitagen, aber auch bundesweit, zeigt sich immer wieder, dass bei
4 vorhandenem Votum der Antragskommission der SPD nur selten eine wirkliche inhaltliche De-
5 batte aufkommt. Es kann sogar passieren, dass sich die Delegierten sich blind auf die Antrags-
6 kommission der SPD verlassen. Das Vertrauen gipfelte auf diversen Parteitag in, dass
7 ganze Antragsbereiche auf Basis des Votums im Block abgestimmt wurden.

8

9 In Diskussionen um die Antragskommission wird immer wieder behauptet, es wäre die Pflicht
10 der Antragskommission eine Beschlussempfehlung zu geben, damit Delegierte, die sich – wes-
11 halb auch immer – nicht mit dem Antragsbuch beschäftigt haben, einen Leitfaden für das Ab-
12 stimmungsprozedere erhalten. Lassen wir es erstmals dahin gestellt, ob es nicht zu der Pflicht
13 der Delegierten gehört, sich vor einem Parteitag selbst, oder in der delegierenden Gliederung mit
14 dem Antragsbuch zu befassen. Weder die Satzung der SPD Saar, noch das Organisationsstatut
15 der SPD legen genaue Aufgaben der Antragskommission fest. Im Organisationsstatut heißt es in
16 §18 Abs. 1: „Die Anträge sind den Delegierten, Bezirken, Unterbezirken und den Antragstellen-
17 den mit einer Stellungnahme der Antragskommission zwei Wochen vor dem Parteitag zuzusen-
18 den.“ Diese Stellungnahme ist aber nicht näher definiert und wird auch nicht als verpflichtend
19 beschrieben. Deshalb ist es für den Juso Kreisverband wichtig, dass diese Aufgaben in Zukunft
20 genau definiert sind.

21

22 Forderungen:

- 23 • Die Antragskommission soll die Anträge sichten auf:
- 24 ○ Redaktionelle Prüfung
- 25 ○ Prüfung der Zulässigkeit und fachlicher Korrektheit
- 26 • Aufstellung der Reihenfolge der Antragsberatung
- 27 • Votum der Antragskommission zur Kenntnis an die Delegierten, aber nicht mehr inner-
28 halb der Antragsberatung
- 29 • Änderungsvorschläge der Antragskommission werden wie alle anderen Änderungsan-
30 träge behandelt

07

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Kein Rückfall in Vorurteile und Fremdenhass – Parteiausschlussverfahren für Behauptung des Asyl- und Sozialmissbrauchs**

3

4 **Forderung:**

5 Die Jusos Saar fordern ein Parteiausschlussverfahren für SPD-Politikerinnen bzw. -politiker, die
6 im Zuge der Debatte um das Leid und die Flucht vieler Menschen von „Asylmissbrauch“ oder
7 „Sozialmissbrauch“ sprechen.

8

9 **Begründung:**

10 Solche Vorurteile und falschen Behauptungen gegenüber Menschen, die aus ihrer Not heraus
11 Zuflucht in anderen Ländern suchen, sind für SPD-Politikerinnen und –politiker nicht hinnehm-
12 bar. Im Zuge der Asyldebatte unterliegen Asylsuchende aus dem Balkangebiet Diskriminierung,
13 Verfolgung und humanitär untragbaren Zuständen. Leid und Not lassen sich nicht gegeneinan-
14 der ausspielen oder aufrechnen. Das ist mit den Grundwerten der SPD nicht vereinbar.

UEV1	Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Stadt
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Fracking**

2

3 Die SPD Saar fordert die Landesregierung, die Bundestagsfraktion, die Bundesministerin für Um-
4 welt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und den Vizekanzler sowie Bundesminister für
5 Wirtschaft und Energie auf, auf ein generelles Verbot von Fracking zur Gewinnung von Kohlen-
6 wasserstoffen hinzuwirken.

7

8 **Begründung**

9 Das von der Bundesregierung Anfang April auf den Weg gebrachte Gesetz erlaubt Fracking in
10 vielen Gebieten und enthält nur weiche Begrenzungen zu zulässigen Tiefen und verwendbaren
11 Fracking-Flüssigkeiten.

12 Bei dieser Technologie wird unter sehr hohem Druck eine Flüssigkeit in eine gasführende Ge-
13 steinsschicht, etwa Schiefer, gepresst, um dieses aufzusprengen. Durch die entstandenen Risse
14 kann dann Gas entweichen, das gefördert werden kann.

15 Es gibt viele Probleme mit dieser Technologie:

- 16 1. Die verwendeten Flüssigkeiten sind meist giftig und können das Grundwasser verunrei-
17 nigen. Auch wenn es Schutzmaßnahmen gibt, so hat sich doch gezeigt: Was reingeht,
18 kommt irgendwann irgendwo wieder raus.
- 19 2. Der hohe Druck und die Risse führen zu geologischer Instabilität. Uns Saarländerinnen
20 und Saarländern sind Bergschäden nicht fremd, Erfahrungen mit Fracking, etwa in den
21 Niederlanden, zeigen dass das Fracking eben auch zu Bergschäden und Erdbeben führt.
- 22 3. Die Wissenschaft ist sich weitgehend einig, dass weltweit etwa ein Drittel der technisch
23 und wirtschaftlich förderbaren Kohlenwasserstoffe im Boden bleiben sollten, wenn das
24 durch ihre Verbrennung entstehende CO₂ nicht abgeschieden und sicher gelagert wer-
25 den kann.

26

27 Wie Punkt 1 und 2 aber klar machen, wird, selbst falls eine CO₂ Abscheidung wirtschaftlich und
28 technisch gelingt, eine CO₂ Verpressung wie zur Zeit vorgeschlagen das Klima nicht retten, denn
29 irgendwann gelangt das CO₂ doch in die Atmosphäre. Um unsere Klimaziele zu erreichen müs-
30 sen wir also vieles nicht fördern, was man fördern könnte – warum also das risikobehaftete Fra-
31 cking ohne Not einführen, wenn man besser sowieso nicht alles fördert? Warum Milliardenin-

32 vestitionen um eine neue Technologie zu erschließen, um dann viel Gas doch im Boden zu las-
33 sen? Oder wollen wir uns von den Klimazielen verabschieden, damit die Investitionen nicht um-
34 sonst waren? Wer kann erklären, warum die Bundesregierung und der Kooperationsrat in Saar-
35 brücken bei den erneuerbaren Energien auf die Bremse treten, von der CSU und dem Netzausbau
36 ganz zu schweigen, wo die Erneuerbaren doch Energie und Arbeitsplätze generieren? Klar würde
37 auch Fracking Arbeitsplätze und Energie generieren, aber eben auch CO₂, Umweltverschmut-
38 zung, Wasservergiftung und Bergschäden – sind da Windräder wirklich gefährlicher?

UEV2

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 Für ein neues Internationales Klimaabkommen

2

3 Die kontinuierliche Erwärmung des Erdklimas hat weitreichende Folgen, die heute nicht nur
4 messbar, sondern bereits sichtbar sind. Das verstärkte Auftreten von Wetterextremen, der Le-
5 bensraum- und Lebensgrundlagenverlust durch den Anstieg des Meeresspiegels und die sozialen
6 Auswirkungen der Klimaveränderungen sind drängende Probleme der Menschheit im 21. Jahr-
7 hundert. Jedes Jahr, das ohne ein weitreichendes, internationales und engagiertes Abkommen
8 zum Schutz des Erdklimas verstreicht, verringert die Chancen auf Erfolg.

9

10 Die Jusos Saar fordern daher:

11 Im Rahmen der Pariser UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 soll ein internationales Abkom-
12 men zum Schutz des Erdklimas erreicht werden, das die folgenden Aspekte beinhalten muss:

- 13 • Die Erderwärmung muss auf 2°C, bezogen auf die vorindustrielle Zeit, eingedämmt wer-
14 den.
- 15 • Die Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen muss bereits in diesem Jahrzehnt
16 begonnen werden.
- 17 • Beschlossene Klimaschutzziele dürfen nicht wieder aufgeweicht werden.
- 18 • Die Klimaziele dürfen nicht ausschließlich anhand der Einteilung in Industrie-, Schwel-
19 len- und Entwicklungsländer festgelegt werden.

20 Die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union müssen in der Vorbereitung des Kli-
21 magipfels, bei den Verhandlungen in Paris und vor allem in der Umsetzung des Klimaabkom-
22 mens eine Vorreiterrolle übernehmen.

23

24 Begründung:

25 Im August 2015 hat der Präsident der Vereinigten Staaten angekündigt, die Treibhausgasemis-
26 sionen US-amerikanischer Kraftwerke bis 2050 um 32% zu senken und die erneuerbaren Ener-
27 gien stark auszubauen. Dass er mit seinen Forderungen gegen die Kohlelobby und die Klimas-
28 keptiker_innen in den Entscheidungsgremien der USA Erfolg hat, ist unsicher. Trotzdem ist es
29 ein wichtiges Zeichen, dass gerade der Präsident des Landes mit dem zweitgrößten Kohlenstoff-
30 dioxidausstoß entgegen der Blockadepolitik der vergangenen Jahrzehnte nun bereit ist, für den
31 Klimaschutz zu handeln.

32 Die Auswirkungen des Treibhausgasausstoßes auf das Erdklima sind in den vergangenen Jahren
33 von Wissenschaftler_innen auf der ganzen Welt gemessen und erforscht worden. Dass mensch-
34 liches Handeln, im speziellen die Emission von Treibhausgasen in die Atmosphäre, einen Einfluss
35 auf das Erdklima hat, ist unbestritten. Trotzdem sind Anstrengungen auf den Klimakonferenzen
36 der letzten Jahre immer wieder im Sande verlaufen und internationale Abkommen zur absolut
37 notwendigen Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen wurden nicht abgeschlossen.
38 Um die Erderwärmung auf 2°C, bezogen auf die Temperatur vor Beginn der Industrialisierung im
39 18. Jahrhundert, zu begrenzen, sind bereits heute sehr große Anstrengungen notwendig. Mit je-
40 dem Jahr, das ohne ein solches Abkommen vergeht, wachsen die notwendigen Anstrengungen
41 um ein Vielfaches.
42 Es ist daher unerlässlich, die Ende dieses Jahres stattfindende Klimakonferenz in Paris zum Erfolg
43 zu führen. Die EU – in ihrer Gesamtheit drittstärkster Treibhausgasemittent – und im speziellen
44 Deutschland als Land mit dem größten Ausstoß in Europa, haben hier die Chance voranzuschrei-
45 ten und zu zeigen, dass Weitsicht bedeutet, die Lebensgrundlagen kommender Generationen
46 nicht wegen vermeintlicher gegenwärtiger Profitverluste oder Standortnachteile aufs Spiel zu
47 setzen.

UEV3

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Verbraucherschutz bei Kfz-Versicherungen im digitalen Zeitalter sicherstellen**

2

3 Zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag

4

5 Die fortschreitende Digitalisierung trägt vielfach zur Vereinfachung des alltäglichen Lebens bei.
6 Die Kommunikation mit unseren Mitmenschen findet über entsprechende Messenger-Apps auf
7 dem Smartphone statt, unsere Daten verwahren wir in einer von überall zugänglichen Cloud und
8 die neuesten Serien werden bequem via Smart-TV aus der Online-Mediathek abgerufen.

9

10 Die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung wird in Zukunft in viele weitere Bereiche Ein-
11 zug halten. So wird im Bereich der Kfz-Versicherungen durch die Einführung von Telematik-Tar-
12 ifen versucht werden, passgenaue Tarife für die Verbraucherinnen und Verbraucher anzubie-
13 ten. Die eingebaute Telematik-Box zeichnet hierbei das Fahrverhalten auf und gibt diese und
14 weitere Informationen an die Versicherung weiter. Diese neuen Tarife wurden bislang durch ver-
15 schiedene Versicherungsunternehmen erprobt und stehen kurz vor der Einführung. Dem Ver-
16 braucher werden schließlich ein Mehr an Sicherheit und Service sowie vor allem geringere Kos-
17 ten versprochen. Für tatsächliche Kosteneinsparungen gibt es jedoch oftmals keine Belege. So
18 kann ein herkömmlicher Kfz-Versicherungswechsel häufig größere Einsparungen bringen als der
19 Wechsel in einen Telematik-Tarif.

20

21 Bei allen Vorteilen für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Versicherungsunter-
22 nehmen ist die Einführung von Telematik-Tarifen jedoch auch mit möglichen Risiken behaftet.
23 An dieser Stelle bleiben noch zahlreiche Fragen ungeklärt.

24

25 Wäre mit Einführung der Telematik-Tarife beispielsweise denkbar, dass ein höherer Beitrag zu
26 zahlen wäre, wenn man häufig nachts unterwegs ist, da die Versicherung hier von einer höheren
27 Unfallgefahr ausgeht? Welche Verwendung finden die Daten aus der Telematik-Box im Falle ei-
28 nes Unfallschadens? Welche Folgen könnte dies für die Regulierung des Schadens durch die Ver-
29 sicherung haben? Welche Folgen hätte es, wenn die Datenübermittlung unterbrochen wird?
30 Wäre denkbar, dass Unfallschäden womöglich nicht reguliert würden, weil die Telematik-Box
31 der Versicherung um wenige Millimeter zu weit abgefahrene Bremsbeläge oder die Überschrei-
32 tung des Inspektionsintervalls gemeldet hat?

33

34 Zu der Gesamtthematik wird aus Sicht des Verbraucherschutzes noch erheblicher Diskussions-
35 bedarf gesehen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht Gefahr laufen, trotz zu-
36 nächst ausgelobter Einsparungen durch neue Tarife letztlich weitreichende finanzielle Nachteile
37 und eine Totalüberwachung ihres Verhaltens in Kauf nehmen zu müssen.

38

39 Neue Versicherungsangebote im digitalen Zeitalter bedürfen einer klaren Begrenzung durch den
40 Gesetzgeber, um die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher ausreichend zu schüt-
41 zen. Die Gesetzgeber auf Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, für einen ausreichen-
42 den Verbraucherschutz bei Versicherungen im digitalen Zeitalter Sorge zu tragen.

43

44 **Begründung:**

45 Erfolgt mündlich.

UEV4

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Ein wirtschaftlich starkes Saarland mit intakter Natur**

2 **Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch**

3

4 Knapp drei Jahre Jamaika sind nicht spurlos am Saarland vorbeigegangen. Insbesondere das Re-
5 gierungshandeln der Grünen war von einer Klientelpolitik zur Deindustrialisierung und damit an
6 der saarländischen Bevölkerung vorbei geprägt. Die sozialdemokratische Umweltpolitik ist in-
7 nerhalb der amtierenden Großen Koalition seit dreieinhalb Jahren darauf ausgerichtet, zerschla-
8 genes Porzellan wieder zu kitten und negative Folgen für die ansässigen Unternehmen und den
9 Beschäftigte abzuwenden, ohne dabei Umweltinteressen aus dem Blick zu lassen.

10

11 Unsere Position ist unmissverständlich: Ökologie und Ökonomie schließen sich auch in einem
12 industriell geprägten Land wie dem Saarland keineswegs aus. Im Gegenteil bedingen sie sich
13 einander zum Wohl der Gesellschaft. Intakte Natur im Zusammenspiel mit einer florierenden
14 Wirtschaft bilden die Grundlage für ein lebens- und liebenswertes Saarland. **Wir betreiben einen**
15 **aktiven Umwelt-, Arten- und Naturschutz. Gleichzeitig setzen wir uns für einen starken indust-**
16 **riellen Kern ein**, der tausenden Saarländerinnen und Saarländern einen sicheren Arbeitsplatz
17 gibt und damit erst die Basis für kleine und mittelständische Produktions- und Dienstleistungs-
18 betriebe schafft.

19

20 **Wir betreiben aktiven Umwelt-, Arten- und Naturschutz**

21 Das Saarland verfügt mit dem Naturpark Saar-Hunsrück, der Biosphäre Bliesgau, dem Urwald
22 vor den Toren der Stadt und dem länderübergreifenden Nationalpark Hunsrück-Hochwald über
23 eine Auswahl ganz besonders wertvoller Naturraumtypen und Landschaften. Der Schutz dieser
24 Flächen und der dortigen Artenvielfalt in Tier- und Pflanzenwelt ist für uns von großer Bedeu-
25 tung. Teile des Nationalparks sowie der Urwaldes vor den Toren der Stadt Saarbrücken sollen in
26 den kommenden Jahrzehnten vollständig sich selbst überlassen und nicht mehr bewirtschaftet
27 werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Landschaften nicht mehr für die Saarländerinnen
28 und Saarländer zugänglich sind. Im Gegenteil: Unsere „blühenden Landschaften“ sind schon
29 heute Wirklichkeit. Sie dienen der Erholung und bieten eine eindrucksvolle Kulisse für Spazier-
30 gänge, Wanderungen, Sport, Freizeit und Erholung.

31 Zusammen mit den Umweltverbänden erschließen wir die saarländischen Naturschutzgebiete
32 für die einheimische Bevölkerung aber auch für Touristen aus nah und fern. Eine Vielzahl von

33 prämierten Wanderwegen, Radwegen aber auch Umweltbildungsangeboten sind das Resultat.
34 Die Natur wird für und mit den Menschen erlebbar gemacht. Dazu gehört es auch, Landnutzer
35 (z.B. Jäger, Landwirte, etc.) als Partner und nicht als Gegner zu betrachten. Jagd, Hege, Ackerbau
36 und Viehzucht ergänzen das Bild der saarländischen Kulturlandschaft.

37 In unserer Regierungsverantwortung wurde endlich auch die Ausweisung der NATURA 2000-Ge-
38 biete in die Hand genommen. Diese Flächen wurden von der Vorgänger-Regierung vor mehr
39 als 10 Jahren nach Brüssel gemeldet – und sind damit nicht mehr verhandelbar. Knapp die Hälfte
40 der Gebiete wurde von uns bereits rechtssicher in Kraft gesetzt. Nicht zuletzt um im laufenden
41 Vertragsverletzungsverfahren und Strafzahlungen der EU zu vermeiden, werden wir die Baustel-
42 len unserer Vorgänger zügig abarbeiten.

43 Auch der Tierschutz genießt im Saarland einen hohen Stellenwert. In Person des Tierschutzbe-
44 auftragten der Landesregierung verfügen wir über einen Fachmann der abseits von Parteipolitik
45 und politischen Interessen für die Rechte und das Wohlergehen der Tiere im Saarland eintritt.

46 Durch unser nachhaltiges, transparentes und kooperatives Handeln tragen wir in Absprache und
47 im Miteinander mit allen relevanten Interessengruppen dazu bei, dass auch nachfolgende Ge-
48 nerationen von einer intakten Natur im Saarland profitieren können.

49

50 **Wir brauchen einen starken industriellen Kern in unserem Saarland**

51 Unser Land wurde über zwei Jahrhunderte hinweg industriell geprägt. Ohne den Bergbau, die
52 Stahl- und die Automobilindustrie würde es das Saarland als eigenständiges Bundesland nicht
53 geben. Über Jahre und Jahrzehnte haben die Saarländerinnen und Saarländer mit harter Arbeit
54 dafür gesorgt, dass eine Entwicklung zur modernen Dienstleistungsgesellschaft von einer rein
55 landwirtschaftlich geprägten Region auch andernorts in Deutschland möglich wird. Die histo-
56 risch gewachsenen industriellen Strukturen sind ein Markenkern unseres Landes und geben vie-
57 len Saarländerinnen und Saarländern bis heute einen Arbeitsplatz.

58 Um diesen industriellen Kern herum haben sich zahlreiche kleine und mittelständische Unter-
59 nehmen angesiedelt. Industrie, Mittelstand und Dienstleistungsgewerbe profitieren voneinan-
60 der und ermöglichen eine zukunftsfähige Entwicklung an der Saar.

61

62 Die SPD steht im Saarland für einen ausgleichenden Umwelt- und Klimaschutz, der der Natur
63 ihre Entwicklungsräume gibt und die Menschen an deren Entwicklung beteiligt. Auf kleiner Flä-
64 che schaffen wir große Artenvielfalt und zugleich stabile und attraktive Arbeits- und Lebensver-
65 hältnisse. Eine nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine wohlbehaltene Na-
66 tur ist auch weiterhin unser Ziel. Dazu gehört die kontinuierliche Verringerung von Emissionen
67 und Schadstoffen in die Atmosphäre, den Boden und die Gewässer. Wir setzen uns weiterhin
68 gegen Atomkraft ein und sehen in der Kohleverstromung eine Brückentechnologie hin in ein
69 Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Dazu gehört im Saarland in erster Linie der Ausbau der
70 Windenergie. So kann im Gegensatz zu Atommeilern ein Windrad schnell und einigermaßen
71 spurlos demontiert werden, wenn es nicht mehr gebraucht wird und einst von neuen Technolo-

72 gien ersetzt werden kann. Die Ängste und die Kritik der Saarländerinnen und Saarländer in die-
73 sem Zusammenhang nehmen wir ernst und wir verstehen die unterschiedlichen Interessensla-
74 gen und können sie einordnen. Am Ende brauchen wir jedoch nachhaltige, tragfähige und vor
75 allem rechtskräftige Entscheidungen; all dies ist im Dialog möglich und wird Ziel der Politik der
76 nächsten Jahre sein.
77 Recht und Gesetz bestimmen unser Handeln. In diesem Rahmen ist es unser Ansatz, Lösungen
78 zu finden, die **ökologisch** vertretbar und zugleich **ökonomisch** sinnvoll sind.

UEV5	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Genfood**

2

3 Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

4

5 Der Landesparteitag der SPD Saar fordert die SPD-Bundes-und Landesminister sowie die Bundes-
6 tagsfraktion auf, sich entschieden für Gentechanbauverbote und gegen die von der EU-Kommis-
7 sion auf Druck der Agroindustrie geplante Aufweichung der Zulassungsbeschränkungen von
8 gentechnisch veränderten Pflanzen zu positionieren. Die überwiegende Mehrheit der Bürgerin-
9 nen und Bürger ist entschieden gegen den Anbau. Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft
10 braucht es aber endlich ein bundeseinheitlich wirksames gesetzliches Verbot.

11 Zu fordern sind weiterhin industrieunabhängige Studien zur Beurteilung möglicher gesundheits-
12 licher Risiken von Genfood sowie der Auswirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen auf die
13 Umwelt und die Erhaltung und Weiterentwicklung der Biodiversität.

14

15 **Begründung:**

16 Mit ihrer Stimmhaltung zur geplanten europaweiten Einführung von Genmais 1507 hat sich
17 die Bundesregierung über die Bedenken und Ängste einer überwiegenden Mehrheit von Bürge-
18 rinnen und Bürgern einfach hinweggesetzt .Die Entscheidung, die Bundesländer letztlich über
19 den Anbau entscheiden zu lassen, öffnet die Tür für einen flächendeckenden Anbau und
20 Monsanto und Co. umfassende Klagemöglichkeiten im Falle einer Ratifizierung von TTIP.

21 Nun hat die EFSA, die Europäische Behörde für Lebensmittel, auf Betreiben der Kommission an-
22 gekündigt, die bisherigen strengen Regeln für die Risikobewertung gentechnisch veränderter
23 Pflanzen zu überprüfen und sich ,wahrscheinlich im Vorgriff auf TTIP, endgültig vom Vorsorge-
24 prinzip zu verabschieden. Es geht ganz im Sinne der Saatgutindustrie darum, die bisher gültigen
25 Standards international zu senken und damit die zukünftige Zulassung gentechnisch veränder-
26 ter Pflanzen zu beschleunigen. Logischerweise besteht das zu diesem Zweck berufene Experten-
27 gremium überwiegend aus Wissenschaftlern, die direkt von der Saatgutindustrie alimentiert
28 werden. Es ist allerhöchste Zeit, diesen Prozess der Verselbstständigung von Industrieinteressen
29 unter permanenter Vernachlässigung von berechtigten Bedenken der Bürgerinnen und Bürger
30 zu stoppen.

31 Zudem fehlen nach wie vor ausreichend unabhängige wissenschaftliche Studien über mögliche
32 gesundheitliche Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen und deren Auswirkungen auf die

33 weitere Entwicklung der Biodiversität unserer Umwelt. Vorliegende warnende Studien werden
34 seit Jahren von den Lobbyisten der Agroindustrie als unwissenschaftlich diffamiert, obwohl sich
35 nach umfangreichen Tierversuchen unabhängiger Wissenschaftler Berichte über Veränderun-
36 gen des Immunsystems mit gehäufte Entwicklung von Leber- und Nierentumoren häufen. Die
37 bisherigen positiven Stellungnahmen zu Genfood stammen ausnahmslos von Mitarbeitern der
38 Saatgutfirmen und industrienaher Stiftungen. Es ist an der Zeit, die tatsächlichen Risiken von
39 Gentechnik für Mensch und Umwelt industrieunabhängig zu erforschen, zumal die bisherigen
40 Erfahrungen v.a. in den Entwicklungsländern (u.a. Golden Rice, Labor-Auberginen in Bangla-
41 desch usw.) größtenteils katastrophal waren und die gentechnisch veränderten Pflanzen von
42 den Konzernen in der Regel mit dem dazu passenden Unkrautvernichter - Stichwort: Glyphosat
43 - mit unkalkulierbaren Risiken für Mensch und Tier verkauft werden.

UEV6

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG)

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Verbot des Herbizids Glyphosat**

2

3 Der Landesparteitag der SPD Saar möge folgendes beschließen und an den SPD Bundesparteitag
4 weiterleiten:

5 Wir fordern ein sofortiges Verbot des Herbizids Glyphosat in Deutschland und der EU.

6

7 **Begründung:**

8 Dieses Unkrautvernichtungsmittel wird zum einen hierzulande in großem Stil eingesetzt, unter
9 anderem auch ohne gesetzliche Einschränkung von Hobbygärtnern; zum anderen wird es über
10 Tierfutter aus Lateinamerika in die Nahrungskette des europäischen Verbrauchers eingeführt.
11 Entgegen der Aussagen der Hersteller und des mit Industrievertretern bestückten Bundesamtes
12 für Risikobewertung hat sich der Wirkstoff als kanzerogen und embryoschädigend erwiesen.
13 Diesen Umstand bestätigen mehrere Forschungsprojekte der WHO und insbesondere auch Be-
14 richte renommierter Onkologen aus Südamerika, die über exorbitante Zunahmen der Inzidenz
15 an Pankreas- und malignen Hauttumoren in intensiv landwirtschaftlich genutzten Gebieten be-
16 richten. Da die Zulassung für Glyphosat in Europa Ende des Jahres ausläuft und TTIP einschließ-
17 lich der Investitionsschutzklauseln hinsichtlich möglicher Gewinnerwartungen von Unterneh-
18 men sich trotz des Protestes zivilgesellschaftlicher Gruppen kaum wird verhindern lassen, ist es
19 dringend notwendig, die Zulassung der Substanz auslaufen zu lassen solange TTIP dies noch zu-
20 lässt.

WS1	Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Weinbau im Saarland fördern**

2

3 „Großes entsteht immer im Kleinen“ – das trifft auch auf unseren Saarwein zu: Große, qualitativ
4 hochwertige Weine stammen aus unserem kleinen Saarland – und erfreuen sich zunehmender
5 Beliebtheit. Auch überregional steht saarländischer Wein für hohe Qualität und ist damit ein
6 gutes Aushängeschild für das Saarland insgesamt: nicht umsonst ist ein Perler Wein ausgezeich-
7 net als Deutschlands bester Grauburgunder.

8 Die saarländischen Winzer arbeiten stetig mit großem Engagement daran, diese hohe Qualität
9 zu halten und immer neue innovative und kundenorientierte Absatzstrategien zu entwickeln.

10 Auch in Zukunft soll es den saarländischen Winzern möglich sein diesen Weg zu gehen. Dafür
11 benötigen sie jedoch weitere genehmigte Flächen für Neuanpflanzungen.

12 Der Entwurf des Neunten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Weingesetzes sieht allerdings
13 vor, von einer Ausnahmeregelung der EU-Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation
14 für landwirtschaftliche Erzeugnisse Gebrauch zu machen. Dies bedeutet, dass für das Jahr 2016
15 nur 0,5% der tatsächlich mit Reben bepflanzten Gesamtfläche für Neuanpflanzungen genutzt
16 werden können. Der übliche Prozentsatz liegt bei 1%. Diese Ausnahmeregelung können die ein-
17 zeln Mitgliedstaaten für die nationale und/oder auf regionaler Ebene beschließen, wenn von
18 einem Überangebot an oder von einer Wertminderung von Weinen auszugehen ist.

19 Saarländische Winzer produzieren Wein auf allerhöchstem Niveau. Die Gefahr einer (minder-
20 wertigen) Überproduktion ist im Saarland nicht abzusehen. Die Anwendung eines niedrigeren
21 Prozentsatzes für Neuanpflanzungen würde vielmehr den Marktausbau bremsen und kann da-
22 her nicht als sachgerecht angesehen werden.

23

24 Die SPD-Kreisverbandskonferenz Merzig-Wadern fordert daher den Landesverband der SPD Saar
25 und die SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes auf sich auch in Zukunft für eine kontinuierliche
26 Vergrößerung der Vorgaben für Neuanpflanzungen und damit für eine größtmögliche Anbau-
27 fläche einzusetzen.

WS2

Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar

angenommen

abgelehnt

verwiesen an _____

1 **Digitales Saarland – für eine zukunftsfeste digitale Infrastruktur**

2

3 Die Digitalisierung unserer Welt stellt eine ähnlich bedeutsame Zäsur wie die industrielle Revo-
4 lution dar. Wie bei allen großen Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft ist die Sozialdemo-
5 kratie gefordert, die richtigen Antworten auf die Entwicklungen dieser Zeit zu finden, um unsere
6 ureigenen Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Chancengleichheit zu verteidigen.
7 Diese Zäsur betrifft alle Lebensbereiche. Grundlegend sind für uns dabei Netzneutralität, Freiheit
8 von Inhaltskontrollen und Datenübertragungen. Die SPD Saar will die Chancen der Digitalisie-
9 rung ergreifen und gleichzeitig die Risiken kontrollieren. Eine wesentliche Voraussetzung dafür
10 ist eine moderne Infrastruktur, die Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land in die Lage ver-
11 setzt, gleichberechtigt alle Chancen der neuen Techniken zu ergreifen, zu nutzen und so von und
12 mit ihnen zu profitieren.

13

14 *Die Basis für ein modernes Land: schnelles Internet für alle*

15 Ohne schnellen Zugang zum Internet ist heute eine Teilhabe an der Gesellschaft und im Wirt-
16 schaftslieben in weiten Teilen nicht mehr möglich. Unser Ziel ist es, allen Menschen den Zugang
17 zum Internet zu ermöglichen. Daher steht das Saarland vor ambitionierten Herausforderungen,
18 die Grundlagen zu schaffen, um unser Land weiterhin als wettbewerbsfähigen Standort, verbun-
19 den mit hoher Lebensqualität, zu positionieren. Der Zugang zum Internet mit zukunftsfesten
20 Bandbreiten muss zum Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit zur öffentlichen
21 Aufgabe werden. Denn durch das Internet der Dinge und neue Produktionsprozesse bei der In-
22 dustrie 4.0 werden zukünftig weitaus höhere Geschwindigkeiten benötigt.

23 Während im Bereich der Mobilfunknetze sowie weiterer funkbasierter Zugangsnetze eine relativ
24 klar absehbare, bedarfsorientierte Ausbaudynamik besteht, ist die Situation im Festnetzbereich
25 um ein Vielfaches komplexer: Hier herrscht ein intermodaler Wettbewerb zwischen dem klas-
26 sischen Kupfernetz, dem Kabelfernsehtnetz sowie Glasfaserinfrastrukturen. Die Marktakteure
27 sind dabei neben bundesweit agierenden Providern insbesondere auch regional und lokal aktiv,
28 so beispielsweise unsere Stadtwerke. Das Problem dabei: Das Ziel der „Digitalen Agenda“ der
29 Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit 50 Mbit/s bis 2018 kann durch die
30 Marktkräfte nicht erreicht werden.

31

32 *Unsere Grundsätze für die digitale Erschließung des Saarlands*

33 Für die SPD Saar gelten für die Schaffung einer zukunftsfesten Breitbandinfrastruktur im Land
34 folgende Grundsätze:

- 35 1. Die TK-Infrastruktur dabei muss dem Bedarf in allen Bereichen von Wirtschaft, Verwal-
36 tung und privater Nutzung gerecht werden und an die zukünftigen Nachfragepotenziale,
37 insbesondere der stetig steigenden Bandbreitennachfrage, flexibel anpassbar sein.
- 38 2. Die TK-Infrastruktur soll Ansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen im Saar-
39 land fördern, insbesondere auch in wirtschaftlich schwächeren Gebieten. Gerade für In-
40 formations- und Kommunikationstechnologieunternehmen soll hiermit ein Anreiz ge-
41 setzt werden, um im Saarland zu investieren.
- 42 3. Der flächendeckende Breitbandausbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bis
43 2018 ist eine Versorgung mit mindestens 50Mbit als Mindest- und Zwischenziel anzuse-
44 hen. Bund, Länder und Unternehmen müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Ge-
45 prüft werden soll, wie insbesondere Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf breit-
46 bandintensiven Diensten basiert, an den Ausbaurkosten beteiligt werden können.
- 47 4. Die Gewährleistung von Netzneutralität sichert Innovationen und fairen Wettbewerb,
48 Meinungsfreiheit und – Vielfalt und Teilhabe. Nur durch den freien Zugang zu einem
49 schnellen Internet können wir die Potenziale der Digitalisierung für Gesellschaft und
50 Wirtschaft nutzen.

51

52 *Breitbandzugang gehört für uns zur Grundversorgung*

53 Daher fordert sie SPD Saar die SPD-Landtagsfraktion auf, folgende Schritte einzuleiten:

- 54 1. Die vorliegenden Breitbandstudien müssen erweitert werden zu einer ganzheitlichen
55 Versorgungsinfrastruktur-Studie, die die Versorgung mit Energie und Wasser zur Da-
56 seinsvorsorge mitdenkt, um Synergien zu nutzen.
- 57 2. Anhand dieser Studie muss ein „Masterplan Versorgung“ entwickelt werden, der einen
58 Investitionsplan für einen flächendeckenden Glasfaserausbau sowie eine flächende-
59 ckende Sanierung der Versorgungsinfrastruktur bis 2025 vorsieht.
- 60 3. Da die Versorgungsinfrastruktur den Kommunen bzw. kommunalen Gesellschaften zu
61 einem Großteil gehört, bedeutet die Zielerfüllung bis 2025 ein Investitionsvolumen, das
62 die Kommunen nicht allein bewältigen können. Aus diesem Grund muss der Bund ein
63 „Investitionsprogramm Versorgungsinfrastruktur“ auflegen, mit dem die Kommunen
64 bzw. die kommunalen Stadtwerke diese Investitionen stemmen können.
- 65 4. Die teilweise über 50 Jahre alten Kupferleitungen können derzeit noch aufgrund neuer
66 Komprimierungsverfahren weiter betrieben werden. Dies verzögert jedoch eigentlich
67 notwendige Investitionen in die „letzte Meile“. Kupferleitungen müssen daher wirt-
68 schaftlich unattraktiver, neue Glasfaserleitungen gleichzeitig attraktiver werden. Die
69 Bundesnetzagentur ist gefordert, die hierfür notwendigen regulatorischen Rahmenbe-
70 dingungen zu schaffen.

-
- 71 5. Zur weiteren Beschleunigung des Glasfaserausbaus müssen die jeweiligen Bauordnun-
72 gen dahingehend geändert werden, dass bei allen Tiefbaumaßnahmen die Verlegung
73 von Leerrohren verpflichtend wird.

WS3	Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Digitales Saarland**

2 ***Moderne kommunale Verwaltung ermöglichen: Ein Kommunales Rechenzentrum schaffen***

3
4
5 Seit Jahren verschlechtern sich für die Kommunen im Saarland die finanziellen Rahmenbedin-
6 gungen. Gleichzeitig gibt es im Saarland zusätzlich zum Rechenzentrum der Landesregierung ca.
7 50 einzelne kommunale Rechenzentren. Die Dienstleistung der Rechenzentren gilt der Versor-
8 gung der Kommunalverwaltung mit Fachverfahren für interne Aufgaben, aber auch Bürger-
9 diensten im direkten Bürgerkontakt sowie online. Aus diesem Grund hat die Verortung der kom-
10 munalen Rechenzentrumsdienstleistung keinen Einfluss auf die Bürgernähe der Verwaltung.
11 Daher fordert die SPD Saar die SPD-Landtagsfraktion auf, die Voraussetzungen dafür zu schaf-
12 fen, ein zentrales Kommunalsrechenzentrum für alle saarländischen Kommunen zu etablieren.
13 Träger des Rechenzentrums soll ein kommunaler Zweckverband werden.

14
15 Die Synergieeffekte eines zentralen Rechenzentrums können aus unserer Sicht nur dann voll-
16 ständig generiert werden, wenn das Rechenzentrum den Kommunen nicht Rechnerkapazität,
17 sondern Verwaltungsprozesse und Verfahren liefert. Das kann nur dann gelingen, wenn sich alle
18 saarländischen Kommunen auf einheitliche Anwendungen einigen. Diese Vereinheitlichung bie-
19 tet nicht nur ein großes Einsparpotenzial für die Kommunen, sie ist auch Voraussetzung für die
20 Umsetzung eines modernen E-Governments.

21
22 Voraussetzung für die bürgernahe Verwaltung bei einem zentralen Rechenzentrum ist eine aus-
23 reichende Breitbandanbindung der kommunalen Verwaltungszentren. Diese muss im „Master-
24 plan Versorgung“, der den gesamten saarländischen Breibandausbau mit beinhaltet, geregelt
25 werden.

WS4	Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Kooperation von Industrie und Wissenschaft ausbauen – „Forum**
2 **Industrie und Wissenschaft“ etablieren**

3

4 Das Saarland ist ein Industrieland und soll es auch bleiben. Für die SPD Saar ist eine starke In-
5 dustrie wesentliche Voraussetzung, um Zukunft zu gewinnen. Hochschulen und Forschungsein-
6 richtungen sind dabei wichtige Innovationspartner.

7 Wir verfügen im Saarland über gut aufgestellte Hochschulen, gut ausgebildete Absolventen und
8 innovative Unternehmen. So sind die Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Saarland in
9 den letzten Jahren stark überdurchschnittlich gestiegen. Indessen sind unsere Potenziale in den
10 Ausgründungsaktivitäten der Hochschulen noch nicht ausgeschöpft. Wir fordern deshalb die
11 Landesregierung auf, für den Bereich der Hochschulen eine stärkere Vernetzung in der Grün-
12 dungsunterstützung und die Weiterentwicklung von Förderprogrammen voranzutreiben.

13

14 Zudem fordern wir die Landesregierung auf, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft (Lehre
15 und Forschung) und Industrie durch ein neu einzurichtendes „Forum Industrie und Wissen-
16 schaft“ weiter zu verbessern. Ziel ist es, einen regelmäßigen Austausch – insbesondere zu neuen
17 Technologien, zur Zusammenarbeit der Technologietransfereinrichtungen und einer auf die An-
18 forderung der Wirtschaft angepassten, bedarfsgerechten Ausbildung – zu gewährleisten und
19 Verbesserungspotenziale frühzeitig auszuschöpfen.

WS5	Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Existenzgründungen im Saarland aktivieren**

2

3 Eine lebendige, aktive Gründerszene ist für einen modernen und innovativen Wirtschaftsstand-
4 ort von herausragender Bedeutung. Gründungen und junge Unternehmen bringen frische Ideen
5 auf den Markt. Sie sorgen damit zum einen für die Modernisierung und Diversifizierung der Wirt-
6 schäftsstruktur. Zum anderen fordern sie etablierte Unternehmen zur Weiterentwicklung von
7 eingeführten Produkten und Angeboten und damit zum Wettbewerb heraus.

8 Allerdings ist sowohl auf Bundes- als auf Landesebene das Gründungsgeschehen derzeit rück-
9 läufig. Dieser rückläufige Trend ist vor allem auf die Einflussfaktoren Demografie, Konjunktur
10 und Arbeitsmarktlage zurückzuführen. So lässt besonders die gute konjunkturelle Entwicklung
11 und die damit einhergehende stabile Arbeitsmarktsituation das Thema Selbstständigkeit für
12 viele weniger attraktiv werden.

13

14 Die SPD Saar fordert daher die Landesregierung zu einer weiteren, umfänglichen Förderung des
15 Existenzgründungsgeschehens im Saarland auf. Die Fördermaßnahmen sollten breit aufgestellt
16 sein und sich sowohl auf wissensbasierte, innovative Gründungen aus dem Umfeld der saarlän-
17 dischen Hochschulen beziehen, als auch auf Neugründungen in traditionellen Wirtschaftsberei-
18 chen ausgerichtet sein. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf Zielgruppen gerichtet wer-
19 den, die noch über ein hohes Potenzial für Gründungen verfügen, wie insb. Frauen, Migranten
20 und Kreative. Gleichmaßen sollten die Maßnahmen der wachsenden Bedeutung der Gründun-
21 gen in den Freien Berufen Rechnung tragen. In den Kontext der Gründungsförderung muss aber
22 auch die Begleitung des Generationswechsels und die Sicherung der Nachfolge in den laut Cre-
23 ditreform mehr als 6.000 saarländischen Unternehmen, die in den nächsten fünf Jahren zur
24 Übergabe anstehen könnten, mit einbezogen werden.

WS6	Antragsteller: Landesvorstand SPD Saar
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 Mit starker Industrie und innovativem Handwerk Zukunft sichern

2
3 Ein starker industrieller Kern – das ist das historisch gewachsene Herz der saarländischen Wirt-
4 schaft. Er vereint großindustrielle Betriebe mit den kleinen und mittleren Unternehmen unseres
5 Landes. Das zeigt sich an einer traditionell hohen Industriedichte: Die Beschäftigtenquote im
6 Verarbeitenden Gewerbe liegt im Saarland bei 27 Prozent, im Bund lediglich bei 22 Prozent. Der
7 Bruttowertschöpfungsanteil liegt hier bei 25 Prozent, im Bund bei 22 Prozent. Die saarländi-
8 schen Wachstumsmotoren bilden dabei insbesondere die Bereiche Automotive, Stahl und Ma-
9 schinenbau. Dieser industrielle Kern macht das Saarland für uns zum Industrieland. Indem wir
10 diesen stärken, sichern wir die Zukunftschancen für unser Land.

- 11 • Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD Saar den industriepolitischen Leitlinienprozess
12 der saarländischen Landesregierung, der dem Gedanken des Leitanspruchs „Unser Marken-
13 kern: Gute Arbeit.“ des vergangenen Landesparteitags der SPD Saar folgt. Ein Industrie-
14 land zu bleiben, muss weiterhin der zentrale Leitgedanke für die Industriepolitik in unse-
15 rem Land sein.

16 Um dies zu sichern, fordert die SPD Saar, alle Chancen der Digitalisierung unserer Wirtschaft zu
17 nutzen, die unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ diskutiert werden. Das Saarland sollte dabei der
18 Digitalisierung von Produktionsprozessen, Dienstleistungen und Arbeitswelt eine Vorreiterrolle
19 einnehmen: Einmal, um seine Position als Industrie- und Produktionsstandort zu stärken und
20 auszubauen, zum anderen, um mit seinen Hochschulen und Forschungsinstituten sein Innovati-
21 onspotential vollumfänglich zu nutzen.

22 Mit dem Wandel von Arbeitsinhalten und Arbeitsformen durch die Digitalisierung entstehen
23 aber Ängste, insbesondere bei den Beschäftigten. Diese Ängste müssen wir ernst nehmen, auf-
24 greifen und gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begegnen.

- 25 • Ziel der SPD Saar ist es hierbei, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, Beschäftigte
26 mitzunehmen, Chancen aufzuzeigen und Mitgestaltung zu ermöglichen. Basis für die
27 Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt ist für die SPD Saar das Konzept ‚Gute Arbeit‘.
- 28 • Die SPD Saar fordert daher als Teil der neuen saarländischen Industriepolitik die Grün-
29 dung eines „Bündnisses Arbeit 4.0“. Sozialpartner, Wissenschaft und Politik sollen hier
30 gemeinsam die Probleme, Risiken und Chancen bei der Umwandlung auf dem Weg zur
31 Arbeitswelt 4.0 erörtern können.

32 In vielen Unternehmen bestehen noch erhebliche Unsicherheiten über Möglichkeiten und Her-
33 angehensweisen bei der Umsetzung der Digitalisierung der Produktion. Um jedoch in unserem
34 Land zum Vorreiter bei der Digitalisierung der Produktion und speziell der „Mensch-Roboter-Ko-
35 operation“ zu werden, soll gerade der Mittelstand für die Vorteile der Digitalisierung gewonnen
36 werden.

- 37 • Deshalb fordert die SPD Saar, die Vernetzung der mittelständischen Industrie mit jungen,
38 innovativen IT-Unternehmen zu fördern. Bestandteil der neuen industriepolitischen Leit-
39 linien muss es sein, den Zugang zu finanziellen Fördermöglichkeiten für Innovationspro-
40 jekte sicherzustellen und das Aufzeigen von Best Practice-Beispielen zu ermöglichen.

41

42 Eine starke Industrie braucht neben einer aktiven Industriepolitik aber auch ein leistungsstarkes
43 und kreatives wirtschaftliches Umfeld. Im Saarland wird diese mit Industrie und Handel die Wirt-
44 schaft des Landes tragende Säule durch ein modernes Handwerk gebildet. Die handwerklichen
45 Zulieferer sind für die Industrie von größter Bedeutung zur Umsetzung anstehender Investitio-
46 nen. Die zuverlässigen konsumorientierten Handwerksbetriebe machen das Saarland darüber
47 hinaus zu einem attraktiven Standort zum Arbeiten und Leben.

48 Immer mehr saarländische Handwerksbetriebe sorgen dabei mit einer hohen Kapazitätsauslas-
49 tung, wachsenden Auftragsreichweiten und einer stabilen Beschäftigungsentwicklung für stei-
50 gende Umsätze. Fast 12.000 Betriebe beschäftigen über 60.000 Saarländerinnen und Saarländer.

- 51 • Die SPD Saar fordert die Landesregierung daher auf, die Stärkung des saarländischen
52 Handwerks in den Fokus zu rücken.
- 53 • Das Innovations- und Entwicklungspotential des Handwerks ist dabei in Zusammenar-
54 beit mit der Handwerkskammer und den Hochschulen im Land durch eine weitere Ver-
55 netzung von Handwerk und Wissenschaft zu fördern.
- 56 • Die Bedürfnisse des Handwerks sind bei der Sicherung von Unternehmensnachfolgen
57 und der Fachkräftegewinnung durch die duale Ausbildung im Besonderen zu berücksich-
58 tigen.
- 59 • Durch die verstärkte Bekämpfung der Schwarzarbeit sind Aufträge für das saarländische
60 Handwerk zu sichern und somit die ehrlichen Handwerksbetriebe zu stärken.

61

62 Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion.

WS7	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Gesetzlicher Mindestlohn für Auszubildende**

2

3 Auszubildende verdienen je nach Branche und Region sehr unterschiedlich. So haben nach einer
4 Vergütungstabelle der Hans-Böckler-Stiftung Auszubildende im Bauhauptgewerbe mehr als
5 1400 Euro Brutto Monatslohn, wohingegen Auszubildende im Transport- und Verkehrsgewerbe
6 nur ein wenig mehr als 300 Euro monatlich als Vergütung erhalten. Auszubildende in den neuen
7 Bundesländern verdienen durchschnittlich 60 Euro weniger pro Monat als Auszubildende in den
8 alten Bundesländern.

9

10 **Um Ausbildungen attraktiver zu gestalten, fordern wir für alle Auszubildenden einen flächen-**
11 **deckenden, gesetzlichen Mindestlohn.**

12 Einige Auszubildende sind momentan auf BAFöG-Mittel angewiesen. Es ist unzumutbar, dass
13 Auszubildende, welche Vollzeit arbeiten, teilweise schwerste körperliche Arbeit leisten und sich
14 daneben noch ihrer theoretischen Ausbildung widmen müssen, mit der Ausbildungsvergütung
15 nicht einmal ihre Ausbildungskosten (Arbeitskleidung, Fahrtkosten, Fachbücher,...), geschweige
16 denn ihren Lebensunterhalt leisten können. Neben den Ausgaben für Nahrungsmittel, Woh-
17 nung, etc. benötigen Auszubildende, insbesondere in ländlichen Regionen mit leider immer noch
18 häufig schlechten Busverbindungen, oftmals ein Auto um zu ihrer Ausbildungsstelle und zur Be-
19 rufsschule gelangen zu können. Aber auch der öffentliche Nahverkehr ist mit teils hohen Kosten
20 verbunden. Dies muss von einer Ausbildungsvergütung finanzierbar sein.

21 Sowohl Unternehmen als auch Auszubildende profitieren zwar beiderseits von der Ausbildung,
22 dennoch sollte die geleistete Arbeit zumindest angemessen vergütet werden. Die Höhe des Min-
23 destlohns für Auszubildende sollte dem Maximalbetrag des BAFöG entsprechen. Viele Ausbil-
24 dungsstätten finden nicht genügend Auszubildende, unter anderem auch, weil sich immer mehr
25 junge Menschen nach dem Schulabschluss für ein Studium entscheiden. Dies wirkt sich verstär-
26 kend auf den derzeitigen Fachkräftemangel in Deutschland aus. Eine bessere Ausbildungsvergü-
27 tung würde dazu beitragen eine Ausbildung wieder attraktiver zu machen.

WS8	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **IPv6 – Gläsernes Internet – NEIN DANKE!**

2

3 Situation:

4 Das Internet ist ja bekanntlich kein rechtsfreies Medium. Jedoch wird bis jetzt die relative Anonymität der User untereinander dadurch gestärkt, dass sie alle 24 Stunden eine neue Adresse (IP) von ihrem Internetanbieter beziehen.

7 Jedoch befinden wir uns zurzeit technisch gesehen in einer Systemweiten Umstellung vom System IPv4, welches 32 Bit großen Adressen verwendet (übersetzt z.B. so aussehend 192.168.0.2), zum System IPv6 das 128 Bit große Adressen verwendet (übersetzt z.B. so aussehend 2001:0db8:85a3:08d3:1319:8a2e:0370:7344). Dies an sich ist eine positive Entwicklung da die IPv4 Adressen durch die steigende Anzahl der User im Internet immer knapper werden.

12 Jedoch ist die IPv6 Adresse in ihrem aktuellen Zustand aus der Sicht von Datenschützern eine Gefahr. Der Hauptgrund hierfür liegt in der Generierung der IPv6 Adresse.

14 Zur Hälfte besteht die IPv6 Adresse aus einem Teil den der Internetprovider beisteuert. Bis jetzt ist es Praxis Internetadressen dynamisch (täglich wechselnd) zu vergeben. Diese dynamische Vergabe ist im Ursprung die Folge des weltweiten Adressmangels und könnte mit der immensen Größe des neuen Adresspools wegfallen. Dies ist zwar unwahrscheinlich da bis jetzt Internetprovider für statische Adressen mehr Geld verlangen konnten als für Dynamische, jedoch nicht ausgeschlossen.

20 Die andere Hälfte der Adresse ist eine sehr brisante Information, die eigene MAC Adresse des Internet-Users.

22

23 Folgen:

24 Die MAC Adresse ist eine eindeutige Identifikationsnummer, die euer internetfähiges Gerät (Sei es ein Smartphone, ein PC, ein Tablet ...) eindeutig identifizierbar macht! Das bedeutet, dass eine Internetseite genau feststellen könnte wie oft das gleiche Gerät und so höchstwahrscheinlich der gleiche USER sie besucht hat. Diese Information ließe sich problemlos mit anderen Internetseiten teilen um ein Bewegungsprofil zu erstellen. Dieses Bewegungsprofil ließe sich auf mannigfaltige Weisen missbrauchen.

30 Somit wäre der Status Gläsernes Internet erreicht.

31 Der gleiche Fall könnte auch eintreten wenn sich die Internetprovider jemals dazu entschließen
32 nur noch statische IP-Adressen zu vergeben. Dann wäre man außerdem noch über den Hostan-
33 teil eindeutig Identifizierbar.

34

35 Was tun?

36 Zum Glück ist die Problematik bei Herstellern von Internetfähigen Geräten schon entdeckt wor-
37 den. Es wurde ein Konzept entwickelt, das sich Privacy-Extension nennt. Dabei meldet das inter-
38 netfähige Gerät, wenn es sich mit dem Netz verbindet statt seiner eigenen Mac-Adresse eine
39 täglich zufällig generierte Adresse. Alle gebräuchlichen Betriebssysteme unterstützen in ihren
40 neueren Versionen diese Funktion und haben sie ab Werk aktiviert. Jedoch erlauben nicht alle,
41 die Funktion zu deaktivieren beziehungsweise wieder zu aktivieren

42

43 **Forderungen**

44 Deshalb fordern wir:

- 45 • Jedes neue IPv6-fähige Gerät das verkauft wird muss über die Option Privacy Extension
46 verfügen.
- 47 • Diese Option ist standardmäßig zu aktivieren, wenn das Gerät kein Server sein soll.

48 Die Beibehaltung des Systems der dynamischen IP-Vergabe für die Hälfte der IPv6 Adresse die
49 vom Internetprovider stammt. „Da der Standard für Privacy Extensions, RFC 4941, dies sowieso
50 in Section 3.6 vorschreibt, sollten die Geräte auch über die Möglichkeit verfügen, die Funktion zu
51 aktivieren beziehungsweise zu deaktivieren sofern dies vom Kunden gewünscht ist.

WS9	Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Jusos Saar)
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Taktwechsel im ÖPNV**

2

3 **Forderungen:**

4 - Die Jusos Saar fordern die Einführung eines Saarland-Tickets für die Einwohnerinnen und
5 Einwohner auf Steuerbasis, was durchaus mit einer Erhöhung von einkommens- oder
6 vermögensbezogenen Steuern einhergehen sollte.

7

8 - Gleichzeitig fordern wir für InhaberInnen des Saarland-Tickets die Abschaffung des aktu-
9 ellen Fahrscheinsystems des ÖPNVs im Saarland, sowie die Abschaffung des Semesterti-
10 ckets für die Studierenden der Saarländischen Hochschulen.

11

12 Wir fordern außerdem die Fusionierung aller saarländischen Verkehrsbetriebe zu einem einheit-
13 lichen großen Verkehrsbetrieb für den saarländischen ÖPNV, welcher durch das Land als Träger
14 geführt wird.

15 - Ebenso fordern wir die Stärkung des aktuellen Streckennetzes im saarländischen ÖPNV,
16 durch bessere Abstimmungen der einzelnen öffentlichen Verkehrsmittel, den Ausbau be-
17 stehender Streckennetze und die Entwicklung neuer Streckenrouten.

18

19 - Außerdem fordern wir die Stärkung des grenzüberschreitenden ÖPNVs im Metropolraum
20 SaarMoselle. Zudem soll hierfür ein grenzüberschreitender Oberträger eingerichtet wer-
21 den, der diese länderübergreifende Stärkung des Metropolraums in der SaarLorLux Re-
22 gion nachhaltig ausbauen und garantieren kann.

23

24 **Begründung:**

25 Lange Wartezeiten, teure Fahrpreise, schlechte Verbindungen und zahlreiche Verspätungen prä-
26 gen die heutige Landschaft des saarländischen ÖPNVs. Eine zuverlässige und interessante Da-
27 seinsvorsorge ist nicht mehr gegeben und die Entwicklung der letzten Jahre ist mehr als besorg-
28 niserregend.

29 Aufgrund dieser Situation erscheint ein enormer Rückgang der beförderten Personen durch den
30 ÖPNV nicht sonderlich überraschend.

31 Im Jahre 2013 nutzten ungefähr 882 Millionen Personen den Nahverkehr.

²www.sr-online/Politik/Wirtschaft/WenigerSaarländerinBusundBahn

- 32 Ein Jahr später zählte das Statistische Bundesamt nur noch 84,3 Millionen.
33 Zum Vergleich: Der Bundestrend verläuft in die entgegengesetzte Richtung, da die deutschland-
34 weiten Fahrgastzahlen um 0,64 Prozentpunkte auf 11 Mrd.5 anstiegen.
35 Dennoch sehen die Verantwortlichen des SAARVVs keinen dringenden Handlungsbedarf, da die-
36 ser negative Prozess durch natürliche Umstände beeinflusst werden würde.
37 Hierbei sieht das Unternehmen die sinkende Schülerzahl als gewichtigen Grund der geringeren
38 Fahrgastzahlen an, was letztlich durch den demografischen Prozess resultieren würde. Daraus
39 resultieren auch die jährlichen Fahrpreissteigerungen, die einerseits wegen erhöhten Energie-
40 kosten und andererseits wegen weniger Ticket-Erlösen entstehen würden. Die finanzielle Mehr-
41 belastung für die Fahrgäste könnte nur durch eine Stärkung der Regionalisierungsmittel vermie-
42 den werden d.h. einen Zuschuss von insgesamt 8,56 statt 7,37 Milliarden Euro pro Jahr. Jedoch
43 verweigert der Bund weiterhin eine Erhöhung dieses Grundbetrages. Das Saarland erhält derzeit
44 einen Betrag von ungefähr 96,4 Mio. Euro durch das Regionalisierungsgesetz.
45 Letztlich werden die Fahrgäste mit jährlichen Preiserhöhungen konfrontiert, obwohl sich das
46 Streckennetz nicht signifikant vergrößert hat.
47 Zudem wird die durch den SAARVV angestrebte Reform im Jahr 2016 zu einer grundlegenden
48 ``Hängepartie`` und hängt davon ab, wann die Revision des Regionalisierungsgesetzes beschlos-
49 sen ist. Bis dahin werden sich weitere Personen von den Öffentlichen Verkehrsmitteln (OV) dis-
50 tanzieren. Und die Fahrpreise werden weiterhin erhöht.
51
52 Das Saarland-Ticket – eine solidarische Grundleistung
53 Für die oben genannten negativen Tendenzen sind Maßnahmen erforderlich, die dafür sorgen,
54 dass das öffentliche Interesse für die Benutzung des ÖPNVs wieder gesteigert wird. Hierfür ist
55 die Einführung eines sogenannten Saarland-Tickets am geeignetsten, da es insbesondere den
56 Grundwert der Solidarität – des Gemeinwohls – in den Vordergrund stellt. Die Daseinsvorsorge
57 ÖPNV soll nicht nur interessanter werden, sondern wieder ein Teilstück des gesellschaftlichen
58 Prozesses werden. Modern, progressiv und pluralistisch!
59 Zumal macht das Festhalten des bisherigen Systems keinen Sinn, da die Fahrgastzahlen weiter-
60 hin sinken werden und das bisherige Streckennetz stagniert oder sogar noch verkleinert wird.
61 Eine pauschale Nahverkehrsabgabe kann diesen negativen Trend beenden.
62
63 Welche zusätzlichen Einnahmen würden sich durch diese Ticketeinführung erzielen lassen?

³www.sr-online/Politik/Wirtschaft/WenigerSaarländerinBusundBahn

⁴www.sr-online/Politik/Wirtschaft/WenigerSaarländerinBusundBahn

⁵www.sr-online/Politik/Wirtschaft/wenigerSaarländerinBusundBahn

⁶www.tagesschau.de/inland/nahverkehr-101.html

⁷www.tagesschau.de/inland/nahverkehr-101.html

64 Im Saarland leben zurzeit 989.000 Menschen. Davon sind ungefähr 14,49 Prozent unter 18
65 Jahre alt. Im Saarland leben zurzeit ungefähr 34.00010 Menschen, die das Arbeitslosengeld
66 Zwei längerfristig in Anspruch nehmen und somit einen ÖPNV Satz von 19,20 Euro pro Monat
67 zahlen. Somit würden 811460 Personen die pauschale Nahverkehrsabgabe mitfinanzieren,
68 wodurch eine zusätzliche Einnahmequelle von 243,4 Mio. Euro pro Jahr resultieren würde. Diese
69 Einnahmequelle basiert auf einem Mittelwert von 25 Euro pro Saarland-Ticket. Durch diese
70 Mehreinnahme, die als direkte Investition in den ÖPNV fließen muss, kann das bisherige Stre-
71 ckenetz erneuert, besser vertaktet und ausgebaut werden. Zudem können neben weiteren Ein-
72 sparungen, die z.B. den Wegfall der Ticketkontrollen beinhalten, weitere positive Synergieef-
73 fekte erzielt werden, die eine Einschränkung des Schwarzfahrens garantieren.

74 Das defizitäre Kapitel des ÖPNVs wird außerdem durch eine höhere Auslastung der Busse und
75 Bahnen beendet. Zusätzlich führt es zu Entlastungen auf den saarländischen Verkehrswegen,
76 wodurch erhöhte Verkehrsaufkommen gesenkt und hohe Co2 Belastungen vermieden werden.
77 Das Saarland-Ticket schafft somit ein festes solides Fundament, das zugleich die zukünftigen
78 Finanzierungsprobleme, die durch den demografischen Prozess entstehen, aushebelt.

79

80 Durch dieses Ticket nutzen mehr Menschen den ÖPNV und deswegen ist auch eine Verbesserung
81 und eine grundlegende Modernisierung des Netzes unabdingbar.

82 Diese Nahverkehrsabgabe belebt auch das Pflicht und Verantwortungsgefühl der Fahrgäste, mit
83 den jeweiligen Verkehrsmitteln ordnungsgemäß umzugehen. Dies garantiert Sicherheit für alle
84 Seiten und der Steuerzahler wird mit weniger Kosten, die durch mutwilligen Vandalismus verur-
85 sacht werden, belastet. Der ÖPNV würde sich wieder zu einem standfesten Konkurrenzprodukt
86 gegenüber dem Individualverkehr etablieren.

87 Zudem muss mit der Einführung des Saarland-Tickets das Semesterticket aufgehoben werden,
88 da ansonsten eine Doppelbelastung für die Studierenden bestehen würde. Dieses Geld soll für
89 die Studenten zur Verfügung stehen. Damit sollen die umfangreichen Einsparungen der saarlän-
90 dischen Hochschulstandorte beendet werden und zugleich einen bedingungslosen.

91 Erhalt der einzelnen Fakultäten garantieren. Der Hartz 4 Satz soll in seiner bisherigen Form wei-
92 terbestehen. Gleiches gilt auch für die Abgabeleistung, die für Flüchtlinge eingeführt wurde.

93 ÖPNV Zweckverband

94 Die bisherige Aufgabenverteilung zwischen dem Land, das den SPNV betreut und den einzelnen
95 Landkreisen, die den restlichen Bestandteil des ÖPNVs organisieren, soll in dieser Form bestehen
96 bleiben.

97 Hierbei dürfen auch weiterhin keine Verkehrsunternehmen bzw. Betreiber inkludiert sein. Je-
98 doch sollten die einzelnen Bereiche effizienter miteinander kooperieren, damit bessere Abstim-
99 mungen erzielt werden können.

100

⁸ www.wikipedia/saarland.org

⁹ www.statistik-bw.de/Pressen_rhimitt/2015025.asp

¹⁰ www.sr-online/Politik/Wirtschaft/ArbeitslosenzahlenSaarland

101 Sonderleistungen

102 Aufgrund der geographischen Lage des Saarlandes kann das Saarland-Ticket ohne Sonderleis-
103 tungen nicht bestehen. Zahlreiche Studenten, die die Universität des Saarlandes besuchen, je-
104 doch in Rheinland Pfalz oder in Lothringen leben können nicht in das Saarland-Ticket mit einge-
105 schlossen werden. Gleiches gilt auch für Auszubildende, die im Saarland arbeiten, jedoch nicht
106 dort leben. Hierfür müssen gesonderte Rahmenbedingungen geschaffen werden, die jedoch un-
107 ter anderen ökonomischen Konditionen stehen.

108 Damit sollen Anreize geschaffen werden, die letztlich dazu führen sollen, dass wieder mehr Stu-
109 denten bzw. Auszubildende im Saarland wohnen.

110

111 Eurodistrict Saar Moselle

112 Das Modell Saarland-Ticket kann somit nicht grenzüberschreitend eingeführt werden, jedoch
113 sollte auch dort die Preispolitik überprüft werden und bessere Konzepte für die Metropolregion
114 entstehen, die zunächst Nachhaltigkeit und Strukturierung garantieren. Das Saarland – ein Teil-
115 stück der Großregion SaarLorLux – kann hierbei über ein großes Potenzial verfügen und sollte
116 dies auch endlich nutzen. Eine Stärkung des Eurodistrict Saar Moselle erscheint somit als eine
117 wichtige Handlung, die umgesetzt werden muss. Hierbei muss insbesondere die grenzüber-
118 schreitende Kooperation eine zentrale Rolle spielen, wovon der ÖPNV nun auch profitieren
119 sollte. Aufgrund der Tatsache, dass es einen starken Pendlerstrom zwischen dem Saarland und
120 Frankreich gibt, sollten weitere Verbindungen entstehen. Dies würde den Großraum Saarbrü-
121 cken, besonders die Landeshauptstadt, erheblich entlasten und zu weniger Verkehrsbelastun-
122 gen auf den einzelnen Straßen bzw. Autobahnen führen. Besonders auf der Strecke zwischen
123 Saarbrücken und Forbach sollte eine Saarbahn-Verbindung eingeführt werden, da dadurch auch
124 die beiden Schulzentren besser miteinander vernetzt werden können. Bislang wird grenzüber-
125 schreitend lediglich die Verbindung nach Sarreguemines angefahren, jedoch sollten hierbei,
126 was auch die Finanzierung durch die Entflechtungsmittel betrifft, weitere Strecken entstehen.
127 Zudem sollte über eine gemeinsame Marketingfirma für den grenzüberschreitenden Nahver-
128 kehr nachgedacht werden. Das Vorbild hierfür wurde im Fernverkehr auf der Route Frankfurt am
129 Main via Saarbrücken nach Paris geschaffen. Die Firma Alleo übernimmt im Auftrag von DB Fern-
130 verkehr und SNCF den gemeinsamen Marktauftritt dieser Linie, was finanziell und konzeptionell
131 mit großen Begünstigungen verbunden ist.

132

133 Das Bürgerticket in der Praxis (Basissystem des Saarland-Tickets)

134 In Wuppertal wurde diesbezüglich ein kleineres Pilotprojekt in Form des Bürgertickets gestartet.
135 Der erfolgreiche Praxis-Test zeigte, dass dieses Modell sehr positive Aspekte mit sich zieht und
136 den Strukturen des ÖPNVs sehr behilflich ist. Auch die Autofahrer waren sehr zufrieden.

137

138 Das Saarland-Ticket ist eine lohnende Investition, die den ÖPNV grundlegend verbessern wird
139 und gleichzeitig eine real existierende Daseinsvorsorge garantiert.

WS10	Antragsteller: Kreisverband Saarlouis
	<input type="radio"/> angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt
	<input type="radio"/> verwiesen an _____

1 **Standort stärken – Für zukunftssichere Industrieregionen im Saarland**

2

3 Das Saarland ist Industrieland. Vor allem in den Bereichen Stahl und Automobile finden zahlrei-
4 che Saarländerinnen und Saarländer Arbeit, die entsprechende Zulieferindustrie vervielfacht die
5 Zahl dieser Arbeitsplätze noch. Doch steht das Saarland in ständiger Konkurrenz zu anderen Re-
6 gionen in Deutschland, aber auch Europa. Standortvorteile wie die zentrale Lage und gut ausge-
7 baute Infrastruktur sind ein Muss im interregionalen Wettbewerb. Der SPD Saar ist klar, dass ein
8 Verharren auf dem erreichten Stand für eine Industrieregion wie das Saarland einen Rückschritt
9 bedeutet. Deshalb gilt es die Stärken des Industriestandorts zu stärken und seine Schwächen zu
10 schwächen. Nur ein ganzheitliches Konzept, das Industrie, Forschung und Entwicklung sowie
11 Handwerk, Handel und Dienstleistungen als eine Einheit sieht, kann den entscheidenden Vor-
12 sprung vor anderen Regionen schaffen und auch auf Dauer garantieren.

13

14 Hierzu schlagen wir vor:

15 • **Fokus auf Gründungs- und Mittelstandspolitik**

16 Bereits jetzt verfügt das Saarland über einen guten Branchenmix, der – auch in Zeiten wirtschaft-
17 licher Krisen – ein sicheres Standbein für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze bedeutet. Diesen
18 Branchenmix weiter zu diversifizieren und Neugründungen, vor allem aus den Innovations- und
19 Technikbereichen, voranzutreiben ist unser Ziel.

20 Wir betonen die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für unser Saarland. Nicht
21 nur stehen die Unternehmen und Betriebe für hohe Qualität, sie sind auch unverzichtbare Ko-
22 operationspartner für die weltweit agierenden Großunternehmen im Saarland. Eine aktive Bran-
23 chenentwicklung führt zu Innovationsräumen, die entscheidender Standortvorteil für die gro-
24 ßen Industriebetriebe des Landes sind. Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand
25 so ausbauen, dass Investitionen in Wachstum und Beschäftigung sowie in Innovation und Ent-
26 wicklung ermöglicht und beschleunigt werden.

27

28 • **Großes entsteht im Kleinen: Ausgründungen in Innovation, Technik und Forschung &
29 Entwicklung**

30 Wir fördern eine auf die Kernkompetenzen des Saarlandes abgestimmte Förderung im Bereich
31 Forschung und Entwicklung. Damit sichert sich nicht nur das Saarland auf Dauer die Bedeutung
32 als Industriestandort, an dem Stahl- und Automobilunternehmen auf kluge Köpfe zurückgreifen

33 können, sondern schafft es auch, junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie hoch-
34 qualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker im Land zu halten. Einer Abwanderung dieser
35 so dringend benötigten Fachkräfte müssen wir attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze in in-
36 novativen Bereichen entgegensetzen. Ein Standort ist immer nur so gut, wie die Köpfe, die er den
37 Unternehmen bieten kann. Die räumliche Nähe zwischen den Unternehmen und den Fokuspunk-
38 ten im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation ist dabei entscheidend.

39

40 • **Die Vernetzung macht's: Wir bringen zusammen, was Zukunft bringt**

41 Mit neuen Ideen und neuem Wissen wollen wir Innovationen schaffen – und diese gleich bei uns
42 mit der heimischen Wirtschaft auf den Markt bringen. Insbesondere KMU müssen nah an unsere
43 innovative Hochschul- und Forschungslandschaft rücken. Wir fordern dazu die Einführung einer
44 neuen, institutionalisierten Form des Austauschs durch ein „Forum Industrie und Wissenschaft“.
45 Damit bauen wir ein Netzwerk zwischen Großunternehmen, KMU, den Innovationsbranchen,
46 der Wirtschaftsförderung und nicht zuletzt dem Wirtschaftsministerium. Im ständigen Dialog
47 mit der saarländischen Wirtschaft, ob nun mittelständischer Betrieb oder Global Player liegt die
48 Chance die Wirtschaftspolitik an den Bedürfnissen der Wirtschaftenden auszurichten. Flankiert
49 wird diese bessere Abstimmung durch Anpassung in den Bereichen Aus- und Weiterbildung so-
50 wie aktiver Arbeitsmarktpolitik. Wir schlagen deshalb vor, dass das Wirtschaftsministerium eine
51 Plattform zum Thema Mittelstand gemeinsam mit Kammern, Unternehmen, Forschung, Grün-
52 dern und Wirtschaftsförderern schafft, um eine bessere Vernetzung zu erreichen und Synergie-
53 effekte zu heben.



KONTAKT

SPD Landesverband Saarland
Talstraße 58
66119 Saarbrücken
Telefon 0681/95448-0
Fax 0681/95448-48
landesverband@spd-saar.de
www.spd-saar.de